



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 4 · April 1999 · 54. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in Hessen 1997

Lohnsteuererlegung 1995

Der Flughafen Frankfurt am Main 1997/98

Gewerbeanzeigen in Hessen 1998

Hessischer Zahlenspiegel

„Hessischer Umwelt-Monitor“ · Ausgabe 2/99



Seit Heft 1 · 99 auch auf
Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in Hessen 1997. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	103
Steuern	
Lohnsteuerzerlegung 1995 - Indikator für wirtschaftliche Verflechtungen. Von <i>Dr. Peter W. Buck</i>	111
Verkehr	
Der Flughafen Frankfurt am Main 1997/1998. Teil 1: Flugzeugbewegungen und Personenverkehr. Von <i>Dr. Hans-Peter Naumann</i>	122
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbearzeigen in Hessen 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	130
Handel	
Einzelhandel erstmals wieder im Plus. Von <i>Udo Kroschewski</i>	133
Ganz kurz . . .	135
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	138
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	139
Arbeitsmarkt	139
Landwirtschaft	140
Verarbeitendes Gewerbe	140
Öffentliche Energieversorgung	140
Baugewerbe, Baugenehmigungen	141
Einzelhandel und Gastgewerbe	141
Außenhandel	142
Fremdenverkehr, Verkehr	142
Geld und Kredit	143
Preise	143
Steuern	144
Löhne und Gehälter	144
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4 sowie Seite 137
Hessischer Umweltmonitor (Nr. 2/99)	grüner Teil

Impressum

ISSN 0344 - 5550

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de - URL: <http://www.hsl.de>

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,50 DM, Jahresabonnement 45,00 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 7,00 DM, Jahresabonnement 75,00 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 90,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Auskünfte

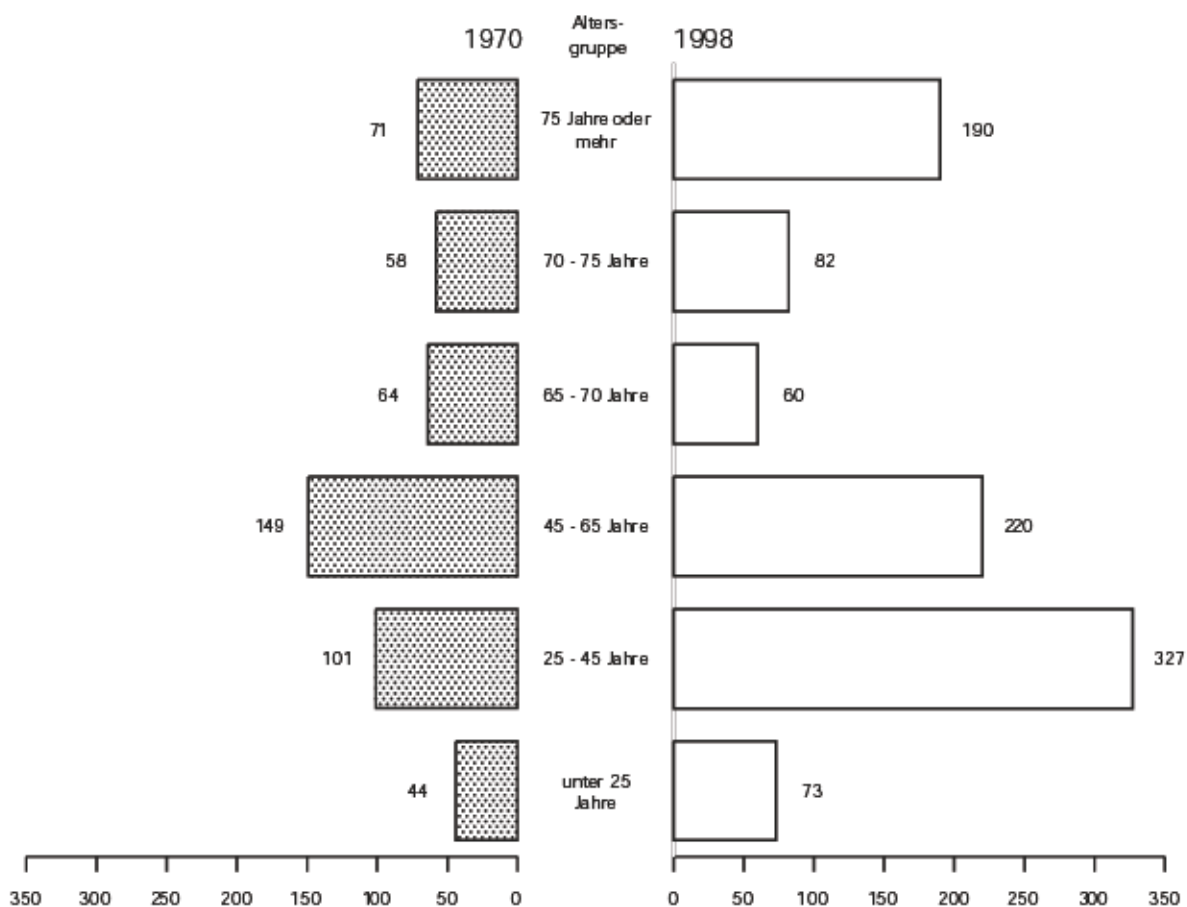
Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

- = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
 . = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
 . . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
 D = Durchschnitt.
 p = vorläufige Zahl(en).
 r = berichtigte Zahl(en).
 Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Einpersonenhaushalte in Hessen 1970 und 1998 nach Altersgruppen
(Angaben in 1000)



HSL 15/99

Karten und Statistik Hessen - CD-ROM

Die CD-ROM „Karten und Statistik“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesvermessungsamt. Sie bietet Ihnen eine Fülle von Anwendungsmöglichkeiten:

- Druckbare topographische Karten — flächendeckend und blattschnittfrei in verschiedenen Maßstäben (1 : 50 000, 1 : 200 000, 1 : 1 000 000)
- Statistiken u.a. über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Steuern und Finanzen (insgesamt 17 Kapitel mit 455 Merkmalen)
- Einblenden von statistischen Merkmalen als Tabelle oder Diagramm. Für ausgewählte Sachverhalte auch als farbige Kartogramme zur Regionalstruktur
- Anschriften der Gemeindeverwaltungen
- Messen und Markieren von Strecken und Flächen
- Bis zu fünf Zeichnungsebenen für eigene Eintragungen
- Aufbau einer eigenen Adressdatenbank und Kombination mit Notizen in der Karte möglich

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, mindestens 8 MB RAM, Grafikkarte mit 256 Farben, Windows 3.1 oder höher, CD-ROM-Laufwerk

Preis: 148,00 DM. Sie können die CD-ROM über Ihre Buchhandlung beziehen oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-76

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 9,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 16,00 DM (zzgl. Versandkosten).

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 5.0 oder höher. Preis: 24,00 DM bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 40,00 DM (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-78

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in Hessen 1997

Nachdem im vergangenen Jahr in einer Beitragsreihe ausführlich über die Sozialhilfe in den Jahren 1994 bis 1996 und die Asylbewerberleistungen im Jahr 1996 berichtet worden ist und auch die Ausgaben für diese beiden Bereiche im Jahr 1997 bereits kommentiert wurden, sollen nachfolgend einige wichtige Daten über die jeweiligen Leistungsempfänger am Jahresende 1997 dargestellt werden. Dabei ist allerdings durch eine neuerliche rechtliche Änderung ein Vergleich mit den Vorjahresdaten nur eingeschränkt möglich. Demzufolge blieb die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit gut 262 000 Personen 1997 nahezu unverändert, während sich die Zahl der Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz — trotz eines abnehmenden Zustroms von Asylbewerbern — durch die Einbeziehung von Bürgerkriegsflüchtlingen um knapp 3400 bzw. 7 % auf über 53 300 erhöht hat. Da der letztgenannte Personenkreis nicht mehr zu den Sozialhilfeempfängern im engeren Sinne zählt, gab es in der Summe beider Leistungsgesetze unter den deutschen Beziehern einen etwas stärkeren Anstieg als unter den Nichtdeutschen auf eine Gesamtzahl von über 315 500. Vor 10 Jahren, als die Hilfeempfänger noch nicht getrennt ermittelt worden waren, hatte ihre Zahl mit 141 700 weit unter der Hälfte der jetzigen gelegen. Bei den Sozialhilfeempfängern waren Kinder, Nichtdeutsche und Frauen (vor allem alleinerziehende und ältere), bei den „Asylbewerbern“ Kinder und Männer überrepräsentiert. Über die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften bestand aus Einzelpersonen, so daß der monatliche Nettoanspruch dieser „Haushalte“ im Durchschnitt auf gut 900 DM (einschließlich Miete) gedrückt wurde. Um ebenfalls über 3000 Personen ist die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen gestiegen. Während bei der Hilfe zur Pflege die Empfängerzahlen weiterhin rückläufig waren, erhielten fast 4800 Personen oder 18 % mehr als Ende 1996 Krankenhilfe. Allein über die Hälfte der gut 27 000 Bezieher dieser Hilfeart waren Nichtdeutsche. Nach wie vor waren auf regionaler Ebene recht erhebliche Unterschiede sowohl bei der Entwicklung als auch bei der Struktur der Hilfeempfänger zu beobachten.

Vorbemerkungen

Im vergangenen Jahr wurden erstmals seit der Neuordnung der Sozialhilfestatistik und der Einführung einer Asylbewerberleistungsstatistik zum Beginn des Jahres 1994¹⁾ die Daten über die Sozialhilfeempfänger für den Zeitraum von 1994 bis 1996 ausführlich in einer Beitragsreihe dieser Zeitschrift²⁾ beschrieben. Die Grundlagen und die verschiedenen Arten der Hilfestellung sowie die Berechnungsmodalitäten sind in dieser Reihe behandelt worden, so daß diesmal nicht näher darauf eingegangen wird. Entsprechende Ergebnisse für Asylbewerber wurden ab 1994 jährlich³⁾ mit Vergleichsdaten dargestellt. Auf immer noch vorhandene Schwachstellen und gewisse Unstimmigkeiten beider Statistiken wurde in diesem Zusammenhang hingewiesen. Inzwischen wurde auch bereits über die Statistik der Ausgaben und Einnahmen dieser beiden Teilbereiche zusammen⁴⁾ für das Jahr 1997 berichtet. Nachfolgend sollen nunmehr die wichtigsten Daten⁵⁾ aus den jeweili-

gen Empfängerstatistiken für 1997 überwiegend tabellarisch dargeboten und in knapper Form kommentiert werden, auch unter regionalen Aspekten. Dabei müssen allerdings beim Vergleich mit den Vorjahresergebnissen erneut Einschränkungen hingenommen werden, da infolge einer weiteren Gesetzesänderung⁶⁾ Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 mit Asylbewerbern gleichgestellt wurden und damit nicht mehr unter den Zuständigkeitsbereich des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), sondern ebenfalls unter den des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) mit seinen gegenüber dem BSHG abgesenkten Leistungen fallen.

Mehr als doppelt so viele Hilfebedürftige wie vor zehn Jahren

Aus dem ursprünglichen Ansatz der Sozialhilfe, in eine Notlage geratene Menschen individuell und wirtschaftlich bei der Lebensführung zu unterstützen, ist aus einer Reihe von Gründen (u. a. Zuwanderung, hohe Arbeitslosigkeit) im letzten Jahrzehnt mehr und mehr das Instrument einer dauernden Versorgung geworden. Um die Gesamtentwicklung der Hilfeempfänger in diesem Zeitraum zu betrachten, muß man sowohl Leistungen nach dem BSHG als auch nach dem AsylbLG einbeziehen. Ausgehend von 141 700 Personen, die Ende 1987 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen erhielten, hat sich die Gesamtzahl der Hilfebedürftigen bis Ende 1997 auf 315 500 weit mehr als verdoppelt. Über 53 300, also jeder sechste von ihnen, erhielten Regelleistungen nach dem AsylbLG, aber auch unter den HLU-Empfängern nach neuem Recht befanden sich gut 86 000 Nicht-

1) Vgl.: „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338.

2) Vgl.: „Sozialhilfeempfänger in Hessen 1994 und 1996, Teil 1: Strukturdaten der Empfänger und Bedarfsgemeinschaften“, a. a. O., 53. Jahrg., Heft 3, März 1998, S. 83 ff.; „Teil 2: Soziale Lage und finanzielle Leistungen“, a. a. O., 53. Jahrg., Heft 4, April 1998, S. 127 ff.; „Teil 3: Überblick über regionale Entwicklung, Struktur und Ausgaben“, a. a. O., 53. Jahrg., Heft 8, August 1998, S. 259 ff.

3) Vgl. zuletzt: „Asylbewerber in Hessen 1996“, a. a. O., 53. Jahrg., Heft 5, Mai 1998, S. 162 ff. sowie „Asylbewerber und Asylbewerberleistungen 1996 in regionaler Sicht“, a. a. O., 53. Jahrg., Heft 6, Juni 1998, S. 196 ff.

4) Vgl.: „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber 1997“, a. a. O., 54. Jahrg., Heft 1, Januar 1999, S. 3 ff.

5) Ausführliches Tabellenmaterial enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 1997 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“.

6) „Erstes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I S. 1130).

Sozialhilfeempfänger in Hessen 1987 bis 1997

Jahr ³⁾	Empfänger von laufender Hilfe ¹⁾ bzw. Regelleistungsempfänger ²⁾				
	insgesamt		Deutsche		Nichtdeutsche
	Anzahl		Anzahl	%	Anzahl %
1987	141 690		114 622	80,9	27 068 19,1
1988	152 153		111 961	73,6	40 192 26,4
1989	163 607		116 478	71,2	47 129 28,8
1990	174 261		115 634	66,4	58 627 33,6
1991	181 285		112 231	61,9	69 054 38,1
1992	208 876		119 898	57,4	88 978 42,6
1993	235 362		128 707	54,7	106 655 45,3
1994 zusammen	278 374		148 888	53,5	129 486 46,5
BSHG ¹⁾	230 239		148 888	64,7	81 351 35,3
AsylbLG ²⁾	48 135	—	—	—	48 135 100
1995 zusammen	297 859		163 849	55,0	134 010 45,0
BSHG ¹⁾	245 743		163 849	66,7	81 894 33,3
AsylbLG ²⁾	52 116	—	—	—	52 116 100
1996 zusammen	311 576		172 933	55,5	138 643 44,5
BSHG ¹⁾	261 620		172 933	66,1	88 687 33,9
AsylbLG ²⁾	49 956	—	—	—	49 956 100
1997 zusammen	315 531		176 086	55,8	139 445 44,2
BSHG ¹⁾	262 196		176 086	67,2	86 110 32,8
AsylbLG ²⁾	53 335	—	—	—	53 335 100

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.— 2) Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.— 3) Jeweils am Jahresende.

deutsche. Infolgedessen hat sich die Zahl der nichtdeutschen Hilfeempfänger innerhalb eines Jahrzehnts um gut 112 000 erhöht und damit mehr als vervierfacht, während sie bei den deutschen „nur“ um 61 500 und somit um gut die Hälfte zugenommen hat. Der Anteil nichtdeutscher Hilfeempfänger ist gleichzeitig von weniger als einem Fünftel auf deutlich über zwei Fünftel angestiegen, war allerdings seit einem Höchststand von 46,5 % im Jahr 1994 — überwiegend wohl wegen der Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlings nach Bosnien — in den letzten Jahren wieder leicht rückläufig. Gegenüber 1996 lag die Gesamtzahl der Empfänger laufender Leistungen nur um knapp 4000 oder gut 1 % höher. Davon waren 3150 deutsch und 800 nichtdeutsch, so daß die Zuwachsraten im letzten Jahr bei den Deutschen mit 1,8 % dreimal so hoch war wie bei den Ausländern. Trotzdem bezog Ende 1997 fast jeder fünfte nichtdeutsche Einwohner Hessens Sozialhilfe (einschl. Regelleistungen nach dem AsylbLG) gegenüber lediglich etwa jedem 30. deutschen. Zehn Jahre zuvor hatte jeder 18. Nichtdeutsche und sogar nur jeder 44. Deutsche in Hessen Sozialhilfe beansprucht.

Sozialhilfe häufig für Nichtdeutsche und Kinder

Am Jahresende 1997 erhielten in Hessen 262 200 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen⁷⁾ gemäß BSHG, die sogenannte „klassische“ Fürsorgeunterstützung. Infolge der zuvor erwähnten Verschiebung der anspruchsberechtigten Personenkreise waren das nicht ein-

mal 600 oder 0,2 % mehr als im Vorjahr. Von allen HLU-Empfängern waren 144 500 und damit 55 % weiblich. Dieses relativ höhere Sozialhilferisiko bestand jedoch ausschließlich bei deutschen Frauen (auf die beiden hauptsächlich davon betroffenen Gruppen wird anschließend noch etwas näher eingegangen), während bei den Nichtdeutschen die Geschlechterrelation mit 42 600 Männern und 43 500 Frauen nahezu ausgeglichen war.

Noch wesentlich stärker überrepräsentiert als Frauen waren Nichtdeutsche mit einem knappen Drittel und vor allem Minderjährige mit einem Anteil von gut 36 %. Allein 83 000 HLU-Bezieher hatten das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet, so daß etwa jedes 11. Kind dieses Alters zumindest teilweise auf Sozialhilfe angewiesen war, von den Einwohnern ab 15 Jahren dagegen nur jeder 28. Im übrigen wurden nur bei den Minderjährigen, bei den Deutschen sogar nur bei den unter 15jährigen mehr männliche als weibliche Hilfeempfänger er-

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ am Jahresende 1997 nach Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutsche						
Unter 7	27 849	15,8	14 270	19,0	13 579	13,4
7 bis unter 15	27 462	15,6	14 100	18,8	13 362	13,2
15 bis unter 18	7 738	4,4	3 813	5,1	3 925	3,9
18 bis unter 21	5 982	3,4	2 432	3,2	3 550	3,5
21 bis unter 30	21 547	12,2	7 325	9,8	14 222	14,1
30 bis unter 40	31 440	17,9	11 357	15,1	20 083	19,9
40 bis unter 50	20 280	11,5	9 268	12,3	11 012	10,9
50 bis unter 60	14 337	8,1	6 781	9,0	7 556	7,5
60 bis unter 65	6 054	3,4	2 628	3,5	3 426	3,4
65 bis unter 75	7 378	4,2	2 349	3,1	5 029	5,0
75 oder mehr	6 019	3,4	785	1,0	5 234	5,2
Insgesamt	176 086	100	75 108	100	100 978	100
Nichtdeutsche						
Unter 7	14 033	16,3	7 249	17,0	6 784	15,6
7 bis unter 15	13 624	15,8	7 207	16,9	6 417	14,7
15 bis unter 18	4 546	5,3	2 438	5,7	2 108	4,8
18 bis unter 21	3 680	4,3	1 809	4,2	1 871	4,3
21 bis unter 30	13 268	15,4	5 942	14,0	7 326	16,8
30 bis unter 40	14 600	17,0	7 165	16,8	7 435	17,1
40 bis unter 50	8 414	9,8	4 116	9,7	4 298	9,9
50 bis unter 60	6 251	7,3	2 961	7,0	3 290	7,6
60 bis unter 65	3 190	3,7	1 596	3,7	1 594	3,7
65 bis unter 75	3 584	4,2	1 728	4,1	1 856	4,3
75 oder mehr	920	1,1	378	0,9	542	1,2
Insgesamt	86 110	100	42 589	100	43 521	100
Insgesamt						
Unter 7	41 882	16,0	21 519	18,3	20 363	14,1
7 bis unter 15	41 086	15,7	21 307	18,1	19 779	13,7
15 bis unter 18	12 284	4,7	6 251	5,3	6 033	4,2
18 bis unter 21	9 662	3,7	4 241	3,6	5 421	3,8
21 bis unter 30	34 815	13,3	13 267	11,3	21 548	14,9
30 bis unter 40	46 040	17,6	18 522	15,7	27 518	19,0
40 bis unter 50	28 694	10,9	13 384	11,4	15 310	10,6
50 bis unter 60	20 588	7,9	9 742	8,3	10 846	7,5
60 bis unter 65	9 244	3,5	4 224	3,6	5 020	3,5
65 bis unter 75	10 962	4,2	4 077	3,5	6 885	4,8
75 oder mehr	6 939	2,6	1 163	1,0	5 776	4,0
Insgesamt	262 196	100	117 697	100	144 499	100

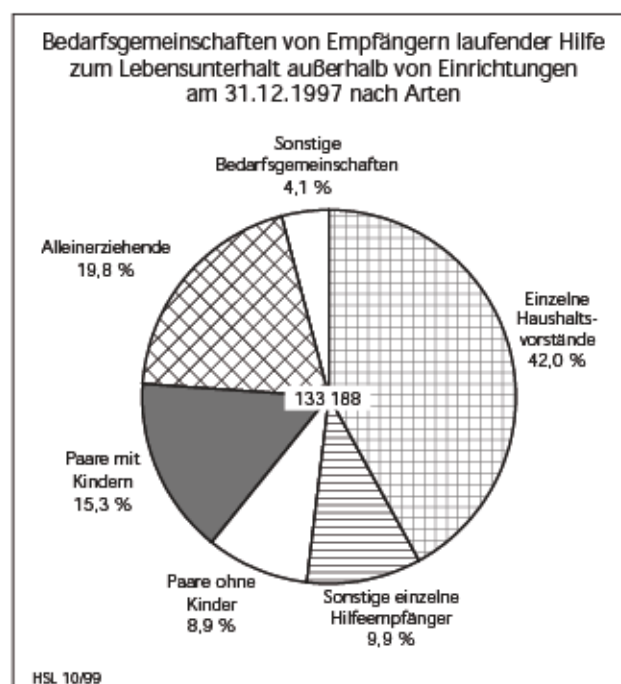
1) Außerhalb von Einrichtungen.

7) Die 3118 HLU-Empfänger in Einrichtungen (Vorjahr: 1245) werden nicht in die Betrachtungen einbezogen.

mittelt. Auf der anderen Seite war von den älteren Einwohnern ab 65 Jahren nur etwa jeder 45. von Sozialhilfe abhängig. Bei nur einem Viertel dieser älteren Menschen handelte es sich um Nichtdeutsche, die demgegenüber in allen Altersgruppen unter 40 Jahren mit einem Drittel oder mehr vertreten waren. Unter den „Senioren“ waren vor allem Frauen betroffen, auf die — meist wohl wegen unzureichender Rentenansprüche — allein fast 12 700 oder sieben Zehntel der insgesamt 17 900 Hilfeempfänger dieses Alters entfielen. Bei diesen wiederum handelte es sich zu 80 % um deutsche Frauen, bei den ab 75jährigen sogar zu 90 %.

Auch alleinerziehende Frauen stärker betroffen

Neben den älteren Frauen waren auch Frauen der Altersgruppen von 21 bis unter 30 und von 30 bis unter 40 Jahren besonders häufig unter den HLU-Bezieherinnen zu finden, und zwar im wesentlichen bei den Deutschen. Hier standen 18 700 Männern 34 300 Frauen gegenüber, während es bei den Ausländern dieser Altersgruppen nur eine relativ geringe Überzahl



an Frauen gab. Diesen beiden Altersgruppen dürfte auch der größte Teil der 25 500 alleinerziehenden Frauen angehören, die Ende 1997 HLU bezogen. Mit den 900 alleinerziehenden Männern zusammen stellten sie ein Fünftel aller 133 200 sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“, für die — überwiegend auf der Basis von Regelsätzen — die Sozialhilfeleistungen ermittelt werden. Da zu den Bedarfsgemeinschaften auch jeweils die Kinder unter 18 Jahren zählen, hat der hohe Anteil der Alleinerziehenden natürlich auch Auswirkungen auf die Altersstruktur der Empfänger, also den oben beschriebenen Kinderanteil: In den „Haushalten“ von Alleinerziehenden lebten rund 38 500 minderjährige Kinder. Kinder ab 18 Jahren werden dagegen nicht im Haushaltszusammenhang erfaßt, son-

Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen¹⁾ am Jahresende 1997 nach Hilfearten, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Hilfearten	Insgesamt		Darunter Nichtdeutsche	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Männlich				
Krankenhilfe ²⁾	15 794	46,2	7 707	87,9
Hilfe zur Pflege	4 062	11,9	243	2,8
darunter vollstationär	2 693	7,9	60	0,7
Eingliederungshilfe für Behinderte	13 599	39,8	755	8,6
darunter Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	6 358	18,6	213	2,4
Sonst. Hilfen in bes. Lebenslagen	1 232	3,6	147	1,7
Z u s a m m e n³⁾	34 167	100,0	8 769	100,0
Weiblich				
Krankenhilfe ²⁾	16 060	45,0	8 297	92,6
Hilfe zur Pflege	9 547	26,7	248	2,8
darunter vollstationär	7 495	21,0	47	0,5
Eingliederungshilfe für Behinderte	9 124	25,5	382	4,3
darunter Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	4 672	13,1	113	1,3
Sonst. Hilfen in bes. Lebenslagen	1 882	5,3	123	1,4
Z u s a m m e n³⁾	35 724	100,0	8 957	100,0
Insgesamt				
Krankenhilfe ²⁾	31 854	45,6	16 004	90,3
Hilfe zur Pflege	13 609	19,5	491	2,8
darunter vollstationär	10 188	14,6	107	0,6
Eingliederungshilfe für Behinderte	22 723	32,5	1 137	6,4
darunter Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	11 030	15,8	326	1,8
Sonst. Hilfen in bes. Lebenslagen	3 114	4,5	270	1,5
I n s g e s a m t³⁾	69 891	100,0	17 726	100,0
darunter mit gleichzeitiger lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	17 721	25,4	8 191	46,2

1) Jeweils am Jahresende.— 2) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.— 3) Ohne Mehrfachzählung im Falle der Gewährung mehrerer Hilfearten.

dern bilden auf Grund der rechtlichen Vorgaben eine eigene Bedarfsgemeinschaft.

Den größten Teil der Bedarfsgemeinschaften stellten mit 42 % allerdings die knapp 56 000 „einzelnen Haushaltsvorstände“, also alleinlebende Personen, darunter 29 600 bzw. 53 % Frauen. Weitere 10 % waren „Sonstige einzelne Hilfeempfänger“, wie zum Beispiel die zuvor erwähnten volljährigen Kinder, so daß mehr als die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften nur aus einer Einzelperson bestand. Die 20 400 Paare mit Kindern entsprachen einem Anteil von gut 15 % der Bedarfsgemeinschaften; sie hatten mit zusammen gut 39 000 nur unwesentlich mehr Kinder zu betreuen als die Alleinerziehenden. Paare ohne Kinder waren nur mit 11 850 bzw. einem Anteil von 9 % vertreten und hatten — gemessen an den beim Mikrozensus im April 1997 ermittelten Haushaltszahlen — das geringste Sozialhilferisiko. Von ihnen war nur etwa jedes 90. Paar, von den alleinerziehenden Frauen aber jede vierte zumindest teilweise auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen.

Starker Anstieg bei der Krankenhilfe

Neben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt wird in speziellen Notsituationen — hauptsächlich bei Krankheit, Behin-

derung und Pflegebedürftigkeit — „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (HbL) gewährt, sofern der Bedarf aus anderen Quellen, beispielsweise der Kranken- oder Pflegeversicherung, nicht oder nicht in ausreichendem Umfang gedeckt werden kann. Am Jahresende 1997 erhielten in Hessen annähernd 70 000 Personen derartige Hilfen (zum Teil mehrere); jede vierte von ihnen bezog gleichzeitig auch Hilfe zum Lebensunterhalt. HbL-Leistungen erhielten gut 3100 Personen oder knapp 5 % mehr als Ende 1996; ein Drittel der zusätzlichen Hilfeempfänger war nichtdeutsch. Auf die drei Hilfearten für die zuvor genannten Hauptanlässe entfielen zusammen über 97 % aller Fälle⁸⁾, auf die vielfältigen anderen Hilfearten (z. B. Blindenhilfe, Altenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten) dagegen zusammen weniger als 5 %.

Die Hilfe zur Pflege, während zwei Jahrzehnten bis 1994 die häufigste Art von HbL, hat mit dem Aufbau der Pflegeversicherung ständig an Bedeutung verloren. Auch 1997 wurden mit 13 600 Personen nochmals 400 Empfänger weniger gezählt als im Vorjahr. Daß drei Viertel dieser Hilfebezieher vollstationär untergebracht waren, zeigt andererseits, daß im kostenintensiven Bereich der Heimpflege von Schwer- oder Schwerstpflegebedürftigen häufig die Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichend sind. Wegen der höheren Lebenserwartung und des damit ansteigenden Risikos der Pflegebedürftigkeit waren Frauen mit 70 % der Empfänger von Hilfe zur Pflege und sogar 74 % der vollstationär untergebrachten Hilfebezieher überdurchschnittlich betroffen. Unter den verschiedenen Hilfearten der HbL hat dagegen die Krankenhilfe⁹⁾ mit einer Zunahme um fast 4800 Empfänger oder 18 % stark an Gewicht gewonnen. Sie kommt überwiegend Personen zugute, die keinen Versicherungsschutz haben. Nicht zuletzt deshalb befanden sich unter den annähernd 32 000 Empfängern dieser Hilfeart über die Hälfte Nichtdeutsche. Bei der letztgenannten Bevölkerungsgruppe war damit die Krankenhilfe in neun von zehn Fällen die wichtigste Hilfeart, während die anderen HbL-Leistungen bei ihr nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Von den HbL-Empfängern insgesamt erhielten unverändert knapp 23 000, also etwa jeder dritte, Eingliederungshilfe für Behinderte. Fast die Hälfte von ihnen war in einer Werkstatt für Behinderte beschäftigt. Diese Hilfeart kam im übrigen zu 95 % deutschen Hilfeempfängern und in drei von fünf Fällen Männern zugute. Außerdem waren vor allem bei den heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder und bei der Suchtkrankenhilfe, die weitere Teilbereiche der Eingliederungshilfe für Behinderte sind, männliche Hilfebezieher deutlich überrepräsentiert.

8) Empfänger mehrerer Hilfearten sind bei jeder Hilfeart gezählt, in der Summe jedoch nur einmal.

9) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

Gut zwei von fünf „Asylbewerbern“ waren Kinder

Ende 1997 wurden in Hessen 53 350 Personen gezählt, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten. Dieser Personenkreis wird in der Folge verkürzt als „Asylbewerber“ bezeichnet, obwohl sich darunter — wie bereits eingangs erwähnt — inzwischen auch Bürgerkriegsflüchtlinge befinden. Demzufolge hat sich ihre Gesamtzahl trotz rückläufiger Asylbewerberzahlen (im engeren Sinne) gegenüber dem Vorjahr rechnerisch von knapp 50 000 um 3400 Personen oder nahezu 7 % erhöht. Die Grundstrukturen haben sich in dieser Zeit nicht wesentlich verändert, wenngleich gewisse Auswirkungen der Einbeziehung von Bürgerkriegsflüchtlingen erkennbar sind.

Die Männer waren — trotz einer deutlich geringeren Zunahme um 3 % gegenüber fast 12 % bei den Frauen (es wurden 884 männliche, aber 2495 weibliche Personen mehr gezählt als 1996) — unter den Asylbewerbern nach wie vor überrepräsentiert. Am Jahresende 1997 stellten sie mit 29 600 Personen 55,5 % der Asylbewerber, während lediglich gut 23 700 weiblich waren. In wesentlich höherem Maße als die Geschlechterrelation wich außerdem die Altersstruktur vom Gesamtbild der hessischen Bevölkerung ab. 22 000 Asylbewerber waren Ende 1997 nicht einmal 18 Jahre alt. Damit hat sich der Anteil der Minderjährigen unter den Asylbewerbern leicht auf über 41 % erhöht und war mehr als doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung insgesamt. Bei den Kindern unter 15 Jahren waren die Relationen mit 35 gegenüber 15 % sogar noch etwas mehr verschoben. Knapp 24 000, also 45 % der Asylbewerber, befanden sich im Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Von der Gesamtbevölkerung gehörte dagegen nur jeder Dritte dieser Altersgruppe an. Stark abweichend ist bei den Asylbewerbern gerade hier die Zusammensetzung aus Männern und Frauen: 14 000 und damit fast die Hälfte der männlichen, aber nur 9900 bzw. knapp 42 % der weiblichen Asylbewerber waren zwischen 18 und 40 Jahren alt. In allen Altersgruppen ab 40 Jahren waren andererseits die Anteile

Asylbewerber¹⁾ am Jahresende 1997
nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 7	9 779	18,3	5 079	17,2	4 700	19,8
7 bis unter 15	8 935	16,8	4 663	15,8	4 272	18,0
15 bis unter 18	3 320	6,2	1 957	6,6	1 363	5,7
18 bis unter 21	3 026	5,7	1 915	6,5	1 111	4,7
21 bis unter 30	10 070	18,9	5 749	19,4	4 321	18,2
30 bis unter 40	10 813	20,3	6 317	21,3	4 496	18,9
40 bis unter 50	4 415	8,3	2 583	8,7	1 832	7,7
50 bis unter 60	1 514	2,8	767	2,6	747	3,1
60 bis unter 65	562	1,1	231	0,8	331	1,4
65 oder mehr	901	1,7	337	1,1	564	2,4
Insgesamt	53 335	100	29 598	100	23 737	100
Durchschnittsalter in Jahren	23,6	—	23,6	—	23,4	—

1) Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

bei der Gesamtbevölkerung wesentlich, mit steigendem Alter sogar um ein Vielfaches höher als bei den Asylbewerbern. So waren beispielsweise gerade einmal 900 Asylbewerber 65 Jahre oder älter. Das war lediglich jeder 60. von ihnen gegenüber etwa jedem sechsten Einwohner insgesamt. Während es in der Gesamtbevölkerung etwas mehr Menschen im Rentenalter gab als Kinder unter 15 Jahren, kam bei den Asylbewerbern nur eine Person dieses Alters auf etwa 21 Kinder. Durch diese außergewöhnliche Alterszusammensetzung lag das Durchschnittsalter der Asylbewerber Ende 1997 nur bei gut 23 Jahren, wobei es zwischen Männern und Frauen kaum noch Unterschiede gab. Das Durchschnittsalter aller Einwohner in Hessen war dagegen mit über 41 Jahren fast doppelt so hoch. Im übrigen wurden unter den Asylbewerbern wie auch in der Gesamtbevölkerung nur für die Altersgruppen ab 60 Jahren mehr weibliche als männliche Personen ermittelt, jedoch bei weitem nicht in dem Verhältnis wie bei der Bevölkerung insgesamt.

Türkei und Ex-Jugoslawien wichtigste Heimatländer

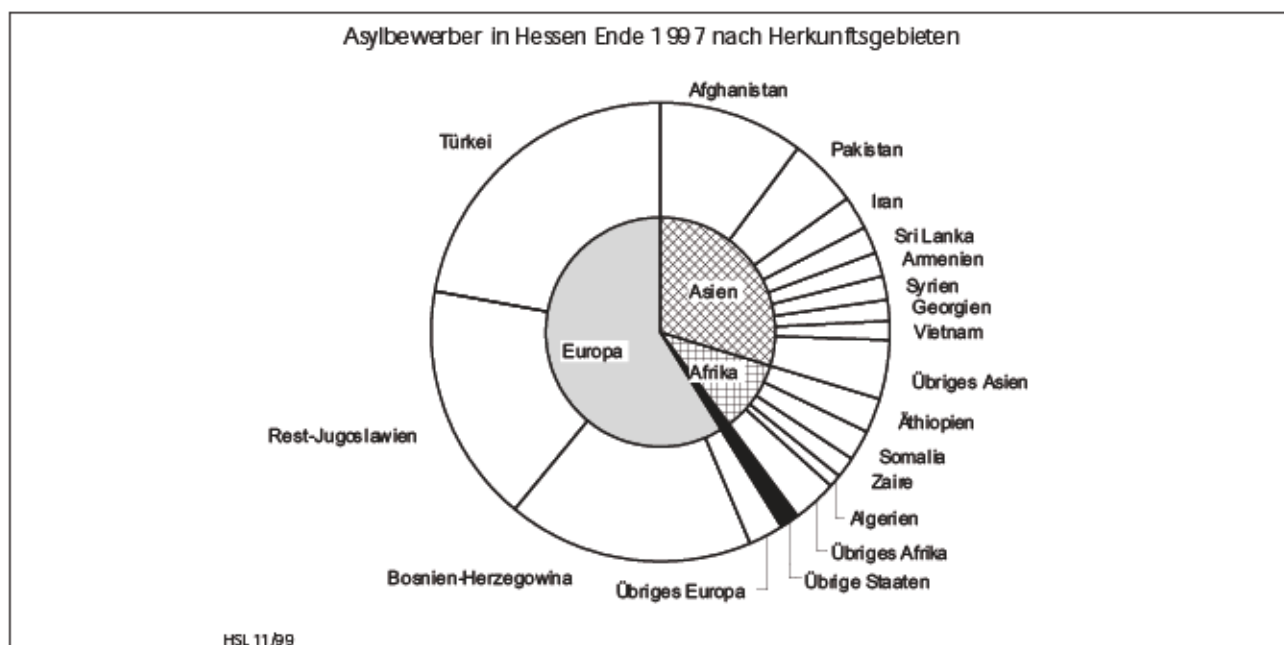
Von den Asylbewerbern am Jahresende 1997 kamen 31 400 aus einem europäischen, 15 850 aus einem asiatischen und knapp 5400 aus einem afrikanischen Land. Die übrigen 700 waren aus Amerika oder staatenlos bzw. unbekannter Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl der Personen aus Europa um etwa 3300 gestiegen, nachdem sie zuvor noch um 300 zurückgegangen war. Bei den Asylbewerbern aus Afrika wurde erneut eine leichte Abnahme um weniger als 100 Personen festgestellt, während aus Asien gut 100 Personen mehr gezählt wurden als Ende 1996. Diese weitere Verschiebung in Richtung auf europäische Herkunftsländer, aus denen 59 % (im Vorjahr 56 %) aller Asylbewerber kamen, ist im wesentlichen durch die Bürgerkriegsflüchtlinge

bedingt, wie die folgende Betrachtung der einzelnen Länder zeigen wird. Demgegenüber ist der Anteil Asiens auf unter 30 %, derjenige Afrikas auf 10 % zurückgefallen.

Von den europäischen Asylbewerbern stammten die meisten aus dem Gebiet des früheren Jugoslawien, darunter allein 9000 aus Rest-Jugoslawien, wozu auch die Kosovo-Albaner gehören. Über 9200, fast doppelt so viele wie im Vorjahr, kamen aus Bosnien-Herzegowina, obwohl bereits ein großer Teil der Bürgerkriegsflüchtlinge wieder in die Heimat zurückgekehrt ist. Die Türkei blieb trotz eines Rückgangs um 1100 Personen mit 11 800 Asylsuchenden jedoch als einzelner Staat mit einem Anteil von 22 % das Hauptherkunftsland vor Bosnien-Herzegowina und Rest-Jugoslawien mit jeweils rund 17 %. Aus einem dieser drei Länder stammten damit weit über die Hälfte aller Asylbewerber, von den europäischen sogar 96 %. Bei ansonsten meist geringfügigen Abnahmen hat es bei den anderen Herkunftsgebieten keine wesentlichen Änderungen gegeben. Afghanistan blieb mit 5400 Personen — das waren mehr als sämtliche Asylbewerber aus Afrika — das bedeutendste asiatische Herkunftsland vor Pakistan mit gut 2600, dem Iran mit 1260 und Sri Lanka mit 1010 Personen. Armenien und Syrien mit jeweils rund 900 sowie Georgien mit 800 Personen haben Vietnam (nur noch 715 gegenüber 840) vom 5. Rang innerhalb der asiatischen Länder verdrängt. Bei den Asylbewerbern aus Afrika haben Äthiopien mit knapp 1300 und Somalia mit 1160 Personen die Plätze getauscht, während Zaire mit unverändert fast 800 Asylbewerbern folgte.

Erhebliche regionale Unterschiede bei Sozialhilfeempfängern ...

Von den 262 200 Personen, die Ende 1997 in Hessen Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, lebten gut 160 100 in einem der 21 Landkreise und knapp 102 100 in einer der fünf kreis-



**Bedarfsgemeinschaften und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb
nach ausgewählten Merkmalen**

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bedarfsgemeinschaften am Wohnort								Monatl. Netto- anspruch je Bedarfs- gemein- schaft 1997	Empfänger von		
		insgesamt		Zu- bzw. Abnah- me (-) gegen- über 1996	Unter den Bedarfsgemeinschaften Ende 1997 hatten				insgesamt		Zu- bzw. Abnah- me (-) gegen- über 1996		
		1996 ¹⁾	1997 ¹⁾		nur eine Person		einen deutschen Haushaltsvorstand		1996 ¹⁾			1997 ¹⁾	
		Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	DM	Anzahl	%		
1	Darmstadt, St.	3 318	3 682	11,0	1 663	45,2	2 751	74,7	759	6 205	6 886	11,0	
2	Frankfurt am Main, St.	27 393	23 292	- 15,0	12 721	54,6	15 009	64,4	993	47 327	39 517	- 16,5	
3	Offenbach am Main, St.	5 586	5 781	3,5	2 554	44,2	3 380	58,5	971	10 796	11 230	4,0	
4	Wiesbaden, St.	10 977	11 440	4,2	5 534	48,4	8 347	73,0	1 040	20 492	21 401	4,4	
5	Bergstraße	3 271	3 570	9,1	1 264	35,4	2 667	74,7	902	6 711	7 193	7,2	
6	Darmstadt-Dieburg	3 222	3 495	8,5	1 424	40,7	2 554	73,1	861	6 776	7 331	8,2	
7	Groß-Gerau	3 420	3 436	0,5	1 295	37,7	2 063	60,0	989	7 282	7 362	1,1	
8	Hochtaunuskreis	3 410	3 619	6,1	1 625	44,9	2 048	56,6	998	7 021	7 537	7,3	
9	Main-Kinzig-Kreis	6 921	6 798	- 1,8	2 712	39,9	5 223	76,8	838	13 901	13 542	- 2,6	
10	Main-Taunus-Kreis	2 174	2 215	1,9	849	38,3	1 538	69,4	879	4 513	4 604	2,0	
11	Odenwaldkreis	1 054	1 081	2,6	323	29,9	809	74,8	861	2 426	2 438	0,5	
12	Offenbach	4 671	5 001	7,1	1 839	36,8	3 121	62,4	872	10 207	10 968	7,5	
13	Rheingau-Taunus-Kreis	2 494	2 382	- 4,5	881	37,0	1 475	61,9	882	5 475	5 244	- 4,2	
14	Wetteraukreis	5 775	5 911	2,4	2 236	37,8	4 575	77,4	1 028	11 848	12 169	2,7	
15	Reg.-Bez. Darmstadt	83 686	81 703	- 2,4	36 920	45,2	55 560	68,0	952	160 980	157 422	- 2,2	
16	Gießen	6 144	6 303	2,6	2 649	42,0	4 759	75,5	766	12 049	12 204	1,3	
17	Lahn-Dill-Kreis	4 108	3 801	- 7,5	1 101	29,0	3 165	83,3	918	9 611	8 447	- 12,1	
18	Limburg-Weilburg	2 807	2 965	5,6	824	27,8	2 419	81,6	893	5 919	6 324	6,8	
19	Marburg-Biedenkopf	3 261	3 534	8,4	1 233	34,9	2 944	83,3	725	6 795	7 214	6,2	
20	Vogelsbergkreis	1 926	1 852	- 3,8	552	29,8	1 680	90,7	858	4 109	3 881	- 5,5	
21	Reg.-Bez. Gießen	18 246	18 455	1,1	6 359	34,5	14 967	81,1	819	38 483	38 070	- 1,1	
22	Kassel, St.	11 496	12 215	6,3	5 630	46,1	8 665	70,9	800	21 388	23 021	7,6	
23	Fulda	3 440	3 663	6,5	1 097	29,9	3 087	84,3	858	7 503	7 908	5,4	
24	Hersfeld-Rotenburg	2 303	2 505	8,8	862	34,4	2 019	80,6	1 034	4 967	5 568	12,1	
25	Kassel	4 750	5 575	17,4	2 004	35,9	4 407	79,0	813	9 769	11 225	14,9	
26	Schwalb-Eder-Kreis	3 452	3 665	6,2	1 151	31,4	3 155	86,1	918	7 510	7 772	3,5	
27	Waldeck-Frankenberg	2 600	3 107	19,5	1 127	36,3	2 670	85,9	951	5 648	6 493	15,0	
28	Werra-Meißner-Kreis	2 604	2 300	- 11,7	731	31,8	2 107	91,6	745	5 372	4 717	- 12,2	
29	Reg.-Bez. Kassel	30 645	33 030	7,8	12 602	38,2	26 110	79,0	850	62 157	66 704	7,3	
30	Land Hessen davon	132 577	133 188	0,5	55 881	42,0	96 637	72,6	908	261 620	262 196	0,2	
31	kreisfreie Städte	58 770	56 410	- 4,0	28 102	49,8	38 152	67,6	943	106 208	102 055	- 3,9	
32	Landkreise	73 807	76 778	4,0	27 779	36,2	58 485	76,2	883	155 412	160 141	3,0	

1) Jeweils am Jahresende. — 2) Ohne Vorleistungsempfänger, d. h. insgesamt 6787 Personen, die Sozialhilfe im Vorgriff auf Leistungen anderer Soziallei-
schaft oder Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung.

freien Städte. Damit entfielen auf die wenigen Großstädte fast zwei Fünftel aller Sozialhilfeempfänger, obwohl in ihnen nicht einmal ein Viertel der hessischen Bevölkerung wohnte. Mit rund 75 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner waren sie im Durchschnitt mehr als doppelt so stark belastet wie die Landkreise mit lediglich 35. Mit Abstand am stärksten betroffen waren dabei die kreisfreien Städte Kassel (115) vor Offenbach (97), während unter den Landkreisen Gießen (48) und Kassel (46) am weitesten über dem Durchschnitt lagen und landesweit die Situation im Main-Taunus-Kreis (21) am günstigsten war.

Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr zeigte indes ein in hohem Maße uneinheitliches Bild. Während es in sechs Verwaltungsbezirken Abnahmen der Bedarfsgemeinschaften und der HLU-Empfänger gab, waren in den übrigen 20 Zunahmen

zu verzeichnen. Sie beruhten zum Teil allerdings auch auf Untererfassungen im vorangegangenen Jahr infolge von Fehlern bei der maschinellen Erstellung der Lieferdatensätze in den kommunalen Gebietsrechenzentren, so daß die Veränderungs-
raten teilweise überzeichnet sind. Unabhängig davon schwankten sie bei den Bedarfsgemeinschaften zwischen einer Abnahme um 15 % in Frankfurt am Main und einer Zunahme im Landkreis Waldeck-Frankenberg um fast 20 %. Bei den HLU-Empfängern war die Abnahme in Frankfurt sogar noch etwas größer, während die Zunahme um 15 % in Waldeck-Frankenberg fast auch im Landkreis Kassel erreicht wurde.

Die regionalen Unterschiede betreffen aber nicht nur die Entwicklung, sondern zeigen sich auch in der Struktur von Bedarfsgemeinschaften und HLU-Empfängern. Besonders viele Einzelpersonen wurden in den kreisfreien Städten ermittelt,

von Einrichtungen sowie Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen
und Verwaltungsbezirken

Hilfe zum Lebensunterhalt am Wohnort							Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen ⁴⁾ am Wohnort								Lfd. Nr.
Unter den Empfängern ²⁾ Ende 1997 waren						Ende 1997 auf 1000 Ein- woh- ner ³⁾	insgesamt		Zu- bzw. Abnah- me (-) gegen- über 1996	Unter den Empfängern Ende 1997 insgesamt erhielten			Nicht- deutsche Emp- fänger Ende 1997		
Deutsche		weiblich		unter 18 Jahre alt			1996 ¹⁾	1997 ¹⁾		Hilfe zur Pflege	Einglieder- ungsh. f. Behinderte	Kranken- hilfe ⁵⁾			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%									Anzahl	
4 579	70,5	3 630	55,9	2 352	36,2	50	2 170	2 011	- 7,3	132	412	1 421	32,4	1	
22 380	57,6	20 706	53,3	11 792	30,4	61	15 657	15 503	- 1,0	881	2 277	11 641	42,3	2	
5 553	50,3	6 005	54,4	3 891	35,3	97	2 834	2 604	- 8,1	637	402	1 564	34,4	3	
14 073	66,2	11 854	55,8	7 367	34,7	80	2 141	2 240	4,6	396	975	399	12,3	4	
4 838	68,8	3 994	56,8	2 837	40,4	28	1 631	2 141	31,3	519	727	894	28,0	5	
4 474	63,3	4 218	59,7	2 792	39,5	26	1 430	1 712	19,7	205	714	773	28,5	6	
3 683	53,4	3 822	55,4	2 688	39,0	30	1 274	1 289	1,2	440	829	9	7,9	7	
3 505	48,2	3 725	51,3	2 713	37,3	34	2 454	2 520	2,7	443	1 169	903	22,2	8	
9 068	70,5	7 344	57,1	4 890	38,0	34	4 279	4 066	- 5,0	931	1 132	1 947	16,8	9	
2 550	62,1	2 391	58,2	1 602	39,0	21	2 309	2 687	16,4	416	1 039	1 234	32,3	10	
1 494	67,5	1 241	56,1	948	42,8	25	620	855	37,9	276	350	233	18,4	11	
5 422	52,6	5 711	55,4	4 064	39,4	33	2 371	2 425	2,3	541	877	993	35,0	12	
2 885	55,6	2 913	56,1	2 131	41,1	29	910	1 009	10,9	477	469	69	5,6	13	
8 635	72,5	6 703	56,3	4 742	39,8	42	2 562	2 610	1,9	837	1 389	190	6,6	14	
93 139	61,1	84 257	55,3	54 809	35,9	43	42 642	43 672	2,4	7 131	12 761	22 270	29,6	15	
8 102	67,1	6 620	54,8	4 256	35,2	48	4 490	4 286	- 4,5	723	1 106	2 320	35,7	16	
6 594	80,5	4 630	56,6	3 208	39,2	32	1 262	1 821	44,3	684	1 111	10	3,0	17	
4 747	76,5	3 497	56,4	2 452	39,5	37	1 786	2 353	31,7	359	647	1 293	26,1	18	
5 652	79,0	3 984	55,7	2 726	38,1	29	2 617	2 628	0,4	502	812	1 330	25,9	19	
3 403	89,8	2 067	54,5	1 419	37,4	33	1 648	1 754	6,4	378	758	624	14,5	20	
28 498	76,2	20 798	55,6	14 061	37,6	36	11 803	12 842	8,8	2 646	4 434	5 577	24,4	21	
14 503	64,4	12 265	54,4	7 728	34,3	115	2 458	2 842	15,6	1 070	802	979	17,5	22	
6 519	82,6	4 527	57,3	3 021	38,3	37	2 253	2 434	8,0	556	755	1 128	25,1	23	
3 927	71,5	3 007	54,8	2 072	37,7	42	952	1 166	22,5	399	673	21	1,5	24	
8 429	76,7	6 059	55,2	4 248	38,7	46	1 683	1 932	14,8	614	978	359	7,2	25	
6 561	85,6	4 205	54,8	2 950	38,5	40	1 649	1 528	- 7,3	427	970	153	1,6	26	
5 501	86,4	3 479	54,6	2 413	37,9	38	1 954	2 039	4,4	320	720	1 000	14,1	27	
4 114	90,0	2 576	56,3	1 806	39,5	40	1 146	1 239	8,1	302	585	349	7,8	28	
49 554	75,6	36 118	55,1	24 238	37,0	52	12 095	13 180	9,0	3 688	5 483	3 989	12,7	29	
171 191	67,0	141 173	55,3	93 108	36,5	43	66 540	69 694	4,7	13 465	22 678	31 836	25,4	30	
61 088	61,0	54 460	54,4	33 130	33,1	75	25 260	25 200	- 0,2	3 116	4 868	16 004	35,2	31	
110 103	70,9	86 713	55,9	59 978	38,6	34	41 280	44 494	7,8	10 349	17 810	15 832	19,9	32	

stungsträger erhielten.— 3) Stand am 31. 12. 1997.— 4) Empfänger mehrerer Hilfearten sind bei jeder Hilfeart gezählt.— 5) Einschl. Hilfe bei Schwanger-

wobei sie in Frankfurt am Main mit einem Anteil von fast 55 % sogar die Mehrheit der Bedarfsgemeinschaften bildeten. In einer Reihe von Landkreisen, vor allem in Mittel- und Nordhessen, lag ihr Anteil dagegen deutlich unter einem Drittel. Dort waren auch die Anteile von Nichtdeutschen sowohl bei den Bedarfsgemeinschaften als auch bei den Hilfeempfängern niedriger als in Südhessen. Im Hochtaunuskreis war gut jeder zweite HLU-Empfänger Nichtdeutscher, in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main fast jeder zweite, im Werra-Meißner-Kreis und im Vogelsbergkreis dagegen nur einer von zehn. Während sich die Frauenanteile in den meisten Kreisen bei 55 % bewegten (eine deutliche Ausnahme macht, wohl wegen der vielen Nichtdeutschen, der Hochtaunuskreis mit 51 %), gab es in der Altersstruktur teilweise doch etwas größere Unterschiede. Zwar lag der Anteil der Minderjährigen in der Regel bei etwas unter 40 %, doch gab es Abweichungen nach

oben bis zu fast 43 % im Odenwaldkreis und nach unten bis zu 30 % in Frankfurt am Main. Auch in den übrigen kreisfreien Städten waren die Kinder relativ seltener unter den Hilfeempfängern zu finden, was allerdings nicht mehr gilt, wenn man sie auf die dort insgesamt lebenden Kinder bezieht.

Diese Strukturunterschiede haben für die örtlichen Träger auch gewisse Auswirkungen auf die Kosten, hängt doch der monatliche Nettoanspruch, der sich aus dem Bruttobedarf abzüglich des eventuell anzurechnenden Einkommens ergibt, ganz wesentlich von der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften ab. Er bewegte sich auf Landesebene zwischen fast 1600 DM für große „Haushalte“ über gut 700 DM für Alleinstehende bis zu weniger als 500 DM für volljährige Haushaltsmitglieder. Wegen des hohen Anteils der Einzelpersonen lag der Nettoanspruch im Durchschnitt schließlich fast unver-

ändert bei etwas über 900 DM, von denen allein 560 DM auf die Miete entfielen. In der Landeshauptstadt Wiesbaden, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Wetteraukreis wurden je Bedarfsgemeinschaft im Monat über 1000 DM ausgegeben, im Werra-Meißner-Kreis, in den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Gießen sowie in der kreisfreien Stadt Darmstadt dagegen weniger als 800 DM.

Nach wie vor problematisch ist auf regionaler Ebene die Bewertung der Daten über die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen. Das gilt sowohl für die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr als auch für die Aufgliederung auf die einzelnen Hilfearten und erst recht für tiefergehende Strukturdaten. Deshalb wird hier nur auf den entsprechenden Teil der Kreistabelle verwiesen.

... aber auch bei den Asylbewerbern

Die landesweite Zunahme der Zahl von Regelleistungsempfängern gegenüber dem Jahresende 1996 um 3380 Personen saldiert sich bei gravierenden regionalen Unterschieden aus teilweise gegenläufigen Entwicklungen in den gemeldeten Zahlen. Einer Abnahme um zusammen 3370 Personen in 16 Verwaltungsbezirken stand eine Zunahme um zusammen 6750 Personen in den übrigen zehn Verwaltungsbezirken, darunter vier der fünf kreisfreien Städte, gegenüber. Letztere war besonders auffallend in den beiden kreisfreien Städten Frankfurt am Main (+ 3690 Personen) und Kassel (+ 1140) und war dort wohl überwiegend durch die Einbeziehung von Bürgerkriegsflüchtlings bedingt. Unter den Landkreisen hatten der Lahn-Dill-Kreis, der Landkreis Limburg-Weilburg und der Schwalm-Eder-Kreis die höchsten Zuwächse. Demgegenüber waren in den drei Taunuskreisen die stärksten Abnahmen um zusammen 1470 Personen zu verzeichnen.

Aber nicht nur bei der Entwicklung, sondern auch bei den persönlichen Merkmalen der einzelnen Empfänger gab es nach wie vor auf regionaler Ebene beträchtliche Differenzen. Hier sind in erster Linie Geschlecht und Alter zu nennen. Zwar scheint das Geschlecht der Asylbewerber auf den ersten Blick für die zu gewährende Leistung bedeutungslos, doch weisen hohe Männeranteile in der Regel darauf hin, daß in den betreffenden Kreisen relativ viele alleinstehende Erwachsene leben, für welche die Pro-Kopf-Ausgaben am höchsten sind. Unter allen hessischen Verwaltungsbezirken gab es lediglich in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main einen Frauenüberschuß bei den Asylbewerbern. Eine nahezu ausgeglichene Geschlechterrelation wurde außerdem nur noch in den kreisfreien Städten Wiesbaden und Kassel ermittelt, wenngleich hier schon die Männer mit Anteilen von jeweils rund 52 % dominierten. Ansonsten war die Überzahl der männlichen Asylbewerber noch deutlich höher und erreichte Spitzenanteile von jeweils rund 64 % im Werra-Meißner-Kreis und im Hochtaunuskreis.

Asylbewerber¹⁾ am Jahresende 1997 nach ausgewählten Merkmalen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Ins- gesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1996		Von den Asyl- bewerbern waren	
		Anzahl	%	männ- lich	unter 18 J.
Darmstadt, St.	690	32	4,9	53,8	38,4
Frankfurt am Main, St.	5 371	3 690	219,5	48,5	38,5
Offenbach am Main, St.	361	36	11,1	57,6	38,0
Wiesbaden, St.	3 280	- 279	- 7,8	52,2	40,7
Bergstraße	3 109	- 109	- 3,4	60,2	39,6
Darmstadt-Dieburg	2 506	- 351	- 12,3	55,0	41,3
Groß-Gerau	1 378	- 189	- 12,1	60,9	30,4
Hochtaunuskreis	1 446	- 395	- 21,5	63,6	41,4
Main-Kinzig-Kreis	2 596	- 178	- 6,4	54,9	43,8
Main-Taunus-Kreis	2 038	- 657	- 24,4	53,3	42,6
Odenwaldkreis	625	- 133	- 17,5	57,4	40,8
Offenbach	3 046	- 278	- 8,4	53,9	40,9
Rheingau-Taunus-Kreis	929	- 418	- 31,0	57,4	41,9
Wetteraukreis	2 690	10	0,4	54,6	40,4
Reg.-Bez. Darmstadt	30 065	781	2,7	54,6	40,1
Gießen	3 105	- 54	- 1,7	54,2	47,0
Lahn-Dill-Kreis	2 884	526	22,3	56,8	44,9
Limburg-Weilburg	1 843	487	35,9	56,3	45,3
Marburg-Biedenkopf	2 984	- 74	- 2,4	56,2	44,3
Vogelsbergkreis	1 176	200	20,5	59,0	43,8
Reg.-Bez. Gießen	11 992	1 085	9,9	56,1	45,2
Kassel, St.	2 742	1 142	71,4	51,9	37,5
Fulda	1 762	- 3	- 0,2	58,6	42,3
Hersfeld-Rotenburg	771	- 119	- 13,4	52,1	44,6
Kassel	1 557	- 86	- 5,2	58,0	41,7
Schwalm-Eder-Kreis	1 850	452	32,3	57,8	43,7
Waldeck-Frankenberg	1 615	176	12,2	61,3	37,0
Werra-Meißner-Kreis	981	- 49	- 4,8	64,4	37,1
Reg.-Bez. Kassel	11 278	1 513	15,5	57,2	40,2
Land Hessen	53 335	3 379	6,8	55,5	41,3
davon					
kreisfreie Städte	12 444	4 621	59,1	50,8	38,8
Landkreise	40 891	- 1 242	- 2,9	56,9	42,1

1) Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einschl. Personen in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen.

Ungeachtet der zuvor angedeuteten Abhängigkeit zwischen Männeranteil und Altersstruktur stellten in allen Verwaltungsbezirken — mit Ausnahme des Landkreises Groß-Gerau — die Kinder unter 18 Jahren mindestens ein Drittel der Asylbewerber, in den meisten Fällen sogar mehr als zwei Fünftel. Der höchste Kinderanteil wurde im Landkreis Gießen mit 47 % ermittelt, wie überhaupt alle mittelhessischen Kreise deutlich über dem Landesdurchschnitt von gut 41 % lagen. Anzu-merken bleibt, daß sich — bei allen weiterhin bestehenden Strukturunterschieden — die Werte sowohl bei der Geschlechterrelation als auch bei der Altersgliederung zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken nochmals etwas angenähert haben. Das kann zum Beispiel daran deutlich gemacht werden, daß noch 1996 in zwei Kreisen zwei Drittel der Asylbewerber Männer gewesen waren und der Kinderanteil im Landkreis Gießen damals bei 52 % gelegen hatte. □

Lohnsteuerzerlegung 1995 - Indikator für wirtschaftliche Verflechtungen

Alle drei Jahre stellen sich die Statistischen Landesämter einer Aufgabe, in deren Folge Milliardenbeträge die Besitzer wechseln: der Zerlegung der Lohnsteuer. Was darunter zu verstehen ist und welche Rolle das Land Hessen dabei spielt, wird im folgenden Aufsatz dargestellt. Im Ergebnis führte die Lohnsteuerzerlegung zu Ansprüchen der anderen Bundesländer an Hessen von mehr als 5,6 Mrd. DM. Auch bei Abzug aller hessischen Gegenforderungen bleibt Hessen mit fast zwei Milliarden DM im Minus. Dem Autor geht es jedoch nicht nur um die Darstellung der fiskalischen Fakten, sondern auch um die der Umverteilung zugrunde liegenden ökonomischen Mechanismen. Durch Ergänzung der Zerlegungsdaten mit nichtstatistischen Informationen, durch Regionalisierung auf Finanzamtsebene sowie durch erstmalige Verknüpfung mit Daten aus der Beschäftigtenstatistik entsteht ein kohärentes Bild, das interessante Einblicke in die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Bundesländern und deren Regionen ermöglicht.

Angesichts leerer Kassen der öffentlichen Haushalte kam es in jüngster Zeit zu Diskussionen über die Ausgestaltung des im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Länderfinanzausgleiches. Dieser soll „sicherstellen, daß die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“ (GG Artikel 107, Absatz 2). Bekanntlich führt dies zu erheblichen Transferzahlungen der wirtschaftlich stärkeren Bundesländer zugunsten der schwächeren. Weniger bekannt und von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt ist ein anderes System von Transferleistungen, das größenordnungsmäßig dem klassischen Länderfinanzausgleich nahekommt, seine Wurzel jedoch eher in einem technischen Detail der Lohnsteuererhebung hat, also unabhängig von der Steuerkraft der einzelnen Länder ist. Auch diese Ausgleichszahlung ist von der Verfassung vorgegeben und wird im sogenannten „Zerlegungsgesetz“¹⁾ näher geregelt.

Hintergrund des Zerlegungsverfahrens

Grundsätzlich schreibt die Finanzverfassung vor, daß die Landessteuern und die Länderanteile der Gemeinschaftssteuern jenen Ländern zustehen, deren Finanzbehörden die Steuern auf ihrem Gebiet vereinnahmen (Einnahmeland, GG Artikel 107, Absatz 1). Im Falle der Einkommensteuer ist das normalerweise das Land, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat (Wohnsitzland). Bei der Lohnsteuer — einer speziellen Erhebungsart der Einkommensteuer — ist der Arbeitgeber nach dem Einkommensteuergesetz jedoch verpflichtet, die für den einzelnen Arbeitnehmer anfallenden Lohnsteuerbeträge an das für die Lohnabrechnungsstelle zuständige Finanzamt (das sogenannte Betriebsstättenfinanzamt) abzuführen. Liegt dieses in einem anderen Bundesland, so wird die Steuer folglich nicht mehr im Wohnsitzland des Arbeitnehmers vereinnahmt. Wie kommt es dazu? Zwei Gründe zeichnen hier verantwortlich:

1. Das Rechnungswesen eines Unternehmens mit mehreren Betriebsstandorten ist an einem Standort konzentriert

(zentrale Lohnabrechnung). Die Lohnsteuer aller Mitarbeiter wird in diesem Fall an das für die Abrechnungszentrale zuständige Betriebsstättenfinanzamt abgeführt.

2. Arbeitsort und Wohnort liegen in unterschiedlichen Bundesländern (Berufspendlerwanderungen über die Landesgrenzen). Die Lohnsteuer wird am für den Arbeitsort zuständigen Betriebsstättenfinanzamt abgeführt²⁾.

Diese aus technischen Gründen erfolgende „Fehlbuchung“ wird durch das bereits erwähnte Zerlegungsgesetz korrigiert. Die statistischen Landesämter der Wohnsitzländer werden darin verpflichtet, im Rahmen der (dreijährlich durchzuführenden) Einkommensteuerstatistik für jeden Lohnsteuerfall zu prüfen, in welches Bundesland die Steuer abgeführt wurde und die zusammengefaßten Ergebnisse dieser Lohnsteuerzerlegung an ihre obersten Finanzbehörden zu übermitteln. Diese erstellen daraus die sogenannten *Zerlegungsquoten*, die angeben, welche Anteile der Lohnsteuereinnahmen die Einnahmeländer in den folgenden drei Jahren quartalsweise an die Wohnsitzländer abführen müssen. Da jedes Land sowohl Zahler als auch Empfänger ist, bestimmt die Differenz zwischen den Ausgleichsansprüchen und den Ausgleichsverpflichtungen den Nettoeffekt. Die aus der Lohnsteuerzerlegung 1995 errechneten Quoten gelten für die Jahre 1998, 1999 und 2000.

Durchführung

Praktisch bedeutete das, daß die hessischen Finanzämter dem Hessischen Statistischen Landesamt über einen Zeitraum von etwa drei Jahren (Juni 1996 bis Mai 1998) insgesamt mehr als 2,5 Mill. Lohnsteuerkarten zustellten, die alle einzeln anhand der Eintragungen des Arbeitgebers daraufhin zu überprüfen

1) Zerlegungsgesetz als Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Zerlegungsrechts und zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuerrechts vom 6. August 1998 (BGBl. I, S. 1105).

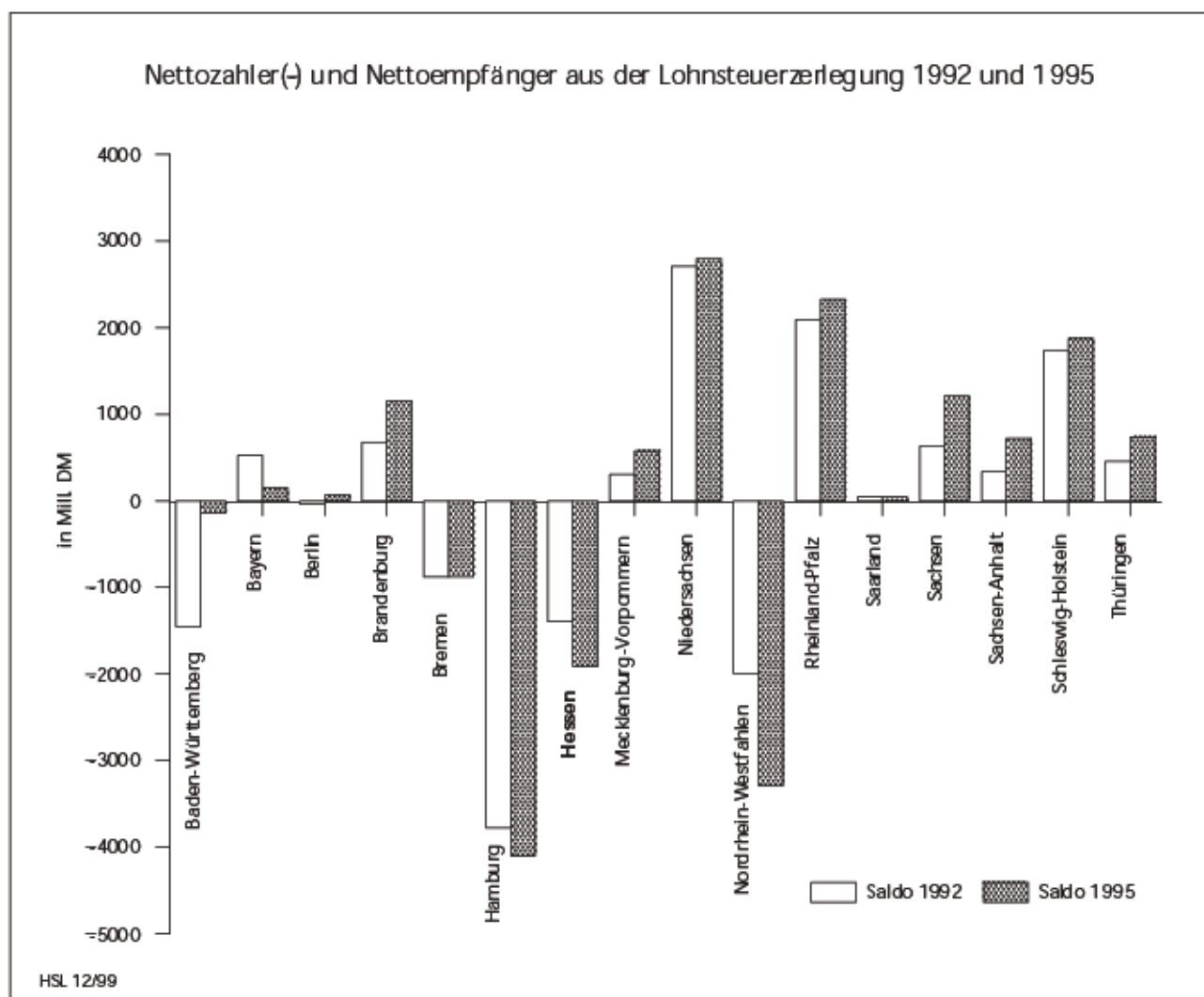
2) Die aufgeführten Konstellationen können natürlich auch in Kombination auftreten: Wohnort in Land A, Arbeitsort in Land B und Betriebsstättenfinanzamt in Land C.

waren, ob das zuständige Betriebsstättenfinanzamt in Hessen oder einem anderen Bundesland lag. Traf letzteres zu („Zerlegungsfall“), so waren die einbehaltene Lohnsteuer und das Einnahmeland festzuhalten. (Bei mehreren Einträgen ist nach dem Zerlegungsgesetz das jeweils letzte Arbeitsverhältnis maßgebend). Abgesehen von der gewaltigen Menge und dem damit verbundenen Arbeits- und Organisationsaufwand gehörte häufig eine „gehörige Portion Spürsinn“ dazu, um aus den mitunter schwer lesbaren Firmenstempeln oder gar fehlerhaften Eintragungen der Unternehmen das Bundesland herauszufiltern, das die Lohnsteuer vereinnahmt hat. Diese Aufgabe mußte mit großer Sorgfalt ausgeführt werden, wird doch jeder gefundene Zerlegungsfall für das Land Hessen sozusagen „in Gold aufgewogen“.

Insgesamt wurden 349 550 Fälle gezählt, bei denen die Lohnsteuer hessischer Arbeitnehmer in ein anderes Bundesland abgeführt wurde. Addiert man die entsprechenden Lohnsteuerbeträge auf, so erhält man eine Summe von rund 3,7 Mrd. DM. Zur Veranschaulichung: Theoretisch würde dieser Betrag ausreichen, um ungefähr 80 Ämter von der Größe des Hessischen Statistischen Landesamtes mit jeweils etwa 500 Bediensteten jährlich zu finanzieren!

Bundesüberblick

Im Sinne einer top-down-Analyse folgt zunächst ein grober Überblick über die Ergebnisse, bevor diese in mehreren Schritten feiner aufgegliedert und interpretiert werden. Für die Öffentlichkeit (und die Finanzministerien!) ist vor allem von Interesse, welche Länder bezüglich der Lohnsteuerzerlegung Nettozahler sind, und welche Beträge dabei transferiert werden. Die Analyse der Differenz zwischen Ansprüchen und Verpflichtungen, d.h. der Salden der einzelnen Länder 1995 gegenüber 1992 zeigt, daß sich qualitativ wenig, quantitativ jedoch einiges verändert hat: Von den Geberländern (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen) hat sich 1995 lediglich Berlin ins Lager der Nehmerländer verabschiedet, allerdings mit einer nahezu ausgeglichenen Zerlegungsbilanz. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß im Gegensatz zu den bekannten Verhältnissen beim Länderfinanzausgleich das finanzschwache Bremen bzgl. der Zerlegung zu den Geberländern gehört³ (Hamburg steht an der Spitze und übernimmt allein einen Anteil von über 35 % der Ausgleichszahlungen aller Länder), während das wirtschaftlich starke Bayern ein Nehmerland ist: Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei der Lohnsteuerzerle-



Ausgleichsansprüche und -verpflichtungen Hessens aus der Lohnsteuerzerlegung 1995

Bundesland	Ansprüche Hessens 1995				Verpflichtungen Hessens 1995				Saldo			
	Zerlegungsfälle		Lohnsteuer		Zerlegungsfälle		Lohnsteuer		1992		1995	
	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1992	insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1992	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1992	insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1992	Zerlegungsfälle	Lohnsteuer	Zerlegungsfälle	Lohnsteuer
		%	1000 DM	%		%	1000 DM	%		1000 DM		1000 DM
Baden-Württemberg	70 224	0,5	793 265	9,8	73 360	31,5	779 778	32,5	14 095	134 051	- 3 136	13 487
Bayern	44 895	1,6	504 733	15,7	79 091	- 0,5	822 693	- 1,4	- 35 296	- 397 702	- 34 196	- 317 961
Berlin	5 942	9,2	76 481	44,7	21 053	34,3	281 057	63,4	- 10 238	- 119 163	- 15 111	- 204 576
Brandenburg	450	66,7	5 775	109,0	8 355	56,6	75 662	159,3	- 5 066	- 26 420	- 7 905	- 69 887
Bremen	3 273	7,1	31 043	30,6	2 851	11,8	34 741	30,4	505	- 2 871	422	- 3 698
Hamburg	34 849	- 1,0	474 427	0,5	12 198	16,6	170 175	26,6	24 731	337 500	22 651	304 253
Mecklenburg-Vorpommern	238	71,2	2 868	191,8	4 754	58,9	36 506	138,1	- 2 852	- 14 346	- 4 516	- 33 637
Niedersachsen	37 350	- 9,8	340 199	- 7,0	39 095	- 12,8	437 462	8,3	- 3 412	- 38 431	- 1 745	- 97 263
Nordrhein-Westfalen	102 473	15,9	993 601	22,6	87 868	- 0,8	1 113 596	11,4	- 87	- 189 112	14 605	- 119 995
Rheinland-Pfalz	37 968	- 4,3	390 026	8,4	123 088	- 5,5	1 250 312	10,3	- 90 601	- 773 291	- 85 120	- 860 286
Saarland	2 167	25,0	21 703	- 2,1	8 916	- 3,2	79 693	14,7	- 7 476	- 47 286	- 6 749	- 57 990
Sachsen	1 465	38,6	19 425	67,8	21 376	29,9	163 527	111,1	- 15 394	- 65 897	- 19 911	- 144 102
Sachsen-Anhalt	745	91,0	9 981	187,5	11 821	78,3	81 143	166,3	- 6 238	- 26 999	- 11 076	- 71 162
Schleswig-Holstein	3 461	7,7	37 411	18,1	10 125	13,1	132 821	32,1	- 5 737	- 68 896	- 6 664	- 95 411
Thüringen	4 050	79,0	46 746	106,2	35 556	18,3	201 400	71,8	- 27 799	- 94 560	- 31 506	- 154 654
Insgesamt	349 550	3,9	3 747 684	12,2	539 507	6,3	5 660 566	19,6	- 170 965	- 1 393 424	- 189 957	- 1 912 882

**Nettozahler (-) und Nettoempfänger aus der
Lohnsteuerzerlegung 1992 und 1995
(1000 DM)**

Bundesland	Saldo 1992	Saldo 1995	Zu- bzw. Abnahme (-)
Baden-Württemberg	- 1 448 867	- 1 492 540	- 43 673
Bayern	522 317	147 059	- 375 258
Berlin	- 35 198	67 862	103 060
Brandenburg	672 965	1 152 694	479 729
Bremen	- 875 839	- 876 591	- 752
Hamburg	- 3 778 788	- 4 099 745	- 320 956
Hessen	- 1 393 424	- 1 912 882	- 519 458
Mecklenburg-Vorpommern	307 284	576 320	269 035
Niedersachsen	2 709 295	2 798 509	89 214
Nordrhein-Westfalen	- 1 990 488	- 3 291 113	- 1 300 625
Rheinland-Pfalz	2 095 017	2 331 691	236 674
Saarland	45 373	44 540	- 833
Sachsen	633 986	1 213 504	579 518
Sachsen-Anhalt	340 144	726 977	386 833
Schleswig-Holstein	1 736 269	1 873 787	137 518
Thüringen	459 955	739 929	279 974

gung um eine technische Korrektur, die ohne Bezug auf die Wirtschaftskraft eines Landes errechnet wird. Allerdings wird im weiteren Verlauf deutlich werden, daß die Zerlegungsdaten dennoch ökonomische Zusammenhänge widerspiegeln, deren Untersuchung interessante Einblicke in die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Ländern gewährt.

Es fällt auf, daß die zerlegungsbedingten Nettotransferzahlungen in die neuen Bundesländer von 1992 auf 1995 ausnahmslos gestiegen sind, im Mittel sogar um 82,6 % auf insgesamt 4,4 Mrd. DM. Das sind knapp 38 % des gesamten Transfervolumens, das seinerseits nur um 22,6 % auf 11,7 Mrd. DM zunahm. Der Grund für diese drastische Steigerung dürfte vor allem darin zu suchen sein, daß viele ostdeutsche Betriebe von westdeutschen Unternehmen übernommen wurden, die die Lohnsteuer zentral am westdeutschen Unternehmenssitz abführen. Dafür mußten die alten Länder fast durchweg Verluste hinnehmen. Auf dem Sockel dieses Ost-West-Basis-effektes setzten jedoch zusätzliche Verschiebungen zwischen den alten Ländern auf, wodurch beispielsweise die starke Veränderung im Saldo Nordrhein-Westfalens verursacht wird.

Ergebnisse für Hessen

Nach diesen überregionalen Bemerkungen sollen im folgenden die für das Land Hessen relevanten Zahlen im Blickpunkt stehen. Wie schon bei der Lohnsteuerzerlegung 1992 kann Hessen nur gegenüber zwei Ländern per saldo Ansprüche geltend machen: Baden-Württemberg und Hamburg. Gegenüber allen anderen Ländern tritt Hessen als Nettozahler auf. In der Summe beliefen sich die hessischen Nettoverpflichtungen auf über 1,9 Mrd. DM, davon fast ein Viertel (473 Mill. DM) gegenüber den neuen Bundesländern.

Die hessischen Nettozahler Baden-Württemberg und Hamburg

Baden-Württemberg und Hamburg, die einzigen Länder, deren Zerlegungssalden gegenüber Hessen negativ waren, sind aus unterschiedlichen Gründen besonders interessant. Zunächst lagen zwar beide Länder insofern im Trend, daß auch hier die hessischen Zerlegungsgewinne zurückgingen, so wie sich die Bilanz gegenüber den meisten anderen Ländern zu Ungunsten Hessens verändert hat. Im Falle *Baden-Württembergs* war der „Abschwung“ allerdings so rasant, daß von dem Zerlegungssaldo des Jahres 1992 nur etwa 10 % verblieben (Abnahme um 89,9 % gegenüber 26,1 % im Durchschnitt aller anderen Länder). Bezüglich der Zerlegungsfälle beobachtet man sogar einen „overkill-Effekt“, das heißt, der entsprechende Saldo verringerte sich um 122 Prozentpunkte, so daß am Ende ein negativer Wert herauskommt.

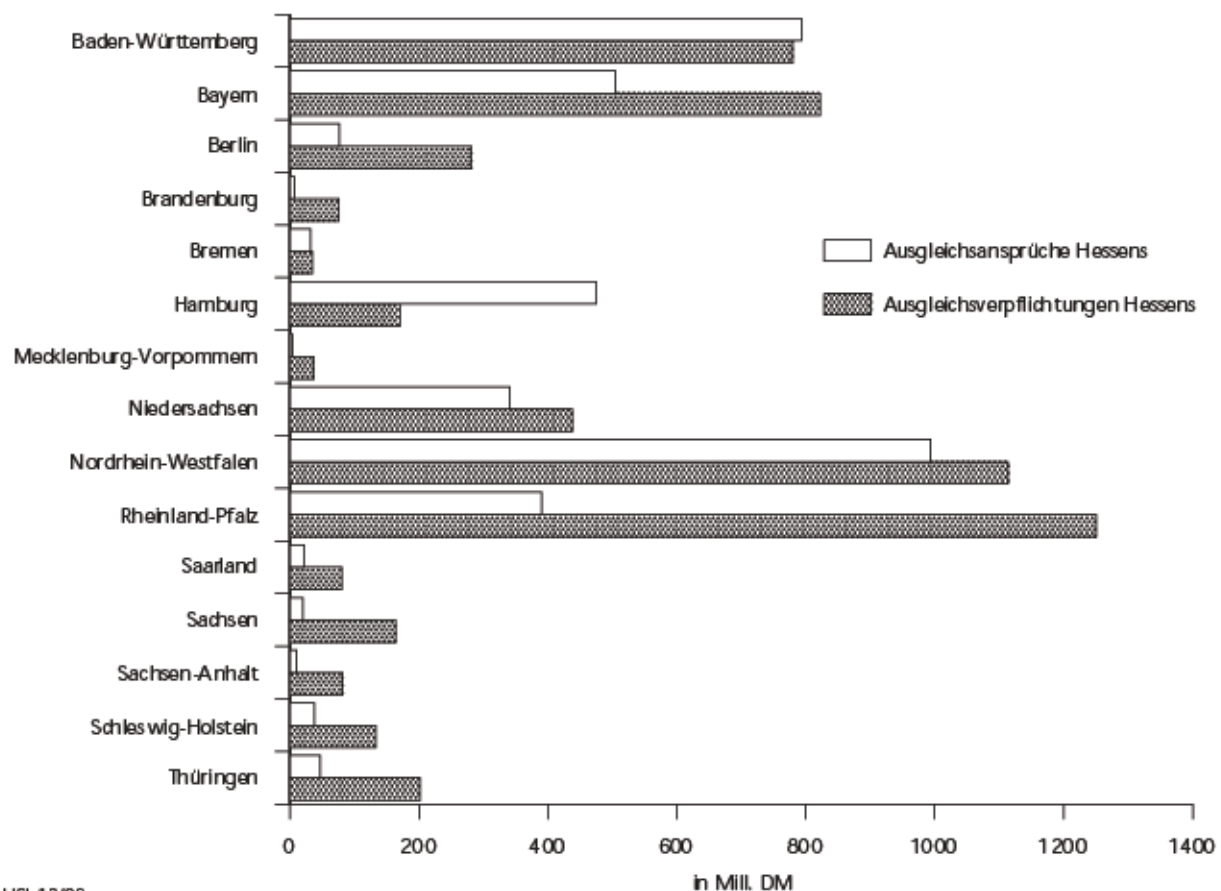
Welche Ereignisse führten zu dieser erdrutschartigen Abnahme? Bei den hessischen Ansprüchen gegenüber Baden-Württemberg zeichnet sich nichts Spektakuläres ab. Die Zahl der Zerlegungsfälle (Wohnsitzland Hessen, Einnahmeland Baden-Württemberg) sind nahezu konstant geblieben (+ 0,5 %), die entgangene Lohnsteuer stieg sogar um 9,8 %, was wohl vorwiegend auf allgemeine Gehaltssteigerungen zurückzuführen ist. Ganz anders bei den hessischen Verpflichtungen (Wohnsitzland Baden-Württemberg, Einnahmeland Hessen): Hier nahmen die Zerlegungsfälle stark zu (+ 31,5 %) und im Gefolge auch die Lohnsteuer (+ 32,5 %). Daß sich dabei die Gehaltssteigerungen kaum bemerkbar machten (die durchschnittliche Lohnsteuer pro Zerlegungsfall stieg nur um 0,8 % auf 10 630 DM, während sie bei den Ansprüchen um 9,3 % auf 11 300 DM zunahm), deutet bereits darauf hin, daß es sich bei den hinzugekommenen Fällen vorwiegend um vergleichsweise niedrig bezahlte Jobs handeln muß.

Die statistischen Daten alleine geben allenfalls Hinweise, reichen jedoch nicht aus, um das Rätsel zu lösen. Zusätzliche Nachforschungen ergaben schließlich eine schlüssige Erklärung: Ein bedeutendes, bundesweit operierendes Dienstleistungsunternehmen hat im Rahmen umfangreicher Umstrukturierungen die Verwaltung insoweit zentralisiert, daß auch Tausende von baden-württembergischen Arbeitnehmern seit 1995 in Hessen abgerechnet werden. Deren Lohnsteuer fließt dadurch nach Hessen (Einnahmeland), obwohl Baden-Württemberg weiterhin Wohnsitzland ist. Das Beispiel illustriert sehr deutlich, wie formale Änderungen ohne direkte wirtschaftliche Relevanz zu gravierenden Auswirkungen auf die Statistik führen können.

Das andere Land mit einem gegenüber Hessen negativen Zerlegungssaldo ist *Hamburg*. Dabei ist nicht so sehr die Veränderung gegenüber der letzten Zerlegung von Interesse, sondern die Tatsache, daß der weit entfernte Stadtstaat überhaupt im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern mit einem so hohen Betrag (über 300 Mill. DM) gegenüber Hessen

3) Vgl. zur besonderen Situation des Stadtstaates Bremen K. Schlichting: „Zerlegung der Lohnsteuer“, Freie Hansestadt Bremen 1998, Statistische Monatsberichte, Heft 9, September 1998, S. 191 ff.

Ausgleichsansprüche und -verpflichtungen Hessens aus der Lohnsteuererlegung 1995



HSL 13/99

in der Pflicht steht. Anders als im Falle Baden-Württembergs überstiegen die Ansprüche Hessens die Verpflichtungen nicht nur absolut, sondern auch prozentual deutlich: Es genügt also, die hessischen Ansprüche gegenüber Hamburg genauer zu analysieren, da die Verpflichtungen für eine erste qualitative Betrachtung vernachlässigt werden können. Eine grobe regionale Betrachtung nach Finanzamtsbezirken zeigt, daß die acht Finanzämter mit den größten Zerlegungsanteilen gegenüber Hamburg zusammen fast zwei Drittel der Zerlegungsansprüche abdecken; allen voran Groß-Gerau, das allein fast 15 % umfaßte. Es fällt auf, daß die genannten Bezirke sämt-

lich um das Rhein-Main-Gebiet konzentriert sind, so daß die starke Vermutung besteht, daß in diesem Bereich ein großes Unternehmen niedergelassen ist, das seine Lohnabrechnung in Hamburg betreibt. Kenner der Szene wissen, daß dies in der Tat auf ein international tätiges Transportunternehmen zutrifft. Allerdings kann das allein die Sonderstellung Hamburgs gegenüber Hessen und vor allem gegenüber den anderen Bundesländern nicht erklären (Hamburg ist mit über 4 Mrd. DM bzgl. der Lohnsteuererlegung der größte Nettozahler unter allen Ländern und ist gegenüber allen Bundesländern Nettozahler!). Auch andere überregionale Unternehmen sind in Hamburg angesiedelt und tragen deutlich zur Zerlegung bei.

Hessische Finanzämter mit den größten Ansprüchen gegenüber Hamburg im Jahr 1995

Finanzamt	Zerlegungs-fälle	Lohnsteuer
		1000 DM
Groß-Gerau	5 606	69 964
Frankfurt	5 222	61 717
Hofheim am Taunus	2 039	33 177
Langen	2 026	32 471
Bad Homburg v. d. Höhe	1 522	30 588
Wiesbaden	1 973	30 221
Offenbach, Land	1 956	29 230
Darmstadt	1 807	24 460

Das Niedersachsen-Puzzle

Auf den ersten Blick fallen die Zerlegungsergebnisse Hessens gegenüber Niedersachsen nicht sonderlich auf, da weder Ansprüche oder Verpflichtungen noch der Saldo absolut gesehen aus dem Rahmen fallen. Betrachtet man jedoch die Veränderung gegenüber 1992, so erkennt man, daß sich der (negative) Saldo weit mehr als verdoppelt hat. Dies resultiert aus der Überlagerung einer Verringerung der hessischen Ansprüche

und einer gleichzeitigen Zunahme der Verpflichtungen gegenüber Niedersachsen zu etwa gleichen Teilen.

Hessen ist das einzige Bundesland, dessen Ansprüche an Niedersachsen gesunken sind. Doch dieser Rückgang läßt sich erklären: 1995 wurden gegenüber Niedersachsen gut 4000 Zerlegungsfälle weniger gezählt als 1992. Fast 3000 davon sind auf die Finanzamtsbezirke Kassel (– 2351) und Fritzlar (– 602) konzentriert. Die Hauptursache für den Rückgang ist daher mit hoher Wahrscheinlichkeit bei einem niedersächsischen Großunternehmen mit einer Produktionsstätte in der Region Kassel/Fritzlar zu suchen. Tatsächlich ist bekannt, daß ein solches Unternehmen existiert, und daß dieses Unternehmen zwischen 1994 und 1996 Arbeitsplätze in großem Stil abgebaut hat.

Schwieriger stellt sich die Lage im Falle der hessischen Verpflichtungen gegenüber Niedersachsen dar. Zwar sind die Forderungen Niedersachsens gegenüber allen Bundesländern gestiegen, aber im Falle Hessens steht man vor der paradoxen Situation, daß die Fallzahl deutlich zurückging (– 12,8 %), während die Zerlegungsbeträge trotzdem um 8,3 % zulegten. Dies führte zu einer ungewöhnlichen Steigerung der durchschnittlichen Lohnsteuer pro Zerlegungsfall um 24,2 % auf 11 190 DM, was allein durch die Lohnentwicklung im Zeitraum 1992 bis 1995 nur schwer zu erklären ist. (Zum Vergleich: bei den hessischen Ansprüchen an Niedersachsen nahm die durchschnittliche Lohnsteuer pro Zerlegungsfall nur um 3,2 % auf 9110 DM zu). Es muß folglich eine strukturelle Verschiebung von niedriger zu höher bezahlten Jobs hinzugekommen sein. Als wahrscheinlichste Variante für ein solches Szenario bietet sich die Vermutung an, daß die weggefallenen Zerlegungsfälle unterdurchschnittlich bezahlt waren. Dadurch würde sich der Mittelwert automatisch nach oben verschieben. Lohnsteigerungen könnten den Effekt verstärken und überdies den durch den Wegfall von Zerlegungsfällen auftretenden Steuerverlust überkompensieren. Darüber, welche konkreten Veränderungen tatsächlich zu den genannten Ergebnissen führten, kann allerdings nur spekuliert werden.

Verlierer Nordrhein-Westfalen

Besondere Beachtung verdient die Zerlegungsbilanz Hessens mit Nordrhein-Westfalen. Auch gegenüber Nordrhein-Westfalen stiegen die hessischen Verpflichtungen deutlich (+ 11,4 %), obwohl die Fallzahl (geringfügig) zurückging (– 0,8 %). Das wirklich Erstaunliche geschah jedoch bei den Zerlegungsansprüchen: Hier stieg die Fallzahl drastisch um 15,9 %, so daß der Saldo der Zerlegungsfälle von – 187 auf 14 605 empor-schnellte. Dies wurde begleitet von einer Steigerung der beanspruchten Lohnsteuer um 183,3 Mill. DM oder 22,6 %. Daß die hessischen Ansprüche nicht noch höher ausfielen, lag allein daran, daß die Zuwächse sich offenbar auf relativ niedrige Bezahlungen konzentrierten, so daß sich die durchschnittliche Lohnsteuer pro Zerlegungsfall nur sehr moderat um 5,8 % auf 9700 DM erhöhte. Per saldo verringerten sich da-

durch die hessischen Verpflichtungen gegenüber Nordrhein-Westfalen um 36,5 % auf „nur“ noch 120 Mill. DM.

Was ist die Ursache für diese Verschiebung? Zwei Beobachtungen weisen die Richtung:

1. Gliedert man die hessischen Ansprüche gegenüber Nordrhein-Westfalen nach Finanzämtern auf, so zeigen bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Finanzamtsbezirke eine Steigerung sowohl nach Fällen als auch nach Beträgen.
2. Betrachtet man die Ansprüche der anderen Bundesländer gegenüber Nordrhein-Westfalen, so ist auch hier — diesmal ganz ohne Ausnahme — eine Zunahme sowohl der Fallzahlen als auch der Lohnsteueransprüche zu verzeichnen.

Beide Fakten weisen die beobachtete Zunahme der zerlegungsbedingten Zahlungsverpflichtungen Nordrhein-Westfalens als Globaleffekt aus. Nordrhein-Westfalen wird somit bundesweit zum Verlierer unter den Bundesländern. Die Forderungen der anderen Länder stiegen von 1992 bis 1995 um über 30 % auf knapp 8 Mrd. DM. Netto (d.h. bei Abrechnung der Ansprüche Nordrhein-Westfalens) nahmen die gesamten Zahlungsverpflichtungen sogar dramatisch um 65,3 % auf insgesamt 3,3 Mrd. DM zu.

Nachforschungen ergaben, daß die beobachteten Phänomene eine ähnliche Ursache wie die im Zusammenhang mit Baden-Württemberg (unter anderem Vorzeichen) diskutierten Verschiebungen haben: Die organisatorischen Veränderungen desselben Dienstleistungsunternehmens führten dazu, daß von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit und flächendeckend unternehmensbezogene Personalausgaben in erheblichem Umfang getätigt werden.

Spitzenreiter Rheinland-Pfalz

Was die Ansprüche der anderen Bundesländer gegenüber Hessen angeht, liegt Rheinland-Pfalz traditionell an der Spitze. Mit einem Nettoanspruch von 860 Mill. DM zeigt sich hier die starke wirtschaftliche Abhängigkeit namentlich vom hessischen Rhein-Main-Gebiet. Während bei den bisher betrachteten Ländern vorwiegend formal-organisatorische Randbedingungen der Unternehmen für die Zerlegung eine Rolle spielten (Betriebsstätte und Ort der Lohnabrechnung in unterschiedlichen Bundesländern), wird im Falle des wirtschaftlich vergleichsweise schwachen Rheinland-Pfalz eine „hand-feste“ ökonomische Komponente dominant: die Pendlerbewegung. Im folgenden soll daher der Einfluß der Pendlerströme auf die Zerlegungsdaten näher untersucht werden.

Zerlegungsdaten verstehen: Pendler versus zentrale Lohnbuchhaltung

Ein Lohnsteuerzerlegungsfall liegt genau dann vor, wenn die Lohnsteuer eines Lohnsteuerzahlers nicht in seinem Wohnsitzland vereinnahmt wird. Wie bereits angedeutet, gibt es

zwei Prototypen von Konstellationen, unter denen dies vorkommt, und zwar die zentrale Lohnbuchhaltung (Typ 1) und Berufspendlerwanderungen über die Landesgrenzen (Typ 2). Während Typ 1 hauptsächlich unternehmensorganisatorische Gegebenheiten widerspiegelt und (über den Unternehmensstandort) nur indirekt Rückschlüsse auf wirtschaftliche Sachverhalte zuläßt, ist Typ 2 direkt mit wichtigen ökonomischen und sozioökonomischen Themen verknüpft: Aus den Berufspendlerströmen läßt sich weit mehr über die wirtschaftliche Verflechtung einzelner Regionen oder Länder schließen als über eher formale Aussagen bzgl. Sitz bzw. Abrechnungsstelle von Unternehmen. In den Zerlegungsdaten sind beide Typen gemischt. Es ist daher für Verständnis und Interpretation von hohem Wert, die oben genannten Prototypen zu unterscheiden und den Daten zuzuordnen.

Hier kommt uns zugute, daß die Bundesanstalt für Arbeit für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein Versicherungskonto führt, das aus dem integrierten Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten und Arbeitslosenversicherung gespeist wird. Darin enthalten sind auch Angaben über Wohn- und Arbeitsort. Aufgrund des Arbeitsförderungsreformgesetzes⁴⁾ übermittelt die Bundesanstalt für Arbeit diese Daten in anonymisierter Form quartalsweise an das Statistische Bundesamt, das seinerseits die die einzelnen Länder betreffenden Daten an deren statistische Ämter weiterleitet. Das Hessische Statistische Landesamt verfügt daher seit dem Stichtag 30. Juni 1996 über detailliertes Datenmaterial zur Beschäftigtenstatistik, das auch eine Auswertung zur Pendlereigenenschaft zuläßt.

Für den Vergleich mit den Zerlegungsdaten sind jedoch eine Reihe von Einschränkungen zu berücksichtigen:

1. Wie bereits erwähnt, betreffen die Daten der Bundesanstalt für Arbeit nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zu diesem Personenkreis gehören Arbeiter, Angestellte

und Auszubildende, sofern es sich bei ihrer Erwerbstätigkeit nicht um eine sogenannte geringfügige Beschäftigung oder geringfügige selbständige Tätigkeit handelt⁵⁾. Beamte sind beispielsweise nicht enthalten. Bezüglich des Vergleichs mit der Lohnsteuerzerlegung ist also Vorsicht geboten.

2. Die Qualität der Daten bzgl. des Wohnortes wird allgemein als sehr gut eingeschätzt, da diese Daten die Grundlage für die entsprechenden Versicherungsleistungen bilden. Bezüglich des Arbeitsortes kann dies nicht mit gleicher Sicherheit gesagt werden, da nicht auszuschließen ist, daß die (meldepflichtigen) Arbeitgeber insbesondere bei Mehrbetriebsunternehmen mitunter statt des Arbeitsortes den Unternehmenssitz eintragen. Dennoch wird mit einer akzeptablen Genauigkeit gerechnet, was sich übrigens auch bei stichprobenartigen Überprüfungen seitens des Hessischen Statistischen Landesamtes bestätigte.
3. Methodisch kann bei den Daten der Bundesanstalt für Arbeit nicht zwischen Tages- und Fernpendlern unterschieden werden⁶⁾.
4. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß im Landesamt keine detaillierten Pendlerdaten aus dem Zerlegungsjahr 1995 vorliegen, sondern erst beginnend mit dem Stichtag 30. Juni 1996. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist also nur bedingt gegeben. Vergleiche mit den Daten vom 30. Juni 1997 zeigten jedoch, daß sich die Pendlerzahlen im Normalfall nur moderat bewegen und damit auf einer deutlich größeren Zeitskala variieren, als die durch plötzliche Unternehmensveränderungen geprägten Zerlegungsdaten.

4) Arbeitsförderungsreformgesetz, SGB III § 281, 282 und 282a vom 24.03.1997 (BGBl. I S. 594), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.12.1997 (BGBl. I S. 2998).

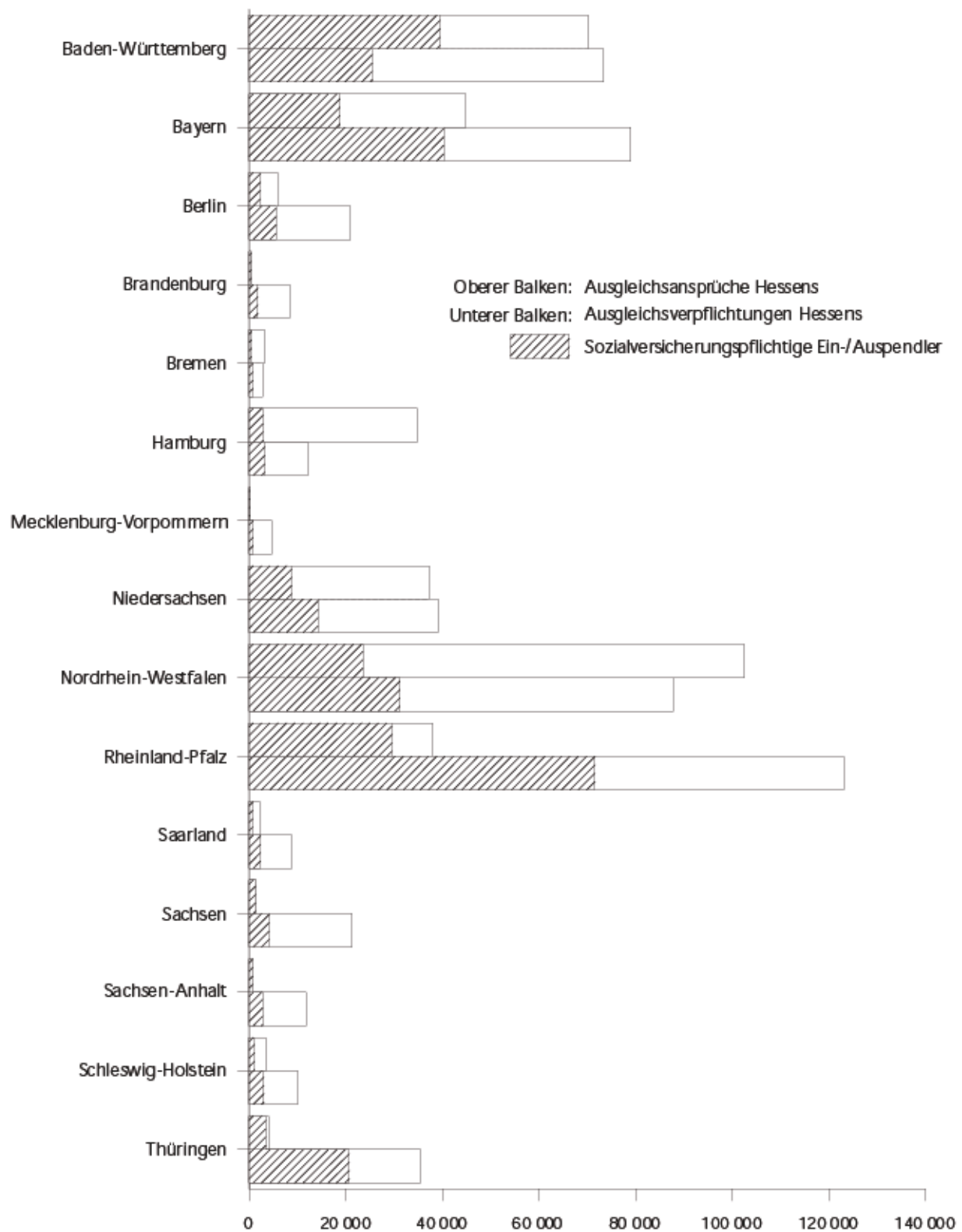
5) Eine solche war zum angegebenen Zeitpunkt weder versicherungspflichtig noch beitragspflichtig.

6) Fernpendler sind Personen, die einen weiteren Wohnsitz in der Nähe des Arbeitsortes haben und nicht täglich vom Hauptwohnsitz aus pendeln.

Zerlegungsfälle aus den Ansprüchen und Verpflichtungen Hessens 1995 sowie sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ein- und Auspendler am 30. Juni 1996 von/nach Hessen

Wohnsitzland/Zielland	Verpflichtungen Hessens	Sozialversicherungs- pflichtig beschäftigte Einpendler nach Hessen	Ansprüche Hessens	Sozialversicherungs- pflichtig beschäftigte Auspendler von Hessen
	Zerlegungsfälle		Zerlegungsfälle	
Baden-Württemberg	73 360	25 497	70 224	39 529
Bayern	79 091	40 290	44 895	18 874
Berlin	21 053	5 582	5 942	2 310
Brandenburg	8 355	1 825	450	440
Bremen	2 851	797	3 273	521
Hamburg	12 198	3 246	34 849	2 915
Mecklenburg-Vorpommern	4 754	855	238	216
Niedersachsen	39 095	14 271	37 350	8 849
Nordrhein-Westfalen	87 868	31 206	102 473	23 539
Rheinland-Pfalz	123 088	71 612	37 968	29 560
Saarland	8 916	2 394	2 167	763
Sachsen	21 376	4 135	1 465	1 369
Sachsen-Anhalt	11 821	2 799	745	767
Schleswig-Holstein	10 125	3 070	3 461	1 169
Thüringen	35 556	20 718	4 050	3 445
Insgesamt	539 507	228 297	349 550	134 266

Zerlegungsfälle der Ausgleichsansprüche mit Auspendlern und Zerlegungsfälle der Ausgleichsverpflichtungen mit Einpendlern 1995



HSL 14/99

Trotz dieser Einschränkungen erlauben die Daten der Bundesanstalt für Arbeit eine *grob* qualitative Separation der Zerlegungsdaten nach den beiden Prototypen Berufspendler / Zentrale Lohnbuchhaltung.

Stellt man — bei aller gebotenen Vorsicht bzgl. der Vergleichbarkeit — die Zerlegungsfälle 1995 den Pendlerströmen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1996 gegenüber, so erkennt man, daß insgesamt sowohl bei den hessischen Verpflichtungen als auch bei den Ansprüchen der Pendleranteil mit etwa 40 % zu Buche schlug. Erwartungsgemäß gab es zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede, da die Pendelwahrscheinlichkeit mit wachsender Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsort stark abnimmt. Dies zeigt sich in den dargestellten Zahlen darin, daß die Pendlerzahlen und die Anteile an den Zerlegungsfällen bei den an Hessen angrenzenden Bundesländern relativ hoch waren, verglichen mit den Werten für die entfernteren Länder. Daß auch bei weit entfernten Ländern mitunter erstaunlich viele Pendlerfälle nachgewiesen wurden, deutet auf einen nicht zu vernachlässigenden Anteil von Fernpendlern hin (siehe oben).

Eine Besonderheit zeigen die neuen Bundesländer: Die Zahl der Auspendler aus Hessen in diese Länder entsprach in allen Fällen ungefähr der Gesamtzahl der Zerlegungsfälle mit hessischem Anspruch. Dieses Ergebnis unterstreicht eindrücklich die Tatsache, daß nur wenige ostdeutsche Unternehmen Betriebe in Hessen unterhalten, so daß sich die hessischen Ansprüche gegenüber den neuen Bundesländern auf die (sehr geringe) Pendlerbewegung in Richtung neue Bundesländer beschränkten.

Pendlerdominante Zerlegung mit Rheinland-Pfalz

Die Zahlen bestätigen nachhaltig den weiter oben postulierten dominanten Einfluß der Pendlerbewegung auf das hessische Zerlegungsergebnis gegenüber Rheinland-Pfalz: Aus keinem anderen Land kamen auch nur annähernd so viele Arbeitnehmer nach Hessen wie aus Rheinland-Pfalz, und bei keinem Land (außer Thüringen, das als ostdeutsches Land unter besonderen Bedingungen steht) war der Pendleranteil an den Zerlegungsfällen mit Verpflichtung Hessens so hoch. Die Spitzenposition des Landes Rheinland-Pfalz bzgl. der an Hessen gerichteten Ansprüche resultierte also wesentlich aus den Pendlerströmen nach Hessen.

Der überragende Einfluß des Rhein-Main-Gebietes auf die Ansprüche seitens Rheinland-Pfalz zeigt sich bei der Betrachtung der Pendlerströme von Rheinland-Pfalz nach Hessen in der Aufgliederung nach Landkreisen und kreisfreien Städten. Allein die zum Rhein-Main-Gebiet zählenden Verwaltungsbezirke Wiesbaden, Frankfurt, Groß-Gerau und Main-Taunus zählten zusammen fast 48 000 Einpendler und erreichten damit einen Zwei-Drittel-Anteil der gesamten Pendlerbewegung aus Rheinland-Pfalz. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Wirtschaftsräumen Mainz und Rhein-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler aus Rheinland-Pfalz am 30. Juni 1996 nach Verwaltungsbezirken in Rangfolge

Arbeitsort im Kreis . . .	Pendler
Wiesbaden, Landeshauptstadt	16 840
Frankfurt am Main, Stadt	15 372
Groß-Gerau	11 986
Limburg-Weilburg	6 498
Rheingau-Taunus-Kreis	4 363
Bergstraße	3 717
Main-Taunus-Kreis	3 659
Darmstadt, Stadt	2 140
Offenbach	1 746
Lahn-Dill-Kreis	1 057
Hochtaunuskreis	980
Darmstadt-Dieburg	785
Offenbach am Main, Stadt	518
Main-Kinzig-Kreis	508
Wetteraukreis	405
Gießen	337
Marburg-Biedenkopf	162
Kassel, Stadt	108
Fulda	84
Odenwaldkreis	77
Schwalm-Eder-Kreis	57
Vogelsbergkreis	52
Waldeck-Frankenberg	50
Hersfeld-Rotenburg	48
Kassel	40
Werra-Meißner-Kreis	23
Insgesamt	71 612

Main kam es natürlich auch zu einer Gegenbewegung aus den genannten vier Kreisen nach Rheinland-Pfalz. Bedingt durch die wirtschaftliche Stärke des Rhein-Main-Gebietes erreichte diese jedoch mit gut 14 000 Auspendlern nur 30 % des Referenzwertes.

Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Regionen

Setzt man — trotz aller Einwände bzgl. der Vergleichbarkeit — die Anzahl der hessischen Zerlegungsfälle (Ansprüche) in den jeweiligen Finanzamtsbezirken in Beziehung zu den entsprechenden Auspendlerzahlen in andere Bundesländer, so wird deutlich, wie klar die Zerlegungsdaten in Verbindung mit den Pendlerzahlen die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Regionen widerspiegeln. Wie nicht anders zu erwarten, hatten vor allem die grenznahen Bezirke einen erheblichen Pendleranteil an der Lohnsteuerzerlegung, allen voran das südhessische Bensheim, dessen Bezirk (zusammen mit seiner Außenstelle Fürth) fast deckungsgleich mit dem Landkreis Bergstraße ist. Der Kreis liegt im Dreiländereck Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und grenzt an den wirtschaftlich bedeutsamen Industrie- und Dienstleistungsstandort Heidelberg/Mannheim/Ludwigshafen (Rhein-Neckar-Dreieck). Hier konzentrierten sich fast ein Viertel aller hessischen Auspendler. (Zum Vergleich: Den über 30 000 Auspendlern des Kreises Bergstraße standen nur knapp die Hälfte (14 500) Einpendler aus anderen Bundesländern gegenüber).

Hessische Zerlegungsfälle 1995 und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler in andere Bundesländer am 30. Juni 1996 nach Finanzamtsbezirken

Wohnsitz im Finanzamtsbezirk . . .	Zerlegungsfälle	Auspendler	Pendleranteil in %
Bensheim (mit Außenstelle Fürth)	37 401	30 796	82
Michelstadt	7 127	4 522	63
Biedenkopf	1 847	1 084	59
Hofgeismar	4 771	2 757	58
Dillenburg	4 733	2 731	58
Witzenhausen	3 331	1 821	55
Limburg a.d. Lahn	6 323	3 339	53
Rüdesheim am Rhein	3 728	1 850	50
Weilburg	2 423	1 144	47
Gelnhausen	6 289	2 886	46
Dieburg	6 384	2 871	45
Wiesbaden	23 048	10 125	44
Korbach	5 670	2 341	41
Bad Schwalbach	7 759	3 144	41
Eschwege	3 465	1 369	40
Fulda	7 088	2 753	39
Frankenberg (Eder)	2 509	965	38
Hanau	11 898	4 242	36
Hofheim am Taunus	12 180	4 226	35
Rotenburg a.d. Fulda	2 118	712	34
Groß-Gerau	19 540	6 343	32
Nidda	3 152	987	31
Offenbach, Land	11 021	3 416	31
Alsfeld	1 780	524	29
Marburg	6 335	1 851	29
Darmstadt	16 775	4 823	29
Bad Homburg v.d. Höhe	11 562	3 322	29
Wetzlar	5 105	1 415	28
Bad Hersfeld	4 187	1 157	28
Lauterbach (Hessen)	1 712	431	25
Langen (Hessen)	8 797	2 173	25
Frankfurt am Main	33 786	8 245	24
Gießen	10 333	2 480	24
Offenbach, Stadt	5 973	1 423	24
Friedberg (Hessen)	9 709	2 296	24
Schwalmsstadt	1 582	372	24
Kassel	28 224	5 930	21
Melsungen	2 680	471	18
Fritzlar	7 168	929	13
Insgesamt	349 513	134 266	38

Tatsächlich waren die Verflechtungen noch stärker. In vielen grenznahen Bezirken deckte sich die Anzahl der Zerlegungsfälle annähernd mit den Pendlerzahlen, so daß dort die hessischen Ansprüche beinahe ausschließlich auf die realen wirtschaftlichen Verflechtungen zurückzuführen sind. Dies gilt nicht nur für die Pendlerhochburgen (Bensheim, Wiesbaden), son-

dern zum Beispiel auch für die schwache Pendlerbewegung nach Thüringen (Eschwege). Im Falle der nordhessischen Metropole Kassel (Grenznähe zu Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) zeigte sich jedoch, daß der Einfluß der Auspendler gegenüber den länderübergreifenden Unternehmenskonzentrationen zurückstand.

Fazit

Als Folge der von den statistischen Landesämtern dreijährlich durchgeführten Zerlegung der Lohnsteuer werden jedes Jahr Milliardenbeträge zwischen den Ländern bewegt. Verständlicherweise betrachten die Länderfinanzminister diesen Transfer vorwiegend aus der fiskalischen Perspektive. So verwundert es nicht, daß es im politischen Bereich bzgl. Durchführung und Methodik der Lohnsteuerzerlegung bereits Diskussionen über einen alternativen Ansatz gibt, der nach ersten Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes zu gravierenden Veränderungen im Ergebnis führen würde. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß es sich bei den Zahlungen infolge der Lohnsteuerzerlegung nicht um Unterstützungsleistungen der Geberländer an die Nehmerländer handelt, sondern um die Korrektur von zu Unrecht vereinnahmten Steuerbeträgen.

Aus fiskalischer Sicht kann als Ergebnis der Zerlegung von 1995 festgehalten werden, daß ab 1998 für drei Jahre die „Gewinner und Verlierer“ feststehen: In der Reihenfolge der Nettobeträge sind unter dem Strich die Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bremen Zahlerländer, während Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Berlin und das Saarland zu den Gewinnern gehören. Dabei deutet jedoch — sehr vereinfacht ausgedrückt — ein negativer Zerlegungssaldo eher in Richtung wirtschaftliche Stärke, da er seinen Grund in der Attraktivität eines Landes für Beschäftigte und Unternehmen hat.

Aus Sicht der Statistik interessieren neben den absoluten, zwischen den Ländern verschobenen Finanzmitteln auch die wirtschaftlichen Bedingungen, die erst zu den durch die Lohnsteuerzerlegung zu korrigierenden Tatbeständen führten. Im vorliegenden Aufsatz konnte gezeigt werden, daß sich so-

Hessische Zerlegungsfälle 1995 und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler am 30. Juni 1996 für ausgewählte Finanzämter nach Zielländern

Zielland	Wohnsitz im Finanzamtsbezirk . . .	Zerlegungsfälle	Auspendler	Auspendleranteil in %
Baden-Württemberg	Bensheim (mit Außenstelle Fürth)	25 776	25 361	98
Bayern	Gelnhausen	2 025	1 731	85
Niedersachsen	Hofgeismar	2 300	1 846	80
Niedersachsen	Kassel	12 532	1 934	15
Nordrhein-Westfalen	Biedenkopf	4 962	1 019	24
Nordrhein-Westfalen	Kassel	7 585	1 722	23
Rheinland-Pfalz	Groß-Gerau	4 152	3 846	93
Rheinland-Pfalz	Limburg a. d. Lahn	2 455	2 366	96
Rheinland-Pfalz	Wiesbaden	8 013	7 630	95
Thüringen	Eschwege	655	611	93

wohl der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft als auch die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Regionen sehr deutlich in den Zerlegungsdaten niederschlagen. In beiden Fällen war es für das Verständnis der Daten erforderlich, zusätzliche Informationen in die Interpretation einfließen zu lassen, einerseits nichtstatistische Strukturdaten, andererseits Daten aus der Beschäftigtenstatistik. Es handelt sich dabei um

ein Beispiel für eine allgemeine Erfahrung: Interessant und aufschlußreich wird die Untersuchung statistischer Sachverhalte in aller Regel erst dann, wenn Informationen aus verschiedenen Bereichen miteinander verknüpft werden. Nur so können die Komplexität der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Wirklichkeit angemessen abgebildet und Erkenntnisse über deren Interdependenzen gefunden werden. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
296	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1993 (K)	80	8,50
297	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1994 (K)	128	12,00
298	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1994 (G)	118	12,00
299	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1994 (G)	175	16,00
300	Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag in Hessen am 16. Oktober 1994 (G)	205	20,00
301	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Februar 1995 (G)	266	20,00
302	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1994 (K)	88	8,50
303	Die Produktion des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1994	110	12,00
304	Der Bruttolohn und seine Besteuerung 1992 (G)	56	8,50
305	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1991 (K)	150	16,00
306	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1993 (K)	205	20,00
307	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1986 bis 1994 nach Verwaltungsbezirken (K)	249	20,00
308	Regionalergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen 1970 bis 1994		
	— Teil 1: Ergebnisse für das Land Hessen	124	12,00
	— Teil 2: Ergebnisse für die kreisfreien Städte	169	16,00
	— Teil 3: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Darmstadt und die Landkreise des Reg.-Bez. Darmstadt (ohne kreisfreie Städte)	395	22,00
	— Teil 4: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Gießen und die Landkreise des Reg.-Bez. Gießen	231	20,00
	— Teil 5: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Kassel und die Landkreise des Reg.-Bez. Kassel (ohne kreisfreie Stadt Kassel)	251	20,00
309	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1995 (K)	135	16,00
310	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1992 (G)	164	16,00
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

Der Flughafen Frankfurt am Main 1997/98

Teil 1: Flugzeugbewegungen und Personenverkehr

Als zentrale Drehscheibe des Luftverkehrs ist der Flughafen Frankfurt innerhalb Deutschlands und insbesondere für das Finanzdienstleistungs- und Logistikzentrum Rhein-Main ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. In seinem Kernbereich, der die Funktionen Passagierverkehr, Luftfracht und Luftpost umfaßt, sind in mehr als vierhundert Arbeitsstätten rund 55 000 Menschen beschäftigt, davon über 12 000 direkt bei der Flughafen Frankfurt/Main AG, an der der Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt beteiligt sind¹⁾. Damit ist der Flughafen Frankfurt der größte lokale „Arbeitgeber“ Deutschlands. Er bildet zudem ein regionales Agglomerationszentrum für Dienstleistungen, insbesondere im Transportbereich (z. B. Speditionen, Kurierdienste), von dem erhebliche sekundäre Einkommens- und Beschäftigungseffekte ausgehen. Mit der im Bau befindlichen Erweiterung der Bahnanbindung, die den direkten Anschluß an das ICE-Fernbahnnetz herstellt, werden Voraussetzungen für die Integration des Flughafens in ein übergreifendes, die Verkehrsträger Luft, Straße und Schiene umfassendes Verkehrskonzept geschaffen.

Im Mittelpunkt des folgenden Beitrages stehen die internationale Bedeutung, die Flugzeugbewegungen und der Personenverkehr des Flughafens Frankfurt; über den Luftfracht- und Luftpostverkehr wird ein späterer Beitrag informieren. Als Datenquelle dient im wesentlichen die Luftfahrtstatistik des Statistischen Bundesamtes²⁾. Darüber hinaus stehen Angaben der Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrsflughäfen sowie der Flughafen Frankfurt/Main AG zur Verfügung³⁾.

Bedeutendster Fracht- und Passagierflughafen des Kontinents

Mit einem durchschnittlichen Wachstum von weltweit 6,6 bis 7 %⁴⁾ ist die Luftfracht für hochwertige und zeitkritische (zum Beispiel leicht verderbliche Ware) Güter eine wichtige Wachstumsbranche. 1998 erreichte der Flughafen Frankfurt ein Frachtvolumen von 1,3 Mill. t. Damit steht er im internationalen Vergleich nach den Airports Memphis, Los Angeles, Miami, New York, Tokio und Hongkong an siebter Stelle, und im Reigen der europäischen Frachtflughäfen nimmt er den ersten Platz ein. Ein großer Teil des Frachtaufkommens resultiert nicht originär aus der Region, sondern wird in Frankfurt nach anderen Destinationen umgeladen. Mit 200 Verbindungen im Frachtliniendienst, die 60 Zielorte in 39 Ländern bedienen, erfüllt Frankfurt als „Tor zu Europa“ eine wichtige Drehscheibenfunktion im internationalen Luftfrachtverkehr⁵⁾. Die Abwicklung am Boden erfolgt in den beiden Cargo-Centren des Flughafens und der Lufthansa, die in enger räumlicher Verbindung mit dem Passagierbereich stehen. Dessen Nähe ist insofern von Vorteil, als rund 60 % des Frachtvolumens den Passagiermaschinen als Beladung beigegeben werden. Nur gut 40 % werden durch Vollfrachter befördert⁶⁾.

Auch beim Passagieraufkommen steht der Frankfurter Flughafen an international führender Stelle. In Europa ist er nach London-Heathrow die Nummer zwei. Weltweit erreicht er Rang 8. 1997 wurde erstmals die Grenze von 40 Mill. Personen insgesamt überschritten. Fast die Hälfte davon (47 %)

nutzte nach Angaben der Flughafen Frankfurt/Main AG den Airport zum Umsteigen in andere Flugzeuge, die von Frankfurt aus über 260 Ziele in 120 Ländern ansteuerter⁷⁾.

Nach kräftigen Zuwächsen konjunkturbedingt verhaltene Entwicklung der Flugzeugbewegungen

Im vergangenen Jahr wurden auf den derzeit 17 deutschen Verkehrsflughäfen mit überregionalem Charakter (sowie den sonstigen Flughäfen, soweit es sich um Verbindungen mit den genannten 17 Flughäfen handelte) insgesamt 1,77 Mill. Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr registriert. Von diesen Flugzeugbewegungen entfielen 406 200 oder 23 % auf Frankfurt⁸⁾. Dies entsprach einem rechnerischen Durchschnitt von 70 Flugzeugbewegungen je Stunde; das heißt, alle 51 Sekunden erfolgte ein Start oder eine Landung⁹⁾. Frankfurt hat damit unter den deutschen Flughäfen weitaus das höchste Flugverkehrsaufkommen. Mit deutlichem Abstand folgten München mit 260 100 und Düsseldorf mit 173 100 Flugzeugbewegungen. Die Flugdichte erreichte damit nur 64 bzw. 43 % des Frankfurter Wertes.

Unter den verschiedenen Flugarten ist der Linienverkehr in Frankfurt von besonderer Bedeutung. In den Jahren 1986 bis 1994 entfielen durchschnittlich 89 % aller Flugzeugbewegungen auf diesen Bereich. Allerdings hat die Unterscheidung in Linien- und Gelegenheitsverkehr durch Strukturverschiebungen in den letzten Jahren mehr und mehr an Aussagekraft verloren. Daher werden in der amtlichen Statistik seit

1) Vgl.: Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): Geschäftsbericht 1997.

2) Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in seiner Fachserie 8, Verkehr, Reihe 6, Luftverkehr, jährlich Daten über den gewerblichen und den nichtgewerblichen Luftverkehr auf den einzelnen Flugplätzen.

3) Vgl.: ADV-Jahresstatistik sowie Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): Flughafen Frankfurt. Monatsbericht zur Verkehrsentwicklung.

4) Vgl.: Deutsche Verkehrs-Zeitung, Nr. 51 vom 30. April 1998.

5) Vgl.: Mitteilungen der IHK Frankfurt am Main, Nr. 6/1998.

6) Vgl.: Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): FRA Bilder eines Flughafens, Frankfurt a. M. 1997.

7) Vgl.: Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): FRA Bilder ... a.a.O.

8) Außerdem starteten 1997 auf dem Flughafen 2300 Flugzeuge im nichtgewerblichen Verkehr.

9) Es wird eine tägliche Betriebszeit von durchschnittlich 16 Stunden unterstellt.

Flugzeugbewegungen auf dem Flughafen Frankfurt am Main 1986 bis 1998 nach Flugarten und Startgewichtsklassen

Jahr	Luftfahrzeugbewegungen insgesamt ¹⁾		und zwar (in 1000)						
			nach Flugarten			nach Startgewichtsklassen ²⁾			
	1000	Anteil am Bundesgebiet in %	Linienverkehr ³⁾	Gelegenheitsverkehr ³⁾	Überführungsflüge	bis 20 t	über 20 bis 75 t	über 75 bis 175 t	über 175 t
1986	234,8	26,8	202,2	29,7	2,8	23,1	82,4	87,5	41,7
1987	262,3	26,2	227,3	32,0	3,1	32,9	130,8	95,1	.
1988	281,5	25,7	250,8	28,4	2,4	27,9	139,3	108,5	.
1989	300,6	24,9	270,0	28,1	2,5	24,8	108,5	113,8	.
1990	311,2	24,8	281,0	27,5	2,7	20,2	118,4	125,9	46,7
1991	303,5	22,5	274,7	26,6	2,3	19,7	119,0	118,9	46,0
1992	327,7	22,3	294,6	30,0	3,1	21,5	135,4	116,4	54,4
1993	336,2	22,3	305,3	27,7	3,1	26,5	151,7	97,9	60,0
1994	352,7	22,7	320,7	28,2	3,8	27,8	192,5	70,0	61,7
1995	370,0	23,0	349,1	16,7	4,2	31,7	195,8	77,9	64,2
1996	376,8	22,6	356,6	16,2	4,0	30,7	195,5	83,0	67,2
1997	385,8	21,9	362,5	20,2	3,1	27,2	207,7	83,7	66,9
1998	406,2	23,0

1) Starts und Landungen im gewerblichen Verkehr. — 2) Ohne Hubschrauber und sonstige Luftfahrzeuge. — 3) Ab 1995 ist der Gelegenheitsverkehr mit den EU-Ländern dem Linienverkehr zugeordnet.
Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

1995 Daten, die sich auf den Pauschalflugverkehr innerhalb der EU beziehen, dem Linienverkehr zugeordnet. Die Darstellung des Pauschalflugverkehrs bezieht sich seit dem genannten Jahr nur noch auf Verbindungen mit dem Nicht-EU-Ausland.

Vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts hat sich die Zahl der gewerblichen Flugzeugbewegungen (Starts und Landungen) in Frankfurt fast durchgängig aufwärts entwickelt. Nach einem durchschnittlichen Zuwachs von 8 % in den Jahren 1986 bis 1990 gab es lediglich 1991 einen Rückgang von 2,5 % bei den Starts und Landungen. Auf Grund der Ereignisse am Persischen Golf war es auf den deutschen Flughäfen sowohl beim Personen- als auch bei den Gütertransporten zu deutlichen Einbußen gekommen. In den folgenden Jahren wurden zunächst wieder kräftige Zuwächse verbucht. Allerdings blieb das Ergebnis des Jahres 1996 mit + 1,8 % erneut hinter den Erwartungen zurück. Auf Grund der Wirtschaftsflaute gingen vor allem vom Geschäftsreiseverkehr aus dem Ausland sowie von der Nachfrage nach Inlandsflügen nur schwache Impulse aus. Der Luftfrachtverkehr konnte 1996 ebenfalls nur ein niedriges Wachstum erzielen. Auch 1997 wurde die Entwicklung der Flugzeugbewegungen mit + 2,4 % den Erwartungen nicht gerecht. Hier dürften sich u. a. Kapazitätsrücknahmen von Airlines als Reaktion auf eine insgesamt verhaltene Nachfrage ausgewirkt haben¹⁰⁾. Trotz der Asienkrise kam es 1998 durch einen Nachfrageanstieg beim Reiseverkehr wieder zu einem Zuwachs von 5,3 % bei den Flugzeugbewegungen.

Der Anteil Frankfurts an den Flugbewegungen der deutschen Verkehrsflughäfen insgesamt ist im Zeitraum von 1986 bis 1998 von 27 auf 23 % zurückgegangen. Hierin spiegelt sich einerseits die Neuorientierung der Luftverkehrsverbindungen als

Folge der Vereinigung Deutschlands wider, insbesondere zwischen den Flughäfen der alten Bundesländer und Berlins. Darüber hinaus dürfte durch den Ausbau einer Reihe von kleineren Flugplätzen ein Teil des Flugverkehrs von Frankfurt abgezogen worden sein. Schließlich könnten sich auch Verkehrsverlagerungen durch Einrichtung schneller Eisenbahnverbindungen mit dem neu eingeführten Intercity Expres (ICE), zum Beispiel zwischen Frankfurt und den Städten München, Stuttgart und Hannover, hier auswirken.

Strecke Frankfurt-London am stärksten frequentiert

Das Statistische Bundesamt weist des weiteren auch die Verkehrsbeziehungen zwischen Frankfurt und derzeit 16 ausgewählten inländischen Streckenziel- und Herkunftsflughäfen nach. Von diesen Verbindungen war 1997 die Strecke Frankfurt-München mit 10 900 Flugzeugbewegungen am stärksten frequentiert. Mit 9900 Flugzeugbewegungen folgte die Verbindung mit Berlin (Tegel); sie hatte ein Jahr zuvor noch an erster Stelle gestanden. Mit insgesamt 12 500 Flugzeugbewegungen war allerdings auch 1997 die Flugverbindung Frankfurts mit allen drei Berliner Flughäfen zusammen am bedeutendsten. Eine weitere wichtige Verbindung war mit 9400 Flugzeugbewegungen die Strecke Frankfurt-Hamburg, während auf alle anderen ausgewählten Innerdeutschen Flugverbindungen mit Start und Ziel in Frankfurt Verkehrsleistungen von weniger als 6000 Flugzeugbewegungen entfielen.

Von allen Flügen von und nach Frankfurt entfielen 22 % auf Strecken im Inland. Mit 41 % lag das Hauptgewicht der Flugstrecken aber in der übrigen EU. Hier dominierten vor allem die Verbindungen nach London mit 18 200 sowie nach Paris mit 11 100 Flugzeugbewegungen. Es folgten Mailand (6600), Wien (6500), Brüssel (6400) sowie Rom und Amsterdam (je 6200). Weitere 18 % der Verbindungen entfielen auf das sonstige europäische Ausland, darunter waren Zürich mit

10) Vgl.: Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): Geschäftsbericht 1997.

**Flugzeugbewegungen auf dem Flughafen Frankfurt am Main 1997 nach ausgewählten Ziel- und
Herkunftsflughäfen**

Ausgewählte Streckenziel- bzw. Herkunftsflughäfen	Flugzeugbewegungen			davon	
	insgesamt		darunter im Linienverkehr1)	Starts	Landungen
	Anzahl	%			
Deutschland					
darunter					
München	10 932	2,8	.	5 483	5 449
Berlin (Tegel)	9 870	2,6	.	4 960	4 910
Hamburg	9 372	2,4	.	4 672	4 700
Düsseldorf	5 742	1,5	.	2 938	2 804
Köln/Bonn	5 105	1,3	.	2 574	2 531
Nürnberg	5 056	1,3	.	2 585	2 471
Hannover	5 045	1,3	.	2 558	2 487
Stuttgart	4 702	1,2	.	2 388	2 314
Leipzig	4 393	1,1	.	2 186	2 207
Bremen	4 366	1,1	.	2 182	2 184
Dresden	4 337	1,1	.	2 165	2 172
Münster/Osnabrück	3 548	0,9	.	1 733	1 815
Berlin (Tempelhof)	2 288	0,6	.	1 153	1 135
Berlin (Schönefeld)	371	0,1	.	147	224
Saarbrücken	69	0,0	.	51	18
Erfurt	47	0,0	.	26	21
EU-Länder					
darunter					
London	18 231	4,7	.	9 189	9 042
Paris	11 091	2,9	.	5 260	5 831
Mailand	6 617	1,7	.	3 315	3 302
Wien	6 532	1,7	.	3 256	3 276
Brüssel	6 443	1,7	.	3 222	3 221
Rom	6 197	1,6	.	3 132	3 065
Amsterdam	6 164	1,6	.	3 085	3 079
Kopenhagen	4 740	1,2	.	2 345	2 395
Madrid	4 240	1,1	.	2 122	2 118
Stockholm	3 769	1,0	3 541	1 892	1 877
Barcelona	3 739	1,0	.	1 872	1 867
Athen	3 492	0,9	.	1 747	1 745
Helsinki	3 128	0,8	.	1 544	1 584
Lissabon	1 952	0,5	.	1 287	665
Übriges Europa					
darunter					
Zürich	6 279	1,6	5 992	3 121	3 158
Istanbul	6 086	1,6	4 363	2 999	3 087
Moskau	4 815	1,2	4 746	2 469	2 346
Genf	3 213	0,8	3 080	1 608	1 605
Außereuropäische					
darunter					
New York	5 593	1,4	5 570	2 770	2 823
Chikago	3 152	0,8	3 150	1 637	1 515
Atlanta	.	.	.	1 100	.
Tel Aviv	.	.	.	1 151	.
Tokio	.	.	.	938	.
Bangkok	.	.	.	1 396	.
Hongkong	.	.	.	728	.
Singapur	.	.	.	1 024	.
Zusammen	.	.	.	102 010	.
Sonstige	.	.	.	91 090	.
I n s g e s a m t	385 800	100	.	193 100	192 700

1) Ohne Nur-Frachter.

Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

Fluggäste¹⁾ deutscher Flughäfen 1986, 1997 und 1998

Flughafen	1986	1997	1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in % 1998 gegenüber	
	in 1000		%		1997	1986
Frankfurt am Main	19 753	39 613	42 063	33,6	6,2	112,9
München	7 969	17 575	19 043	15,2	8,4	139,0
Düsseldorf	8 570	15 338	15 609	12,5	1,8	82,1
Hamburg	4 741	8 512	8 944	7,1	5,1	88,7
Berlin (Tegel)	4 580	8 606	8 792	7,0	2,2	92,0
Stuttgart	3 005	6 735	7 070	5,7	5,0	135,3
Köln/Bonn	1 973	5 220	5 305	4,2	1,6	168,9
Hannover	1 929	4 667	4 718	3,8	1,1	144,6
Nürnberg	968	2 332	2 435	1,9	4,4	151,5
Leipzig	.	2 133	1 973	1,6	- 7,5	.
Berlin (Schönefeld)	.	1 868	1 829	1,5	- 2,1	.
Bremen	772	1 579	1 688	1,3	6,9	118,7
Dresden	.	1 621	1 616	1,3	- 0,3	.
Münster/Osnabrück	.	1 042	1 192	1,0	14,4	.
Berlin (Tempelhof)	.	873	941	0,8	7,8	.
Saarbrücken	163	366	382	0,3	4,4	134,4
Erfurt	.	304	295	0,2	- 3,0	.
Sonst. Flugplätze ²⁾	237	991	1 228	1,0	23,8	.
Insgesamt	54 659	119 376	125 122	100	4,8	128,9

1) Ein- und Aussteiger im gewerblichen Luftverkehr. — 2) Nur Verkehrsverflechtungen mit den 17 ausgewählten Flughäfen.
Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

6300, Istanbul mit 6100 und Moskau mit 4800 Flugzeugbewegungen führend. Ein weiteres Fünftel der Flughäfen lag schließlich außerhalb Europas. An erster Stelle stand hier New York mit 5600 Flugzeugbewegungen.

Auf die Verkehrsbeziehungen zwischen Frankfurt und den in der Übersicht enthaltenen wichtigsten Streckenziel- und Herkunftsluftflughäfen kamen 1997 rund 53 % aller in Frankfurt registrierten Starts und Landungen. Immerhin 47 % aller Flüge bedienten weniger bedeutende Strecken mit meist kleineren Zielflughäfen. Ihr Anteil an den Flugzeugbewegungen hat im Beobachtungszeitraum 1986 bis 1997 deutlich zugenommen.

Ein Drittel des Passagieraufkommens der deutschen Flughäfen in Frankfurt

Noch deutlicher wird die herausragende Bedeutung Frankfurts für den gewerblichen Flugverkehr, wenn man die Zahl der Flugpassagiere¹⁾ betrachtet. Im vergangenen Jahr wurden in Frankfurt 42,06 Mill. Ein- und Aussteiger (jeweils einschließlich Umsteigern mit Herkunft von den In- und Auslands-

flughäfen) registriert. Das waren 6,2 % mehr als 1997. In dieser Zunahme kommen im wesentlichen ein spürbarer Anstieg der Privatreisennachfrage und eine Belebung bei den Geschäftsreisen zum Ausdruck. Innerhalb des Zeitraums von 1986 bis 1998 hat sich die Zahl der Fluggäste in Frankfurt mehr als verdoppelt. Dabei bewegten sich die jährlichen Veränderungs-raten (Einsteiger) zwischen + 13,5 % im Jahr 1987 und - 4,9 % im Jahr 1991. Insgesamt entfiel über ein Drittel des gewerblichen Passagieraufkommens der deutschen Verkehrsflughäfen auf Frankfurt. Gegenüber 1986 (36 %) hat sich dieser Anteil leicht verringert.

11) Für den gewerblichen Passagierverkehr gelten folgende Definitionen: **Aussteiger**: Originäraussteiger plus Umsteiger mit Streckenherkunft aus dem Inland und aus dem Ausland; **Einsteiger**: Originäreinsteiger plus Umsteiger mit Streckenherkunft aus dem Inland und aus dem Ausland; **Reisende**: Einsteiger, einschließlich Umsteigern mit Streckenherkunft aus dem Ausland, aber ohne Umsteiger aus dem Inland; **Umsteiger**: Passagiere, die ihre Flugreise zwischen Abgangs- und Endzielflughafen unterbrechen und mit einem anderen Flugzeug weiterfliegen. Sie werden bei der Ankunft als Aussteiger und beim Abflug als Einsteiger erfaßt (Doppelzählung); **Durchgang (Transit)**: Fluggäste, die während ihrer Flugreise zwischenlanden und mit demselben Flugzeug ihren Flug fortsetzen. Sie werden nur einmal erfaßt.

Auf dem Flughafen Frankfurt am Main gestartete Fluggäste 1997 nach dem Startgewicht der Flugzeuge

Startgewicht der Flugzeuge in t	1997			dagegen 1986	Zunahme 1997 gegen- über 1986 in %
	Fluggäste ¹⁾	%	Anteil am Bundesgebiet in %	Fluggäste ¹⁾	
Bis 20	263 620	1,3	9,4	121 744	117
über 20 bis 75	7 866 991	38,9	24,0	2 479 741	217
über 75 bis 175	5 372 414	26,6	36,5	4 423 846	21
über 175	6 720 096	33,2	61,8	3 515 925	91
Insgesamt²⁾	19 694 411	100	33,1	10 541 256	92

1) Einsteiger einschließlich Umsteigern und Fluggästen im Durchgangsverkehr (Transit). — 2) Ohne Hubschrauber und sonstige Luftfahrzeuge.
Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

Personenverkehr auf dem Flughafen Frankfurt am Main 1986 bis 1998 nach Gruppen von Ziel- und Herkunftsländern

Jahr	Insgesamt			darunter nach dem Ziel bzw. nach der Herkunft							
	Anzahl	Anteil am Bundesgeb. in %	dar. im Linienverkehr	Inland	Ausland						
					Europa	darunter	Amerika	darunter	Asien	Afrika	Australien und Ozeanien
						EG/EU		USA			
Einsteiger ¹⁾ nach dem Streckenziel — Grundzahlen in 1000											
1986	9 874	36,2	8 756	2 622	4 088	2 706	1 754	1 399	974	402	34
1987	11 208	36,3	10 020	2 881	4 645	3 010	2 112	1 722	1 031	491	47
1988	12 118	36,7	10 791	3 020	5 011	3 242	2 319	1 873	1 174	532	63
1989	12 877	36,7	11 531	3 219	5 353	3 463	2 351	1 857	1 342	550	62
1990	14 311	36,7	12 846	3 474	6 038	3 911	2 617	2 037	1 528	588	66
1991	13 607	35,2	12 155	3 254	5 702	3 796	2 563	1 951	1 497	529	63
1992	14 993	34,7	13 247	3 247	6 407	4 142	2 930	2 226	1 707	625	78
1993	15 803	33,9	14 113	3 356	6 878	4 333	3 012	2 205	1 855	629	74
1994	17 094	34,2	15 419	3 443	7 694	4 915	3 136	2 286	2 078	678	65
1995	18 605	34,3	17 739	3 647	8 537	6 130	3 426	2 510	2 214	721	60
1996	18 912	33,9	18 073	3 590	8 717	6 205	3 473	2 524	2 335	755	42
1997	19 694	33,1	18 750	3 673	9 240	6 576	3 478	2 487	2 470	789	45
1998	20 966	33,5
1986 = 100											
1987	114	.	114	110	114	111	120	123	106	122	138
1988	123	.	123	115	123	120	132	134	121	132	183
1989	130	.	132	123	131	128	134	133	138	137	179
1990	145	.	147	132	148	145	149	146	157	146	191
1991	138	.	139	124	140	140	146	139	154	132	183
1992	152	.	151	124	157	153	167	159	175	156	227
1993	160	.	161	128	169	160	172	158	190	157	214
1994	173	.	176	131	189	182	179	163	213	169	189
1995	188	.	203	139	209	227	195	179	227	179	175
1996	192	.	206	137	214	229	198	180	240	188	123
1997	199	.	214	140	227	243	198	178	254	196	130
1998	212
Aussteiger ¹⁾ nach der Streckenherkunft — Grundzahlen in 1000											
1986	9 880	36,1	8 765	2 587	4 112	2 690	1 713	1 360	1 018	415	34
1987	11 313	36,5	10 127	2 869	4 755	3 043	2 077	1 686	1 063	510	40
1988	12 226	36,9	10 937	2 927	5 171	3 292	2 267	1 824	1 245	560	56
1989	12 991	36,8	11 696	3 117	5 529	3 530	2 326	1 851	1 369	589	61
1990	14 402	36,8	12 991	3 379	6 217	3 962	2 576	2 026	1 544	621	66
1991	13 664	35,1	12 211	3 156	5 855	3 850	2 501	1 881	1 537	552	63
1992	15 091	34,7	13 335	3 128	6 619	4 219	2 855	2 144	1 767	654	69
1993	15 964	34,1	14 250	3 292	7 045	4 407	2 992	2 195	1 927	652	57
1994	17 282	34,3	15 598	3 386	7 875	5 019	3 136	2 295	2 134	704	47
1995	18 797	34,4	17 930	3 587	8 752	6 248	3 383	2 466	2 297	737	41
1996	19 110	34,1	18 270	3 513	8 923	6 310	3 461	2 502	2 427	771	15
1997	19 918	33,3	18 952	3 607	9 443	6 670	3 486	2 486	2 544	814	24
1998	21 096	33,8
Reisende nach dem Endziel ²⁾ — Grundzahlen in 1000											
1986	8 640	33,7	.	2 428	3 447	2 297	1 518	1 217	862	354	32
1987	9 777	33,7	.	2 652	3 887	2 843	1 845	1 494	893	440	61
1988	10 685	34,4	9 359	2 792	4 257	2 585	2 053	1 645	1 019	488	76
1989	11 397	34,4	10 052	2 985	4 602	2 950	2 065	1 614	1 156	508	81
1990	12 831	34,6	11 367	3 264	5 243	3 337	2 372	1 832	1 319	541	92
1991	12 315	33,3	10 869	3 067	5 027	3 296	2 337	1 769	1 305	493	86
1992	13 701	33,0	11 969	3 067	5 724	3 640	2 707	2 062	1 510	590	103
1993	14 354	32,2	12 676	3 189	6 143	3 803	2 715	1 980	1 613	578	115
1994	15 461	32,4	13 797	3 274	6 836	4 294	2 790	2 031	1 812	630	119
1995	16 886	32,6	16 020	3 479	7 620	5 410	3 074	2 236	1 922	669	121
1996	17 108	32,2	16 270	3 407	7 792	5 486	3 088	2 220	2 003	700	118
1997	17 840	31,5	16 907	3 459	8 357	5 913	3 059	2 180	2 106	726	132

1) Einschließlich Umsteigern. — 2) Einsteiger einschließlich Umsteigern aus dem Ausland, aber ohne Umsteiger aus dem Inland.
Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

Die unterschiedlich hohen Anteile Frankfurts am gesamten Passagieraufkommen (34 %) und an allen Flugzeugbewegungen (23 %) deuten auf eine relativ hohe Laderaumkapazität der in Frankfurt startenden und landenden Maschinen hin. Wie die Übersicht zeigt, starteten 62 % aller Fluggäste, die von Flughäfen im Bundesgebiet mit Maschinen über 175 t Startgewicht abflogen, in Frankfurt.

Mit Abstand an zweiter Stelle bei den beförderten Fluggästen rangierte 1998 der Flughafen München. Hier wurden 19,0 Mill. Ein- und Aussteiger gezählt. Das waren 15 % aller Fluggäste der deutschen Verkehrsflughäfen. Im Beobachtungszeitraum konnte München sein Fluggastaufkommen sogar um 26 Prozentpunkte stärker ausweiten als Frankfurt. Dazu dürfte der Ausbau des zweiten Drehkreuzes der Lufthansa in München beigetragen haben.

Etwas geringer als in München war mit 15,6 Mill. und einem Anteil von gut 12 % das Fluggastaufkommen in Düsseldorf. Hier war allerdings der relative Zuwachs im Beobachtungszeitraum mit 82 % deutlich geringer als in München und Frankfurt.

Alle anderen deutschen Verkehrsflughäfen verzeichneten Fluggastzahlen deutlich unterhalb der 10-Millionen-Grenze. Allerdings weisen teilweise erhebliche Zuwachsraten im Beobachtungszeitraum auf die steigende Verkehrsbedeutung der kleinen Flughäfen hin, so zum Beispiel Köln/Bonn (+ 169 %), Hannover (+ 145 %), Nürnberg (+ 152 %), Saarbrücken (+ 134 %), Stuttgart (+ 135 %) und Bremen (+ 119 %).

1,85 Millionen Umsteiger aus dem Inland

Etwa die Hälfte der Fluggäste auf dem Flughafen Frankfurt waren Einstieger (1998: 20,97 Mill.), also Personen, die entweder in Frankfurt ihren Flug begannen oder hier aus einem anderen Flugzeug zum Weiterflug umstiegen. Die andere Hälfte der Fluggäste (21,10 Mill.) waren Aussteiger. In dieser Zahl sind ebenfalls die Umsteiger enthalten.

Umsteiger aus dem Inland 1986 bis 1997

Jahr	Insgesamt		davon mit Streckenziel			
	Anzahl	Anteil am Bundesgebiet in %	im Inland		im Ausland	
			Anzahl	%	Anzahl	%
1986	1 233 133	74,3	109 154	8,9	1 123 979	91,1
1987	1 430 209	75,3	129 199	9,0	1 301 010	91,0
1988	1 433 079	75,3	124 228	8,7	1 308 851	91,3
1989	1 479 997	75,2	122 969	8,3	1 357 028	91,7
1990	1 479 689	74,6	145 854	9,9	1 333 835	90,1
1991	1 292 651	77,6	139 871	10,8	1 152 780	89,2
1992	1 292 170	76,0	130 206	10,1	1 161 964	89,9
1993	1 448 836	75,7	116 005	8,0	1 332 831	92,0
1994	1 628 831	73,6	123 834	7,6	1 504 997	92,4
1995	1 715 124	71,8	122 360	7,1	1 592 764	92,9
1996	1 800 722	69,7	123 992	6,9	1 676 730	93,1
1997	1 854 227	64,3	116 956	6,3	1 737 271	93,7

Quelle der Grunddaten: Statistisches Bundesamt.

1997 wurden 1,85 Mill. Umsteiger mit Herkunft von anderen Inlandsflugplätzen gezählt. Der überwiegende Teil dieser Umsteiger (94 %) hatte ein Streckenziel im Ausland; die übrigen 6 % stiegen auf eine Inlandsstrecke um.

Anders als die Umsteiger mit Herkunft von Inlandsflughäfen werden die *Umsteiger mit Streckenherkunft aus dem Ausland* in der Luftverkehrstatistik des Statistischen Bundesamtes bisher *nicht gesondert nachgewiesen*, so daß die Darstellung der Umsteiger in diesem Beitrag unvollständig ist. Nur ein kleiner Teil der Umsteiger in Frankfurt wird erfaßt¹²⁾.

Während des Beobachtungszeitraumes (1986 – 1997) ist in Frankfurt die Zahl der Umsteiger aus dem Bundesgebiet mit Streckenziel im Inland lediglich um 7,1 % auf 117 000 gestiegen. Auf kräftige Zunahmen, insbesondere 1990, folgten seither deutliche absolute und relative Rückgänge. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Umsteiger mit Streckenziel im Ausland im selben Zeitraum mit Ausnahme der Jahre 1991 bis 1993 kontinuierlich um 55 % auf 1,74 Mill.

Der Anteil Frankfurts an allen Umsteigern (mit Herkunft aus dem Inland) auf den Verkehrsflughäfen Deutschlands nahm von 1986 bis 1991 von 74 auf 78 % zu; seither ging er aber bis auf 64 % zurück. Dies macht einerseits die bestehende zentrale Stellung Frankfurts als Drehkreuz für das inländische Passagieraufkommen, andererseits aber auch die zunehmende Verflechtung der kleineren Flughäfen im Luftverkehr deutlich.

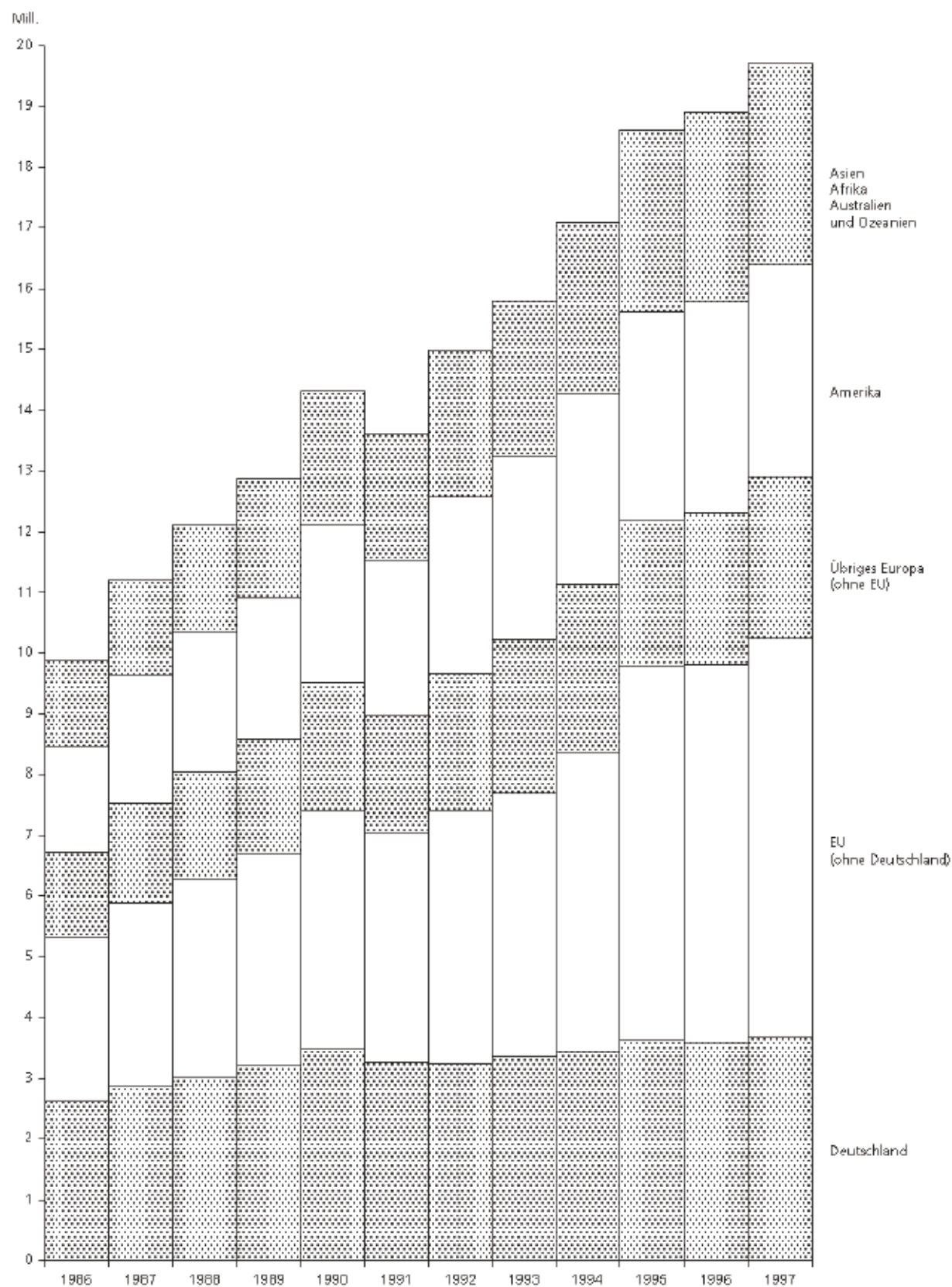
Ein Überblick über das Fluggastaufkommen des Frankfurter Flughafens wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung derjenigen Fluggäste, die in Frankfurt nicht ein- oder ausstiegen, sondern als Transitfluggäste ohne umzusteigen weiterflogen. 1997 zählten rund 528 800 Personen oder 32 % der entsprechenden Fluggäste der deutschen Verkehrsflughäfen zu dieser Gruppe. Damit kamen in Frankfurt auf 100 Fluggäste rechnerisch 1,3 Passagiere im Durchgangsverkehr.

Zur Ermittlung der bisher dargestellten Ergebnisse werden die Flugpassagiere auf jedem Streckenabschnitt ihrer Flugroute, also zum Beispiel auf dem Flug von Berlin (Tegel) bis zum Streckenflughafen Frankfurt und von dort nach dem Umsteigen bis zum Endflughafen New York, also bei jedem Flugzeugwechsel, gesondert als Ein- und Aussteiger erfaßt. Daneben werden in der Luftfahrtstatistik des Statistischen Bundesamtes auch die sogenannten „Reisenden“ nachgewiesen. Bei dieser Erfassungsmethode erfolgt der Nachweis der Passagiere vom Einstiegsflughafen (z. B. Berlin/Tegel) bis zum Endziel (z. B. New York) nur einmal, unabhängig davon, ob sie direkt flogen oder umgestiegen sind.

1997 wurden in Frankfurt 17,84 Mill. Reisende gezählt. Das entsprach etwa 32 % des Gesamtaufkommens der deutschen Verkehrsflughäfen. Gegenüber 1986 hat sich ihre Zahl

12) Der Anteil der Umsteiger insgesamt dürfte bei 47 % der Fluggäste liegen. Vgl. Flughafen Frankfurt/Main AG (Hrsg.): Geschäftsbericht 1997.

Einsteiger auf dem Flughafen Frankfurt am Main 1986 bis 1997 nach dem Streckenziel



HSL 16/99

ebenfalls auf etwa das Doppelte erhöht, während der Bundesanteil leicht und etwas schwächer als der entsprechende Anteil bei den Ein- und Aussteigern gesunken ist.

Wachsende Bedeutung von Streckenzielen in der EU ...

Im folgenden sollen die wichtigsten Streckenziele für die Einsteiger dargestellt werden.

1997 hatten in Frankfurt 3,67 Mill. oder knapp 19 % aller Einsteiger ein Streckenziel im Inland. Dabei wurden relativ oft Flugzeuge nach Berlin (Tegel) (3,4 % aller Einsteiger in Frankfurt), Hamburg (3,1 %) und München (3,1 %) benutzt. Während sich die Gesamtzahl der Einsteiger in Frankfurt seit 1986 verdoppelte, erhöhte sich die Zahl der Einsteiger mit Streckenziel im Inland „nur“ um 40 %. Hierzu dürfte vermutlich auch der Ausbau des ICE-Netzes als zunehmende Konkurrenz für den Flugverkehr zwischen Städten des Inlands und des nahen Auslands beigetragen haben.

Unter den Streckenzielen im Ausland dominierten mit 6,58 Mill. Einsteigern Flughäfen in der EU. An erster Stelle unter den Zielen stand Spanien mit 7,2 % der Einsteiger. Es folgte Großbritannien mit 5,7 %. Auch Italien (4,7 %) und Frankreich (3,3 %) waren wichtige Streckenziele der Frankfurter Fluggäste. Anders als das Aufkommen im Inlandsverkehr hat sich die Zahl der Einsteiger mit Zielen im EU-Ausland im Beobachtungszeitraum sogar etwa verzweieinhalbfacht. Dies spiegelt die wachsende Integration der Europäischen Union im geschäftlichen und Freizeitverkehr wider. Nicht ganz so stark war der Zuwachs von Fluggästen mit Zielen im übrigen Europa. Hier spielten vor allem die Türkei und Rußland eine Rolle.

Nach Europa standen Streckenziele in Amerika mit 3,48 Mill. Einsteigern an zweiter Stelle. Damit begannen 74 % aller Einsteiger der Verkehrsflughäfen Deutschlands mit Streckenziel Amerika in Frankfurt ihren Flug. Dieser Anteil war ebenso hoch wie 1986. Für 2,49 Mill. oder drei Viertel dieser Fluggäste waren die USA das Streckenziel. Während ihre Zahl im Beobach-

tungszeitraum um 78 % anstieg, hat der Passagierverkehr in das übrige Amerika mit + 179 % noch relativ stärker zugenommen.

... sowie von Zielen in Asien

Ebenfalls stärkere Zuwachsraten als Amerika (insgesamt) bzw. die USA hatten die Einsteiger mit Zielen in Asien (+ 154 %). Ihre Zahl war 1997 mit 2,47 Mill. fast ebenso hoch wie die mit Zielen in den USA. Dies zeigt die erhebliche Bedeutung des Wachstumsmarktes Fernost. An erster Stelle stand Japan mit 353 700 Einsteigern, das waren 93 % aller Fluggäste aus dem Bundesgebiet mit diesem Streckenziel. Es folgten Indien mit 288 000 (99,9 %), Thailand mit 275 500 (80 %) und Israel mit 155 500 (56 %) Einsteigern. 85 % aller Flüge mit Streckenzielen in Asien nahmen in Frankfurt ihren Ausgang. Gleiches gilt für die Flüge nach Australien und Ozeanien. Von den 44 700 Flügen im Jahr 1997 starteten fast alle in Frankfurt.

Am Flugverkehr nach Afrika waren 1997 rund 788 900 Personen oder 4 % aller Einsteiger beteiligt. Seit 1986 hat sich ihre Zahl fast verdoppelt. Die Zielflughäfen waren vor allem in Ägypten (155 700), Tunesien (164 300) und Südafrika (157 700). An der Zahl der Einsteiger im Bundesgebiet mit Streckenzielen in Afrika war Frankfurt mit einem Anteil von 38 % beteiligt.

In der Luftfahrtstatistik wird auch die Zahl der Aussteiger nach Streckenherkunft ausgewiesen. 1997 war am Flughafen Frankfurt die Zahl der Aussteiger geringfügig größer als die Zahl der Einsteiger. Während auf den Flugstrecken zwischen Frankfurt und den Ziel- und Herkunftsländern in Amerika die Zahl der Ein- und Aussteiger weitgehend identisch waren, wurden auf den Strecken zwischen Frankfurt und den Ländern Europas, Afrikas und Asiens deutlich mehr Aussteiger als Einsteiger, zwischen Frankfurt und Australien/Ozeanien mehr Einsteiger als Aussteiger registriert. Die Gründe für diesen Tatbestand sind aus den vorliegenden Zahlen nicht erkennbar. □

Gewerbeanzeigen in Hessen 1998

Auch im Jahr 1998 bestimmte die Unsicherheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung das Geschehen bei den Gewerbeanzeigen. Zwar hat sich die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) in Hessen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 940 Fälle bzw. 1,4 % auf 68 500 erhöht, doch fiel die Zunahme der Abmeldungen um über 1500 Betriebe bzw. 2,6 % auf gut 60 800 deutlich höher aus. Demgegenüber war 1997 der Zuwachs bei den Anmeldungen mit 2800 Fällen noch dreimal so hoch, während damals die Zahl der Abmeldungen sogar leicht rückläufig gewesen war. Niemals zuvor seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1981 waren in Hessen innerhalb eines Jahres mehr als 60 000 Betriebe abgemeldet worden. Bei der Bewertung all dieser Zahlen ist — neben gewissen Unzulänglichkeiten bei der Nutzung der Meldeformulare für statistische Zwecke — zu berücksichtigen, daß es sich in etwa drei von fünf Fällen um die Meldung eines Kleingewerbes oder einer Nebentätigkeit handelte¹⁾. Für 1998 ergibt sich aus der Saldierung der An- und Abmeldungen unter diesen Vorbehalten ein rechnerischer Zugang um annähernd 7700 Betriebe. Er fiel damit um fast 600 niedriger aus als im vorangegangenen Jahr. Demgegenüber hatte er 1990 und 1992 mit jeweils mehr als 15 000 zusätzlichen Betrieben noch doppelt so hoch gelegen.

Auf die gewerbliche Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei und Fischzucht) entfielen lediglich gut 1 %, auf das Verarbeitende Gewerbe rund 5 % und auf das Baugewerbe etwa 7 % sowohl aller Anmeldungen als auch aller Abmel-

dungen im Jahr 1998. Gegenüber dem Vorjahr hat sich in den beiden erstgenannten Bereichen der Umfang des Meldegeschehens kaum verändert. Ganz anders dagegen im Baugewerbe: Hier ist die Zahl der Anmeldungen um 330 bzw. nahezu 7 % auf 4500 gesunken, während die Zahl der Abmeldungen um mehr als 100 bzw. 2,5 % zugenommen hat. Der Zuwachs an Baubetrieben hat sich demzufolge innerhalb eines Jahres von über 570 auf weniger als 140 abgeschwächt. Noch schlechter war aber offensichtlich die Lage im Gastgewerbe, wo zum dritten Mal in Folge mehr Betriebe ab- als angemeldet wurden. Wie bereits seit vielen Jahren lag der Schwerpunkt der Meldetätigkeiten eindeutig im Dienstleistungsgewerbe und im Handel (einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern). Zu letzterem gehörte immerhin etwa jeder dritte an- oder abgemeldete Betrieb, wobei die Anmeldungen etwas stärker zurückgingen als die Abmeldungen. Dadurch hat sich der Zugang an Betrieben im Handel auf 850 reduziert. Der Dienstleistungsbereich (ohne das bereits erwähnte Gastgewerbe) wies bei An- und Abmeldungen Zuwachsraten von knapp bzw. gut 5 % auf, die allerdings zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen recht unterschiedlich ausfielen. Die gesamten rechnerischen Zugänge haben sich gegenüber dem Vorjahr nochmals um 100 auf fast 6600 erhöht, so daß 86 % aller zusätzlichen Betriebe auf den Dienstleistungsbereich im engeren Sinne entfielen.

Mit 53 600 Anmeldungen und 48 150 Abmeldungen wurden jeweils knapp vier Fünftel der Gewerbeanzeigen für ein Einzelunternehmen abgegeben. Bei leicht steigender Tendenz betrafen rund 12 % der Meldungen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, so daß auf alle übrigen Rechtsformen zusammen nicht einmal jede zehnte Gewerbeanzeige entfiel. Unter diesen wiederum stellte die Gesellschaft bürgerlichen Rechts allein nahezu zwei Drittel. Die relative Verteilung auf die einzelnen Rechtsformen war bei Anmeldungen und Abmeldungen fast gleich. Es fällt jedoch ins Auge, daß erneut bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Zur längerfristigen Entwicklung und zur Aussagefähigkeit der Daten vgl. „Neue Statistik der Gewerbeanzeigen ab 1996“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 10, Oktober 1997, S. 278 ff.

An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben¹⁾ 1997 und 1998 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1997		1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	1997		1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft ²⁾	865	1,3	877	1,3	1,4	769	1,3	785	1,3	2,1
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	3 206	4,7	3 204	4,7	- 0,1	3 201	5,4	3 168	5,2	- 1,0
Baugewerbe	4 828	7,1	4 498	6,6	- 6,8	4 255	7,2	4 362	7,2	2,5
Handel ⁴⁾	21 731	32,2	21 442	31,3	- 1,3	20 625	34,8	20 591	33,9	- 0,2
Gastgewerbe	5 035	7,5	5 146	7,5	2,2	5 052	8,5	5 170	8,5	2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 296	6,4	4 329	6,3	0,8	4 256	7,2	4 279	7,0	0,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 941	4,4	3 075	4,5	4,6	2 758	4,7	2 820	4,6	2,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ⁵⁾	19 644	29,1	20 597	30,1	4,9	14 426	24,3	15 658	25,7	8,5
Erziehung und Unterricht	384	0,6	448	0,7	16,7	266	0,4	300	0,5	12,8
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	751	1,1	804	1,2	7,1	561	0,9	578	1,0	3,0
Sonstige Dienstleistungen	3 871	5,7	4 073	5,9	5,2	3 138	5,3	3 115	5,1	- 0,7
Insgesamt	67 552	100	68 493	100	1,4	59 307	100	60 826	100	2,6

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Fischerei und Fischzucht. — 3) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung. — 4) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 5) Sowie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben¹⁾ 1998 nach Rechtsformen und Staatsangehörigkeit des Inhabers

Rechtsform — Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Saldo ²⁾ aus An- und Abmel- dungen ins- gesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	211	0,3	288	0,5	- 77
KG	161	0,2	281	0,5	- 120
GmbH & Co. KG	1 107	1,6	779	1,3	328
GbR	4 058	5,9	3 564	5,9	494
AG, KGaA	348	0,5	444	0,7	- 96
GmbH	8 524	12,4	7 016	11,5	1 508
Sonst. Rechtsformen	474	0,7	303	0,5	171
Einzelunternehmen	53 610	78,3	48 151	79,2	5 459
davon nach Staatsange- hörigkeit des Inhabers					
Deutschland	45 812	85,5	41 235	85,6	4 577
Italien	1 045	1,9	895	1,9	150
Griechenland	500	0,9	509	1,1	- 9
übrige EU-Länder	913	1,7	789	1,6	124
Türkei	2 322	4,3	2 053	4,3	269
übriges Europa	1 236	2,3	1 072	2,2	164
Afrika	229	0,4	167	0,3	62
Amerika	257	0,5	227	0,5	30
Asien	1 123	2,1	879	1,8	244
sonstige ³⁾	173	0,3	325	0,7	- 152
Insgesamt	68 493	100	60 826	100	7 667

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen. — 3) Einschl. Staatenloser und Fällen ohne Angabe.

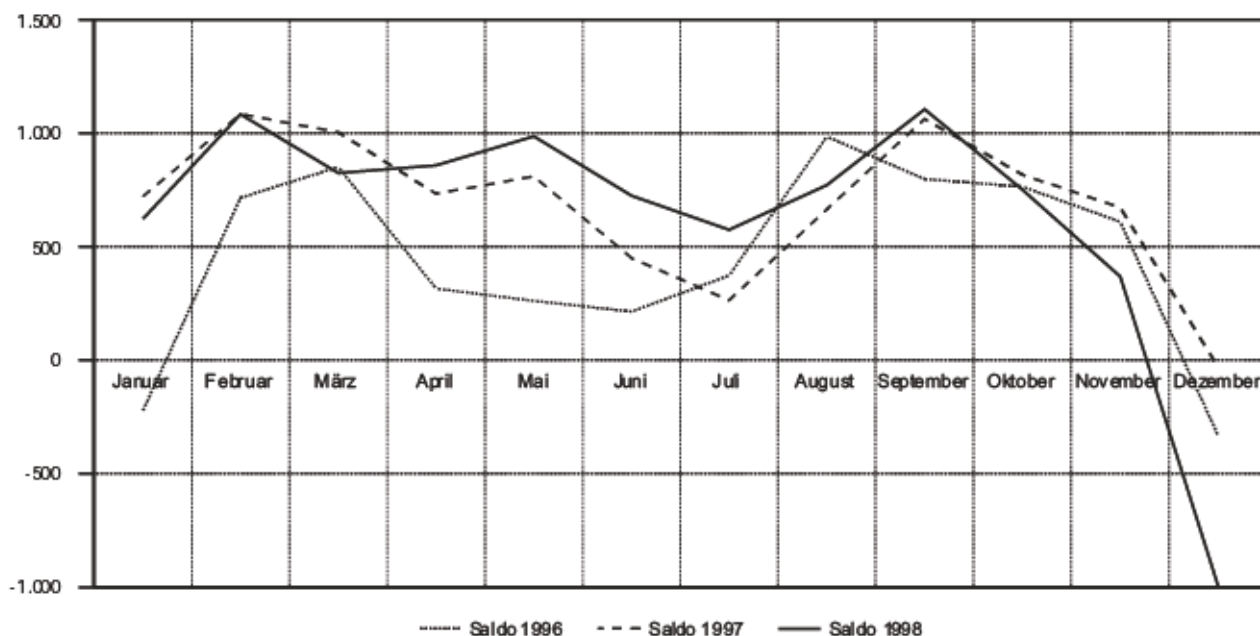
ten und Aktiengesellschaften (einschließlich KGaA), die allerdings mit einem Anteil von zusammen nur gut 1 % der Gewerbeanzeigen keine große Rolle spielten, knapp 300 Betriebe mehr ab- als angemeldet wurden.

Bei den Einzelunternehmen entfielen auf deutsche Gewerbetreibende jeweils reichlich 85 % der An- und Abmeldungen. Unter den knapp 15 % Ausländern, die ein Gewerbe an- oder abmeldeten, bildeten die Türken mit einem Anteil von gut 4 % die mit Abstand größte Gruppe vor den Italienern und den Griechen. Bei den Gewerbetreibenden aus dem „übrigen Europa“ zusammen handelte es sich zum weitaus größten Teil um Personen aus den verschiedenen Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien. Unter den Staaten Asiens war unverändert der Iran das bedeutendste Herkunftsland; allein über die Hälfte asiatischer „Geschäftsinhaber“ stammte von dort. Bei den aus An- und Abmeldungen errechneten Betriebszugängen haben die deutschen Inhaber wieder etwas an Gewicht verloren, da mit 4600 weniger als 84 % der zusätzlichen knapp 5500 Einzelunternehmen auf sie entfielen. Im vorangegangenen Jahr waren es - bei einer um jeweils 1200 höheren Fallzahl - noch über 86 % gewesen ²⁾.

Mit der Umstellung auf eine bundeseinheitliche Statistik wurde auch eine monatliche Aufbereitung und Auswertung der Daten eingeführt. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, das Meldegeschehen für einzelne Monate im Jahresablauf zu vergleichen, wobei sicher Zufälligkeiten auf Grund unterschiedlicher Bearbeitungszeiten in den Kommunen nicht ganz auszuschließen sind. In den bisherigen Beobachtungszeiträumen von 1996 bis 1998 zeigen sich dennoch ähnlich verlaufende Entwicklungen der Saldokurven, 1997 und in den meisten

2) Weitere Ergebnisse - auch in der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sowie nach Monaten - werden vierteljährlich in den Statistischen Berichten der Reihe D I 2 veröffentlicht; der Statistische Bericht mit den Jahresergebnissen enthält darüber hinaus ausgewählte Daten für sämtliche hessische Gemeinden.

Monatlicher Saldo der An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen
von 1996 bis 1998



HSL 17/99

Monaten des Jahres 1998 auf etwas höherem Niveau als im ersten Berichtsjahr auf neuer Basis. Die im wesentlichen vom Kalender vorgegebenen Einschnitte infolge von Betriebs-schließungen zum Jahresende und zur Jahresmitte werden jeweils durch eine relativ niedrige Zahl von Betriebszugängen im Juni oder Juli sowie — und dies viel deutlicher — durch Abnahmen im Dezember (1996 auch im Januar) dokumentiert. Recht gut ist am Kurvenverlauf auch zu sehen, daß das letztlich etwas schwächere Ergebnis im Jahr 1998 wesentlich in den beiden letzten Monaten zustande kam: Rutschten die rechnerischen Zugänge schon im November auf unter 400 ab, so wurden im Dezember fast 1000 Betriebe mehr ab- als angemeldet. Demgegenüber wurden die höchsten Überschüsse an „Neugründungen“ mit jeweils rund 1100 Fällen in den Monaten Februar und September der Jahre 1997 und

1998 ermittelt. Daneben wurden nur noch im März 1997 und im August 1996 rund 1000 zusätzliche Betriebe gezählt.

Der Januar war in allen drei Jahren der Monat mit den weitaus meisten Gewerbeanmeldungen, und zwar mit etwa 6900, 6800 und zuletzt sogar 7100. Während sich daraus 1996 bei 7100 Abmeldungen noch ein negativer Saldo von gut 200 errechnete, bedeuteten die lediglich 6100 Abmeldungen im Jahr 1997 ein Plus von gut 700. Im Januar 1998 kam es dagegen bei 6500 Abmeldungen nur zu einem Zuwachs um 600 Betriebe. Insgesamt war 1998 in sechs Monaten, nämlich von April bis September, eine höhere Zahl der rechnerischen Betriebszugänge zu verbuchen als 1997, während sie in allen Monaten des ersten und des letzten Quartals niedriger ausfiel als im Vorjahr. □

Hessen Regional - PC Datenbank

Für die Recherche von Gemeindedaten haben Sie die wichtigsten Angaben von allen Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten auf Diskette: 288 Merkmale je Gemeinde und Jahr informieren Sie umfassend!

Folgenden Bereiche sind enthalten:

- Bevölkerung
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Verarbeitendes Gewerbe
- Landwirtschaft
- Baugenehmigungen
- Wohngebäude
- Straßenverkehrsunfälle
- Fremdenverkehr
- Finanzen der Gemeinden
- Personal der Gemeinden
- Lohn- und Einkommensteuer
- Umsatzsteuer

Rechercheergebnisse können in Tabellenform ausgedruckt oder zur Weiterverarbeitung mit gängigen Tabellenkalkulationsprogrammen exportiert werden. Es ist möglich, mehrere Jahreslieferungen zu installieren.

Lieferbar sind die Ausgaben ab 1995.

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 286, DOS Version 3.xx oder höher. Benötigte Festplattenkapazität: 3 MB für die Recherche-Software und 2 MB je Jahreslieferung. Es werden 3,5 Zoll-Disketten geliefert.

„Hessen regional“ und die Printversion „Hessische Gemeindestatistik“ (geb., DIN A4, 15,00 DM) sind Produkte der HEPAS-Fachdatei HSL. „Hessen regional“ enthält alle Daten der Printversion und ist nur zusammen mit dieser zum **Preis von 85,00 DM** zu beziehen. Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-77

Einzelhandel erstmals wieder im Plus

Der Geschäftsverlauf im Einzelhandel gibt wichtige Hinweise für die konjunkturelle Entwicklung einer Volkswirtschaft. So fließt annähernd die Hälfte der Ausgaben der Privathaushalte in den Einzelhandel. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 1998 stiegen die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr um etwas über 1 %. Schaltet man die Preisveränderungen aus, so war dies real ein Wachstum von 0,7 %. Damit setzte sich die negative Entwicklung, die 1992 begonnen hatte, nicht mehr fort. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen — diese schnitten mit einem Umsatzzuwachs von nominal 2 und real 1 % relativ gut ab —, so zeigt sich ein ähnliches Bild: Hier stiegen die Umsätze nominal um knapp 1 und real um 0,6 %.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsgruppen verlief sehr unterschiedlich: Am günstigsten war sie beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 1998 nomi-

nal um fast 7 und real um 5 % aus. Die Apotheken selbst lagen nominal bei etwas über 6 und real bei über 4 %. Es folgte der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen. Hier wuchs der Umsatz nominal um etwas über 3 und real um 2,5 %. In den beiden genannten Branchen wird fast die Hälfte des Umsatzes des Einzelhandels im engeren Sinn getätigt, wobei die letztgenannte allein auf einen Anteil von über einem Drittel kommt.

Dagegen stagnierte der Facheinzelhandel (ohne Nahrungsmittel), der ebenfalls zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt. Nominal blieb sein Umsatz im Jahresvergleich nahezu unverändert, real gab es ein Minus von 0,5 %. Innerhalb dieser Gruppe reichte bei den umsatzstärkeren Branchen die Spanne von nominal + 5 und real + 4 % beim Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat bis zu nominal – 9 und real – 9,5 % beim Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, zoologischem Bedarf, lebenden Tieren und Säugetieren. Nominal und real im Plus befanden sich neben den Möbelhändlern noch der Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf sowie derjenige mit Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck. Der Heimwerkerbereich stagnierte, der Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernseh-

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel 1998

(Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %)

Wirtschaftszweig	Umsätze in Preisen des Jahres 1991	Beschäftigte		
		insgesamt	Vollzeit	Teilzeit
Kraftfahrzeughandel; Tankstellen	1,1	0,3	- 1,1	5,8
darunter				
Einzelhandel mit Kraftwagen	1,7	- 0,9	- 1,1	0,9
Tankstellen	- 0,1	4,6	- 3,2	10,2
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ¹⁾	2,5	- 0,8	- 1,2	- 0,6
darunter mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt	- 1,3	- 3,1	- 1,7	- 3,8
Facheinzelhandel m. Nahrungsmitteln, Getränken u. Tabakwaren ¹⁾	- 7,6	- 6,4	- 4,8	- 7,8
Apotheken; Facheinzelhandel m. med., orthop. u. kosm. Artikeln ¹⁾	5,1	1,1	0,2	1,8
darunter Apotheken	4,4	1,0	0,6	1,3
Sonstiger Facheinzelhandel ¹⁾	- 0,5	- 3,1	- 4,3	- 1,7
darunter				
mit Bekleidung	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 3,0
mit Schuhen und Lederwaren	- 5,5	- 6,2	- 4,3	- 7,2
mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat, soweit anderweitig nicht genannt	3,9	0,5	- 2,4	5,9
mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	- 0,9	- 4,5	- 8,4	8,1
mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 0,3	1,2	3,1	- 3,8
mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	0,4	- 1,0	- 4,3	2,0
mit Blumen, Pflanzen, zoologischem Bedarf, lebenden Tieren und Säugetieren	- 9,5	- 11,4	- 14,0	- 6,5
mit feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen, Computern und Software	- 2,0	- 1,2	- 3,9	5,5
mit Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck	0,4	- 2,9	- 1,6	- 4,5
mit Fahrrädern, Fahrradteilen und Zubehör	- 4,7	- 1,1	- 4,5	2,0
Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	- 4,7	- 1,1	- 4,5	2,0
Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern ¹⁾	(- 9,6)	(14,2)	(20,7)	(8,2)
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	- 3,9	- 4,8	- 4,8	- 4,8
darunter Versandhandel	- 5,1	- 5,2	- 5,4	- 4,9
Einzelhandel insgesamt	0,7	- 1,7	- 2,5	- 0,7
darunter Einzelhandel ohne Handel mit Kfz und Tankstellen	0,6	- 2,0	- 3,0	- 1,1

1) In Verkaufsräumen.

geräten sowie Musikinstrumenten, der Einzelhandel mit feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen, Computern und Software, der Einzelhandel mit Bekleidung, derjenige mit Fahrrädern, Fahrradteilen und Zubehör, Sport- und Campingartikeln sowie der Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren befand sich im Minus.

Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, rutschte deutlich ins Minus. Nominal betrug die Abnahmerate 6 und real sogar fast 8 %. Noch schlechter ging es dem Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern. Hier kam es im Jahresvergleich zu Umsatzrückgängen von 9, real sogar von fast 10 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, mußte mit nominal – 7 und real – 4 % klare Umsatzeinbußen hinnehmen. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei. Der Versandhandel selbst büßte gegenüber 1997 nominal und real 5 % seines Umsatzes ein.

Die leicht positive Umsatzentwicklung schlug sich noch nicht in der Veränderung der Zahl der Beschäftigten nieder. Sie

ging im Durchschnitt des Jahres 1998 um rund 2 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten verglichen mit 1997 mit – 2,5 % stärker abnahm als diejenige der Teilzeitbeschäftigten (– 0,7 %). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten verminderte sich nahezu durchgängig in allen größeren Branchen, lediglich der „Heimwerkerbereich“ und die Apotheken wetteten ihren Personalbestand aus¹⁾. Bei den Teilzeitbeschäftigten gab es Zuwächse im Kfz- und Tankstellenbereich, bei den Apotheken und Drogerien, im Möbelhandel, im Handel mit Elektrogeräten, im Bücher- und Zeitschriftenhandel, im feinmechanischen, optischen und Elektronikbereich sowie im Sport- und Campingbereich. In den übrigen Branchen kam es zu einem Personalabbau, der besonders stark beim Facheinzelhandel mit Blumen und Heimtieren, mit Schuhen und Lederwaren, mit Nahrungsmitteln sowie beim Versandhandel ausfiel.

Udo Kroschewski*)

*) Tel.: 0611/3802-552 · E-Mail: ukroschewski@hsl.de

1) Der Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern soll wegen nur eingeschränkter Aussagekraft hier außer Betracht bleiben.

● Von Januar bis April 1999 zählten die Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Betten in Hessen 2,7 Mill. **Ankünfte** und 6,9 Mill. **Übernachtungen**. Dies waren 9 % mehr Gäste und Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 1998.

● Die Gesamtzahl der **Verkehrsunfälle** auf Hessens Straßen, bei denen Menschen Verletzungen erlitten, stieg in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 1,5 % auf 7800. Dabei kamen 155 Menschen ums Leben; 1946 Personen wurden bei Unfällen schwer und 8600 leicht verletzt. Dies waren 12 Verkehrstote weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Schwerverletzten ging im Vergleichszeitraum um 115 oder fast 6 % zurück, während sich diejenige der Leichtverletzten um 3 % erhöhte.

● Die Zahl der **Ehescheidungen** ist 1998 in Hessen leicht gesunken. Im vergangenen Jahr wurden 14 676 Ehen geschieden, 154 oder 1 % weniger als 1997. Damals wurde ein neuer Höchststand erreicht, nachdem der bisherige Scheidungsrekord aus dem Jahr 1994 bei 13 700 Scheidungen gelegen hatte. Die meisten Ehen wurden im sechsten Ehejahr geschieden, nämlich 1114 oder 7,6 %. Es folgten das fünfte und das siebte Ehejahr mit jeweils gut 7 %. Der Anteil der Scheidungen mit einer kurzfristigen Ehedauer von unter fünf Jahren betrug 15 %, jede dritte geschiedene Ehe dauerte zwischen fünf und neun Jahre. Jeweils jede fünfte Ehe hatte zwischen zehn und 14 Jahre bzw. zwischen 15 und 24 Jahre gehalten. 11 % der Ehepaare hatten bei der Scheidung bereits die „silberne Hochzeit“ hinter sich. Die Zahl der „Scheidungsweisen“ war mit 10 590 um 944 oder 8 % niedriger als im vorangegangenen Jahr. Der Anteil der Ehescheidungen mit zu versorgenden minderjährigen Kindern ging um 4 Prozentpunkte auf rund 48 % zurück. Bei 28 % der geschiedenen Ehen war jeweils ein Kind betroffen, gegenüber 30 % im Vorjahr. Die Quote der Ehescheidungen mit zwei oder mehr zu versorgenden minderjährigen Kindern ging ebenfalls zurück und war mit knapp 21 % gut einen Prozentpunkt niedriger als 1997.

● Die **Bevölkerungszahl Hessens** hat 1998 erneut schwächer zugenommen als im Vorjahr. Am Beginn des Jahres 1999 wurden mit 6 035 137 Einwohnern lediglich 3432 mehr registriert als am Jahresanfang 1998. Während die kreisfreien Städte wieder einen Bevölkerungsrückgang zu beklagen hatten, nahm die Einwohnerzahl der Landkreise weiter leicht zu. Allerdings verlief die regionale Entwicklung unterschiedlich. Von den kreisfreien Städten mußte Kassel den größten Verlust hinnehmen; in der nordhessischen Metropole wurden Anfang 1999 mit 198 071 Einwohnern 0,7 % weniger gezählt als Anfang des Jahres 1998. Auch die Städte Darmstadt, Offenbach am Main und Wiesbaden wiesen einen Bevölke-

rungsrückgang auf. Hingegen zählte Frankfurt am Main geringfügig mehr Einwohner. Die Landkreise mit den größten Einwohnerzuwächsen waren der Wetteraukreis mit 0,7 %, der Landkreis Fulda mit 0,6 % und der Landkreis Limburg-Weilburg mit 0,5 %. Am stärksten sanken die Bevölkerungszahlen im Werra-Meißner-Kreis (-0,8 %) und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (-0,6 %).

● Die Zahl der **Eheschließungen** ist in Hessen erneut gesunken. 1998 gaben sich rund 32 000 Brautpaare das Jawort, knapp 900 oder 2,7 % weniger als im Jahr zuvor. Vor zehn Jahren waren es noch gut 3000 Heiraten mehr als 1998 gewesen. Der Anteil der Ehen mit deutschen Partnern war mit 24 900 oder rund 78 % geringfügig höher als im Vorjahr. Dagegen haben weniger deutsche Frauen Ausländer geheiratet. Der Anteil dieser Ehen betrug 1998 rund 8 %. Hochzeiten deutscher Männer mit ausländischen Frauen waren mit einer Quote von 10 % ähnlich häufig wie 1997. Unverändert hoch waren auch Eheschließungen zwischen nichtdeutschen Brautpaaren mit knapp 1500 Trauungen oder 4,5 %. Bei deutsch-nichtdeutschen Partnerschaften heirateten deutsche Frauen an erster Stelle Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien (347), aus der Türkei und aus Bosnien-Herzegowina (179); bei deutschen Männern standen Frauen aus Polen (440), Bosnien-Herzegowina (229) und Thailand (178) besonders hoch im Kurs. Die meisten Ehen wurden 1998 in den Sommermonaten Juli (4236) und August (4103) sowie im „Wonnemonat“ Mai (3568) geschlossen. In den Wintermonaten Januar und Februar war die Heiratslust mit durchschnittlich gut 1100 Eheschließungen nur gering. Bei rund 64 % der Eheschließungen waren beide Partner bisher ledig, bei 22 % war ein Partner geschieden oder verwitwet, und bei gut 12 % der Ehen hatten Braut und Bräutigam eine Scheidung hinter sich.

Kurz und informativ: "Das Land in Zahlen"

Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen im schnellen Überblick: Das Faltblatt "Das Land in Zahlen" (früher: "Hessen im Spiegel der Statistik") ist in der 20. aktualisierten Auflage erhältlich und diesem Heft beigelegt.

Das Faltblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt kostenlos abgegeben; es ist besonders auch zur Auslage an Stellen mit Publikumsverkehr geeignet. Es wird gebeten, von Einzelbestellungen möglichst abzusehen. Anforderungen mit Mengenangabe richten Sie bitte an das Hessische Statistische Landesamt, Vertrieb, 65175 Wiesbaden.

Hessische Gemeinde- statistik 1998

Umfang: 220 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 15,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

... lieferbar mit

PC-Datenbank „Hessen regional“

Preis einschl. „Hessische
Gemeindestatistik“:
85,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Die Ausgabe 1998 der jährlich herausgegebenen „Hessischen Gemeinde-statistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 288 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche am 1.1.1997 — Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung am 31.12.1997 — Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung 1997

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung am 30.6.1997

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1997 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche — Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1995 — Rindvieh- und Schweinehaltung am 3.12.1996 — Flächennutzung 1997

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte im September 1996 nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe im Juni 1997 — Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 1997, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden am 31.12.1997

Verkehr

Fremdenverkehr und Straßenverkehrsunfälle 1997

Finanzen und Steuern

U.a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze 1997 — Finanzausgleich 1997 — Personalstand am 30.6.1997 — Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1992 sowie der Umsatzsteuerstatistik 1996

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Ballungsraum und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

● Hessen regional

enthält in einer Recherchedatenbank alle Daten der jeweiligen Ausgabe der „Hessischen Gemeinde-statistik“. Die Rechercheergebnisse können in Tabellenform ausgedruckt und/oder als Dateiausgaben zur weiteren Verarbeitung mit gängigen Tabellenkalkulationsprogrammen und Statistiksoftwares exportiert werden. Unter dem Datenbankprogramm EASYSTAT können die Ausgaben späterer Jahre installiert werden, wodurch die Datenbank ihre Zeitreihenkomponente erhält.

Hardwarevoraussetzungen: mind. 286-er PC, DOS ab Version 3.xx, mind. 512 KB Hauptspeicher, Festplatte mit einer freien Kapazität von 3 MB für die Recherche-Software und 2 MB je Jahreslieferung. „Hessen regional“ wird auf 3,5 Zoll-Disketten geliefert.

Das Datenbankhandbuch ist als Anhang in der „Hessischen Gemeinde-statistik“ enthalten. „Hessen regional“ kann nur zusammen mit der entsprechenden Ausgabe der „Hessischen Gemeinde-statistik“ bezogen werden.

W 71

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Altmann FITTER: iterative fitting of probability distributions

Von G. Altmann u. a., 150 Seiten, Ringbuch, 2 Disketten, 80,00 DM, RAM-Verlag, Lüdenscheid, 1997.

Die wissenschaftliche, empiristische Methodologie bedient sich regelmäßig der folgenden Vorgehensweise: 1. Formuliere das Problem oder stelle eine sehr allgemeine Hypothese auf. 2. Sammle Daten, an denen diese Hypothese getestet werden kann. 3. Benutze eine adäquate Software, die fertige Modelle enthält und daraus zulässige Modelle auswählt und testet. 4. Treffe Entscheidungen über die Annahme eines Modells, beispielsweise aufgrund von Prioritätskriterien. Im ersten Schritt formulierte Hypothesen der Form „Eigenschaft X hat einen regulären Verlauf“, „Eigenschaft Y folgt einer Wahrscheinlichkeitsverteilung“, „es gibt einen Zusammenhang zwischen A und B“, „es gibt ein Ordnungsprinzip in der Datenreihe“ sind äußerst unspezifiziert. Mit explorativen Methoden will man derartig unscharfe Hypothesen etwas näher spezifizieren. Hierzu versucht man eine Kurve, eine Wahrscheinlichkeitsverteilung oder eine Ordnung zu finden, die als Ausgangspunkt für beispielsweise weitere theoretische Forschungen dienen kann. Der Wissenschaftler sieht sich dabei aber regelmäßig vor ein großes Mengenproblem gestellt, denn es müssen zahlreiche, unter Umständen Tausende von Kurven anhand der kollektierten Datenreihen mechanisch überprüft und eine passende Verteilung gefunden werden. Die gängigen statistischen Softwarepakete bieten hierzu keine Unterstützung, denn sie verlangen, daß die Form des Zusammenhangs im voraus bestimmt wird. Hier genau setzt das Programm Altmann-Fitter an. Sage und schreibe 200 diskrete, univariable Wahrscheinlichkeitsverteilungen werden in diesem Programm automatisch — optional auch einzeln — an die Daten angepaßt und getestet. Der Altmann-Fitter erspart so erfolglose Testreihen und der anwendende Forscher kann sich in seiner Arbeit auf die theoretische Entwicklungsarbeit konzentrieren. Der Fitter für Windows 95 oder NT kostet 1700,- DM. Übrigens wird in Kürze im Stamm-Verlag von den Autoren des Altmann-Fitters ein Thesaurus diskreter Wahrscheinlichkeitsverteilungen mit 750 vollständigen, vergleichbaren Nachweisen erscheinen. Der Altmann-Fitter stellt mit seiner Software für 200 dieser diskreten Verteilungen einen für die Forschungspraxis vorteilhaften Auszug für die direkte Anwendung zur Verfügung. 6882

Lust statt Frust in der öffentlichen Verwaltung

Wege aus der Führungskrise. Von Hanns-Eberhard Meixner, XIII und 464 Seiten, kartoniert, 48,00 DM, Carl Heymanns Verlag, Köln, 1998.

Der Untertitel des Werks beinhaltet in knapper Formel die provokante Ausgangsthese von Professor Meixner: Nicht das Personal des öffentlichen Dienstes ist wegen der Probleme und Defizite der öffentlichen Verwaltung pauschal zu kritisieren, sondern es gilt Wege aus der Führungskrise in der Verwaltung zu finden und sie auch zu beschreiben. „Der Fisch“, so heißt es, „beginnt vom Kopf an zu stinken“. Verwaltungsmodernisierung, die nicht nur Haushaltskonsolidierung meint, heißt daher nach Auffassung des Autors Verzicht auf Macht, Ämterpatronage, politische Versorgungsmentalität und überbordende Regelungsansprüche und verlangt statt dessen Professionalität und kritische Selbstreflexion bei den Führungsspitzen der komplexen und vielschichtigen Verwaltungen. Hierzu bietet der Autor, in flüssigem Stil und mit vielen Beispielen aus der Verwaltungspraxis illustriert, in diesem Buch die Betrachtung einer Fülle von Thesen und Fragestellungen zur Verbesserung der Verwaltung und erörtert dabei einen Großteil der derzeit in der Diskussion zur Verwaltungsmodernisierung stehenden Ansätze. Er zielt dabei auf eine überzeugende Perspektive einer

Verwaltungsmodernisierung, auf eine Überwindung des Resignationszyklus und die Alternative, die kontinuierliche Verbesserung über Qualitätsmanagement, die Gewinnung der Mitarbeiter als Mitdenker und Mitgestalter, einen Einstellungswandel und neue Rollenbilder der Führung sowie die Überwindung der „Lasteselkultur“ durch neue Führungskonzepte. In zwei abschließenden Kapiteln behandelt Meixner die zentralen Problemfelder der Mitarbeiterbeurteilung, die er konsequent als Führungsinstrument begriffen wissen möchte, und des Mitarbeitergesprächs, das er als Förderungsgespräch — vom „Richten“ zum „Coachen“ — betrachtet. Der Autor hat ein engagiert geschriebenes Fachbuch zur Führungspraxis in der Verwaltung vorgelegt, mit dem, bei konsequenter Umsetzung der Anregungen und Vorschläge, es durchaus ein Stück weit gelingen kann, eventuellen Frust in Lust umzukehren — oder vielleicht auch, den Spaß an der Führungsherausforderung noch etwas zu erhöhen. 6865

Hessische Kommunalverfassung

Textausgabe der Gemeindeordnung, Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes mit Anmerkungen und Hinweisen sowie einer erläuternden Einführung. Von Ulrich Dreßler und Ulrike Adrian, 14. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 208 Seiten, kartoniert, Deutscher Gemeindeverlag, Mainz, 1999.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Hessische Landkreisordnung (HKO) haben seit dem Erscheinen der Voraufgabe Anfang 1997 vielfältige Änderungen erfahren. Schlußpunkt dieser Gesetzesinitiativen war das im Dezember 1998 vom Hessischen Landtag beschlossene 3. Rechts- und Verwaltungsvereinfachungsgesetz. Die einschneidendsten Änderungen der Kommunalverfassung brachte aber die im Juni 1998 verkündete umfassende Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KWG) und von HGO sowie HKO. Neu sind z. B. die Einführung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 18 auf nunmehr 16 Jahre. Wegen des zunehmenden Stellenwerts des Kommunalwahlrechts in der politischen und öffentlichen Diskussion bzw. für die Praxis wird das KWG erstmals in diesem Band abgedruckt. Auch die neue Ausgabe wurde wieder von versierten Praktikern des Kommunalrechts betreut. 6878

Integration von Siedlung und Verkehr

Beiträge zur Diskussion. Herausgegeben von E. Tharun, Heft 115 der Reihe „Rhein-Mainische Forschungen“ des Instituts für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung und des Instituts für Physische Geographie der J. W. Goethe-Universität, 272 Seiten, kartoniert, 28,00 DM, Eigenverlag, Frankfurt am Main, 1998.

Die Reihe „Rhein-Mainische Forschungen“ verfolgt das Ziel, den rhein-mainischen Verdichtungsraum mit seinen Randgebieten geographisch zu erforschen. Die in diesem Heft vorgelegten Arbeiten ordnen sich ein in den seit einigen Jahren durch den Begriff der „Nachhaltigkeit“ wieder hochaktuellen Forschungszusammenhang von Städtebau und Verkehr. H. Rudolph untersucht in seinem Beitrag die Verkehrswirkungen kommerzieller Freizeitgroßeinrichtungen am Beispiel des Musicaltheaters Niederrhausen, wobei auch die verhaltensbedingten Ursachen des Freizeitverkehrs berücksichtigt werden. Er versucht die Frage zu klären, wie Wege aus der Dominanz des Autos im Freizeitverkehr zu finden seien. Im zweiten Beitrag geht S. Kyrieleis der Frage nach, ob sich mit der Regionalisierung des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) die Chancen für eine abgestimmte Verkehrs- und Siedlungsplanung und für die Belebung im suburbanen und ländlichen Raum erhöht haben. N. Giffel und K. Steinke untersuchen in ihrem Beitrag die bereits vorhandenen und zu erwartenden Auswirkungen des schienengebundenen Hochgeschwindigkeitsverkehrs auf die Siedlungsentwicklung. Da diese Fragestellung in Deutschland bislang kaum untersucht ist, bilden die unterschiedlichen planerischen Ansätze der Schweiz und Frankreichs einen wichtigen Hintergrund der Diskussion. 6880

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ²⁾				
	Wertmäßiger Auftrags- eingang ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
				1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100						
Grundzahlen ¹¹⁾												
1995 D	.	.	.	526 608	100	57 583	100	100	213 222	8,4	21 114	9 918
1996 D	.	.	.	506 283	98,4	52 478	100,6	101,1	234 083	9,3	21 143	18 377
1997 D	.	.	.	477 840	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1997 4. Vj. D	.	.	.	471 489	79,9	44 859	107,7	103,2
1998 Januar	.	.	.	468 904	48,0	41 567	95,4	103,4	278 170	11,1	22 762	8 985
Februar	.	.	.	468 776	81,4	40 892	90,4	103,8	278 375	11,1	26 092	12 082
März	.	.	.	470 589	89,2	40 939	112,2	103,7	268 402	10,7	28 946	10 122
1. Vj. D	.	.	.	469 423	72,9	41 133	99,3	103,6
April	.	.	.	470 175	66,0	40 707	101,4	103,9	259 725	10,2	29 763	7 792
Mai	.	.	.	469 133	70,5	40 802	102,0	104,1	249 545	9,8	27 721	6 290
Juni	.	.	.	468 919	93,0	40 707	97,6	104,3	243 461	9,6	28 172	5 285
2. Vj. D	.	.	.	469 409	76,5	40 739	100,3	104,1
Juli	.	.	.	471 775	105,6	40 521	104,9	104,6	250 226	9,8	27 630	4 348
August	.	.	.	472 153	83,6	40 372	90,9	104,5	248 167	9,8	26 758	3 286
September	.	.	.	472 420	108,5	40 414	100,5	104,2	240 426	9,5	26 328	3 953
3. Vj. D	.	.	.	472 116	99,2	40 436	98,8	104,4
Oktober	.	.	.	470 604	82,7	40 337	104,8	104,1	236 732	9,3	23 978	4 803
November	.	.	.	470 019	68,1	39 761	107,7	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Dezember	.	.	.	467 418	101,0	39 208	120,0	104,1	248 127	9,8	22 411	5 484
4. Vj. D	.	.	.	469 347	83,9	39 769	110,8	104,1
1999 Januar	.	.	.	466 333	89,1	38 101	90,0	104,0	260 050	10,2	26 543	7 912
Februar	.	.	.	466 533	61,8	37 184	90,0	104,2	259 649	10,2	30 541	8 909
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1995 D	—	.	.	.	2,2	.	25,1	- 59,9
1996 D	0,9	- 2,6	7,4	- 3,5	- 1,6	- 8,9	0,6	1,1	9,8	.	0,1	85,3
1997 D	2,1	- 3,3	11,1	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1997 4. Vj.	7,0	6,6	7,6	5,7	- 22,0	- 11,6	- 0,6	1,8
1998 Januar	5,5	7,8	2,2	- 4,9	- 51,0	- 8,1	1,0	1,2	1,2	.	2,3	- 58,8
Februar	12,9	11,2	15,3	- 4,2	- 37,5	- 7,0	0,3	1,5	1,2	.	8,6	- 48,8
März	23,7	28,5	16,6	- 3,5	- 6,4	- 9,3	10,1	1,4	0,9	.	12,5	- 52,2
1. Vj.	14,2	16,1	11,5	- 4,2	- 32,4	- 8,2	4,0	1,3
April	- 3,0	- 3,8	- 1,9	- 3,3	- 14,2	- 11,8	- 4,2	1,9	- 0,3	.	20,4	- 46,4
Mai	6,4	13,3	- 2,8	- 2,8	- 43,4	- 11,8	4,4	1,8	- 2,2	.	26,7	- 41,8
Juni	- 3,3	- 0,2	- 7,5	- 2,9	0,2	- 11,9	- 1,7	1,8	- 3,0	.	31,5	- 48,8
2. Vj.	- 0,3	2,6	- 4,1	- 3,0	- 22,0	- 11,8	- 0,7	1,8
Juli	19,2	36,2	- 5,5	- 0,6	16,5	- 12,1	1,9	1,4	- 4,3	.	34,1	- 49,0
August	- 1,9	2,8	- 9,4	- 0,7	- 18,7	- 12,5	3,8	1,1	- 5,0	.	27,3	- 38,2
September	- 2,6	- 0,9	- 5,0	- 1,0	18,1	- 11,5	2,0	1,0	- 5,8	.	29,4	- 41,9
3. Vj.	5,3	13,1	- 6,4	- 0,8	4,2	- 12,0	2,5	1,1
Oktober	- 6,8	- 1,9	- 13,8	- 1,2	- 0,7	- 11,6	- 2,2	1,0	- 7,2	.	32,9	- 15,0
November	- 6,0	- 2,3	- 11,4	- 1,2	- 11,8	- 11,4	6,1	0,9	- 6,9	.	31,0	- 9,7
Dezember	- 5,5	- 3,7	- 8,0	- 1,1	27,4	- 11,1	4,8	0,7	- 6,3	.	8,3	- 18,0
4. Vj.	- 6,1	- 2,6	- 11,2	- 1,1	5,0	- 11,3	2,9	0,9
1999 Januar	- 10,5	- 10,8	- 10,0	- 0,5	85,4	- 8,3	- 5,7	0,6	- 6,5	.	16,6	- 11,9
Februar	- 18,9	- 18,6	- 19,2	- 0,5	- 24,1	- 9,1	- 0,3	0,4	- 6,7	.	17,1	- 26,3
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1997 4. Vj.	3,3	2,2	5,0	- 0,2	- 16,0	- 2,4	11,7	- 0,1
1998 Januar	5,9	8,2	2,4	- 0,1	- 39,4	- 5,7	- 16,7	0,0	5,0	.	10,0	34,4
Februar	7,4	3,5	13,6	0,0	69,4	- 1,6	- 5,2	0,4	0,1	.	14,6	34,5
März	15,5	21,9	6,6	0,4	9,6	0,1	24,1	- 0,1	- 3,6	.	10,9	- 16,2
1. Vj.	9,1	11,1	6,2	- 0,4	- 8,8	- 8,3	- 7,8	0,4
April	- 15,1	- 19,9	- 7,4	0,2	- 26,0	- 0,6	- 9,6	0,2	- 3,2	.	2,8	- 23,0
Mai	- 5,6	- 1,3	- 11,5	- 0,2	6,7	0,2	0,6	0,2	- 3,9	.	- 6,9	- 19,3
Juni	2,3	0,2	5,7	- 0,1	32,0	- 0,2	- 4,3	0,2	- 2,4	.	1,6	- 16,0
2. Vj.	- 7,5	- 8,8	- 5,5	0,0	4,9	- 1,0	1,0	0,5
Juli	21,3	37,9	- 3,2	0,6	13,5	- 0,5	7,5	0,3	2,8	.	- 1,9	- 17,7
August	- 32,3	- 35,7	- 25,1	0,1	- 20,8	- 0,4	- 13,3	- 0,1	- 0,8	.	- 3,2	- 24,4
September	22,5	15,1	35,9	0,1	29,7	0,1	10,6	- 0,3	- 3,1	.	- 1,6	20,3
3. Vj.	1,0	9,2	- 11,2	0,6	29,7	- 0,7	- 1,5	0,3
Oktober	- 3,8	- 0,8	- 8,3	- 0,4	- 23,8	- 0,2	4,3	- 0,1	- 1,5	.	- 8,9	21,5
November	- 1,2	- 2,3	0,6	- 0,1	- 17,7	- 1,4	2,8	- 0,1	0,9	.	- 5,9	17,2
Dezember	- 8,3	- 9,9	- 5,8	- 0,6	48,4	- 1,4	11,4	0,1	3,9	.	- 0,6	- 2,5
4. Vj.	- 7,9	- 12,0	- 0,4	- 0,6	- 15,4	- 1,6	12,1	- 0,3
1999 Januar	0,2	0,3	0,2	- 0,7	- 11,8	- 2,8	- 25,0	- 0,1	4,8	.	18,4	44,3
Februar	- 2,6	- 5,6	2,0	0,0	- 30,7	- 2,4	0,0	0,2	- 0,2	.	15,1	12,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 031,4	6 032,5	6 031,7	6 031,4	6 030,3	6 036,0	6 035,1	6 035,3	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 740	2 666	2 810	1 053	1 213	1 652	2 855	924	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,3	5,5	2,1	2,6	3,3	5,6	1,8	...	
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 260	5 047	6 130	4 015	4 556	4 522	5 925	3 535	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,5	10,0	12,0	7,8	9,8	9,1	11,6	6,9	...	
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 113	5 082	6 155	4 810	5 175	4 947	6 112	4 908	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,2	10,1	12,0	9,4	11,2	10,0	11,9	9,6	...	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	24	24	22	19	24	39	13	...	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,8	3,9	5,5	4,2	5,3	6,6	3,7	...	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	147	- 34	- 25	- 795	- 619	- 426	- 187	- 1 373	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,3	- 0,1	0,0	- 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	- 2,7	...	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	11 138	12 628	10 584	13 118	12 086	12 348	...	
* darunter aus dem Ausland	"	5 471	5 443	3 990	5 055	4 341	5 573	4 899	5 234	...	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 033	12 995	12 430	12 147	11 015	12 783	12 763	10 847	...	
* darunter in das Ausland	"	6 113	6 000	5 674	5 602	5 549	6 121	5 873	4 819	...	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	222	320	- 1 292	481	- 431	335	- 677	1 501	...	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 614	18 531	20 289	20 139	16 153	19 218	12 152	17 396	...	
ARBEITSMARKT											
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	260 796	254 050	278 170	278 375	268 402	248 127	260 050	259 649	250 289	
* darunter Frauen	"	109 524	109 250	115 401	114 421	111 901	106 839	110 224	109 185	106 744	
Männer	"	151 272	144 800	162 769	163 954	156 501	141 288	149 826	150 464	143 545	
Ausländer	"	55 742	55 070	59 455	59 813	58 432	54 336	55 941	55 749	54 296	
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 810	6 339	6 660	6 854	6 406	6 154	6 199	6 173	5 525	
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,4	10,0	11,1	11,1	10,7	9,8	10,2	10,2	9,8	
* darunter der Frauen	"	9,9	9,7	10,4	10,3	10,1	9,4	9,7	9,6	9,4	
Männer	"	10,7	10,3	11,6	11,7	11,1	10,0	10,6	10,7	10,2	
Ausländer	"	19,0	18,6	20,3	20,4	19,9	18,3	18,8	18,8	18,3	
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	9,3	8,9	9,2	9,5	8,8	8,7	8,8	8,8	7,8	
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	21 381	26 021	22 762	26 092	28 946	22 411	26 543	30 541	32 639	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	11 788	6 505	8 985	12 082	10 122	5 484	7 912	8 909	10 317	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Ohne Land- und Forstwirtschaft. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Einschl. der Fälle ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. — 10) Soweit anderweitig nicht genannt. — 11) Sowie private Haushalte. — 12) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1997	1998				1999	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	9 392	8 526	10 526	10 054	8 697	11 823	9 458	8 761	8 302
Kälber	"	315	317	534	206	153	359	540	254	265
Schweine	"	109 632	110 555	122 032	110 459	100 784	131 209	110 509	106 831	100 833
darunter hausgeschlachtet	"	10 598	10 131	16 623	15 332	12 051	19 688	15 377	14 662	11 861
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 705	11 755	12 547	11 405	10 358	13 261	11 555	10 923	10 513
darunter von										
* Rindern	"	2358	2 206	2 474	2 382	2 040	2 587	2 449	2 191	2 097
* Kälbern	"	25	27	33	21	12	30	49	26	18
* Schweinen	"	9 050	9 265	9 667	8 804	8 195	10 385	8 779	8 595	8 218
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumei ³⁾	1000 St.	28 341	30 523	26 523	28 689	26 373	27 905	31 551	32 840	30 764
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	86 948	84 150	86 721	79 774	79 250	83 739	87 249	79 846
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 446	81 309	78 255	80 826	74 449	73 731	78 450	81 960	75 069
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,0	16,6	14,5	15,8	16,1	15,0	15,3	16,1	16,3
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	477,9	470,1	470,0	468,9	468,8	470,0	467,4	467,0	466,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	284,5	281,3	281,4	281,0	280,5	280,8	278,6	278,3	277,0
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 462	36 485	33 063	36 080	36 047	37 940	32 284	34 834	34 549
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 281,3	1 301,1	1 279,8	1 203,2	1 168,8	1 612,2	1 303,4	1 197,3	1 158,0
* Bruttogehaltssumme	"	1 405,5	1 415,7	1 410,5	1 329,4	1 339,3	1 816,9	1 518,3	1 359,9	1 339,0
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 766,1	12 838,2	12 649,7	11 467,8	12 405,5	13 175,6	12 634,1	10 924,0	11 162,6
* darunter Auslandumsatz	"	4 161,7	4 285,7	4 138,7	3 878,7	4 427,9	4 211,3	4 353,9	3 637,7	3 856,3
Exportquote ⁵⁾	%	32,6	33,4	32,7	33,8	35,7	32,0	34,5	33,3	34,5
Index der Nettoproduktion										
Insgesamt ⁶⁾	1991 = 100	93,9	95,1	88,8	78,1	92,3	99,7	88,3
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	99,4	101,0	89,1	92,5	98,5	105,9	89,1
Investitionsgüterproduzenten	"	80,7	82,9	79,1	73,9	88,5	84,3	80,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	71,8	70,7	68,5	69,1	74,6	85,9	61,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	88,5	84,9	72,5	85,5	81,8	93,6	70,8
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100	94,1	95,3	89,0	87,4	92,7	99,9	88,5
darunter										
Chemische Industrie	"	100,2	91,8	92,2	94,3	94,5	91,6	80,0
Maschinenbau	"	81,4	84,0	100,4	66,5	72,3	87,4	97,4
Fahrzeugbau	"	98,5	107,9	84,8	96,3	113,1	117,3	97,5
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	76,0	83,3	83,0	73,2	79,8	84,7	92,7
Wertmäßiger Auftragseingang ⁷⁾										
Insgesamt	% ⁸⁾	2,1	3,1	13,5	5,5	12,9	- 6,0	- 5,5	- 10,5	- 18,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	7,7	2,2	20,8	6,8	14,0	- 7,6	- 6,2	- 6,6	- 16,0
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,5	8,3	10,8	7,8	24,5	- 6,0	- 5,0	- 18,7	- 29,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,1	- 6,4	4,4	- 1,9	- 13,3	2,9	8,3	3,1	- 16,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 5,5	- 6,1	- 4,8	- 4,8	- 12,8	- 1,8	- 9,9	- 5,7	6,9
Auftragseingang nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,2	- 1,6	14,2	10,3	2,3	- 3,0	- 8,4	- 15,5	- 6,9
Maschinenbau	"	7,5	0,1	4,9	4,9	7,0	- 7,8	- 4,9	- 14,5	- 15,1
Kraftwagen und -teile	"	- 7,8	6,2	22,2	17,3	54,6	- 6,6	- 20,4	- 26,2	- 49,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	1,2	4,9	5,6	9,7	5,1	2,3	2,6	- 11,8	- 0,4
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 317,7	2 540,3	2 126,9	2 968,2	2 761,9	1 948,6	1 784,0	1 712,5	1 575,7
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 652,7	2 746,4	2 912,1	3 044,4	2 768,0	3 049,0	3 067,5	3 081,9	2 877,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU ab Januar 1995 sind Vergleiche mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendemonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
BAUGEWERBE											
Bauhauptgewerbe ¹⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	68,5	63,8	68,4	64,7	63,7	64,8	63,8	62,0	60,6	
Facharbeiter ²⁾	"	36,1	33,5	35,9	33,9	33,4	33,6	33,1	32,3	31,3	
Fachwerker und Werker	"	10,8	10,2	11,0	10,1	9,7	10,7	10,4	9,8	9,4	
gewerblich Auszubildende	"	3,7	3,2	3,6	3,3	3,3	3,3	3,2	3,2	3,1	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	6 354	5 916	4 937	4 205	4 452	6 323	4 383	4 255	3 932	
darunter für den											
Wohnungsbau	"	2 303	2 183	1 847	1 546	1 586	2 416	1 699	1 705	1 552	
gewerblichen und Industriellen Bau	"	2 036	1 849	1 583	1 505	1 588	1 887	1 337	1 395	1 351	
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 986	1 826	1 491	1 138	1 233	1 963	1 290	1 138	1 011	
* Bruttoleohnsumme ³⁾	Mill. DM	206,9	191,9	203,9	168,0	148,4	234,4	185,5	161,2	133,5	
* Bruttogehaltssumme	"	91,0	85,3	90,8	83,0	82,3	106,3	89,4	77,4	76,1	
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 056,8	975,1	1 565,8	588,3	654,5	1 166,8	1 420,5	689,3	708,5	
* Index des Auftragselngangs ⁴⁾ darunter	1995 = 100	95,2	83,1	79,2	48,0	81,4	68,1	101,0	89,1	61,8	
Wohnungsbau	"	74,1	69,1	76,0	37,0	49,7	55,4	86,6	72,5	47,0	
gewerblicher und industrieller Bau	"	107,4	85,4	77,7	49,6	105,2	75,5	116,9	103,7	68,8	
öffentlicher und Verkehrsbau	"	91,8	88,1	82,9	52,1	69,4	65,9	89,2	80,1	61,2	
Ausbaugewerbe ⁵⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	27,6	26,2	27,3	.	.	.	25,4	.	.	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	8 193	7 719	8 313	.	.	.	7 634	.	.	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	354,1	339,2	382,0	.	.	.	360,7	.	.	
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 166,2	1 115,2	1 402,8	.	.	.	1 293,0	.	.	
BAUGENEHMIGUNGEN											
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	868	995	571	763	747	961	710	722	827	
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	736	866	455	666	634	848	611	623	720	
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 064	1 122	808	908	893	1 016	883	844	970	
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	200	211	153	174	168	190	161	150	176	
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	607 658	599 957	446 802	499 150	481 769	513 020	441 566	427 561	503 245	
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	229	238	194	173	173	237	203	187	209	
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	766	684	728	371	469	1 036	653	396	645	
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	169	164	165	90	110	228	151	84	152	
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	328 268	310 505	322 717	162 200	216 297	630 661	227 502	194 497	260 081	
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 485	2 411	1 970	2 029	1 843	2 079	1 818	1 909	1 844	
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 765	11 851	8 576	9 680	9 258	10 593	8 764	8 587	9 560	
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE											
Einzelhandel											
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	96,8	100,4	113,0	94,1	88,1	104,0	115,7	88,2	88,4	
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	100,1	102,3	114,5	95,4	89,4	106,0	117,8	90,0	90,0	
darunter (Einzelhandel mit)											
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	97,7	103,9	122,2	101,0	88,1	104,1	126,2	92,7	90,2	
Kraftfahrzeuge ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	110,1	112,2	101,6	96,3	99,2	114,8	108,2	90,4	98,0	
Apotheken ¹²⁾	"	107,2	114,2	126,6	111,2	104,2	117,0	137,6	113,2	114,2	
Bekleidung	"	90,2	88,2	120,6	91,1	67,5	98,2	116,3	84,5	61,2	
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	93,7	97,7	117,2	92,2	90,5	107,7	121,6	90,5	88,4	
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	96,5	97,2	89,5	90,3	76,8	92,0	90,4	71,5	68,9	
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	95,6	94,1	95,8	94,5	94,2	94,1	94,6	93,7	93,5	
Gastgewerbe											
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	93,5	91,3	93,3	83,7	84,6	87,7	91,4	82,3	84,5	
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,8	95,0	96,0	86,3	87,4	91,6	95,4	85,9	88,3	
darunter											
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,0	99,9	93,0	82,9	92,7	96,1	95,3	86,9	93,1	
Restaurants, Cafés, Eisdiele, Imbißhallen	"	93,9	92,5	99,6	86,9	84,1	87,8	96,9	86,1	82,7	
Kantinen und Caterer	"	95,7	98,2	94,3	90,7	87,3	96,0	98,4	90,3	102,0	
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	96,7	95,1	94,7	91,7	92,8	92,5	93,0	91,5	92,0	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. Wegen der Umstellung auf die neue Wirtschaftszweikklassifikation der EU ab Januar 1995 sind keine Vorjahresvergleiche möglich. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997	1998				1999	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 252,3	4 404,9	3 965,0	4 437,2	4 580,9	4 706,3	4 319,4
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,8	106,4	98,4	111,0	94,8	99,0	114,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 147,5	4 298,4	3 866,6	4 326,2	4 486,1	4 607,3	4 205,2
davon										
* Rohstoffe	"	29,8	38,3	27,1	22,1	58,3	60,1	44,1
* Halbwaren	"	288,8	332,6	247,9	332,5	448,4	391,3	315,2
* Fertigwaren	"	3 829,0	3 927,5	3 591,6	3 971,6	3 979,3	4 155,9	3 845,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	704,8	734,1	653,4	700,5	746,7	841,0	671,8
* Enderzeugnisse	"	3 124,2	3 193,5	2 938,1	3 271,1	3 232,6	3 314,9	3 174,1
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 014,9	1 029,0	936,2	1 053,6	1 007,6	1 212,5	960,7
Maschinen	"	699,4	740,4	800,9	703,7	751,1	767,0	828,4
Fahrzeuge	"	741,3	692,2	613,2	721,9	769,7	753,1	591,4
elektrotechnische Erzeugnisse	"	450,6	485,2	413,0	522,3	461,8	423,1	548,4
Eisen- und Metallwaren	"	296,8	312,1	278,0	306,6	318,0	335,6	275,5
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 187,4	2 367,8	1 899,0	2 402,4	2 427,3	2 735,0	2 258,4
darunter										
Verainigtes Königreich	"	344,5	392,0	296,4	411,2	407,3	433,9	337,5
Frankreich	"	388,2	434,5	366,5	408,6	435,7	515,4	437,7
Italien	"	265,8	301,2	245,1	290,2	299,1	410,9	259,3
Niederlande	"	247,3	265,9	201,8	268,1	256,2	314,2	256,3
Belgien-Luxemburg	"	304,5	295,0	209,3	330,4	391,2	257,8	232,3
Österreich	"	200,0	219,4	185,5	225,8	203,8	247,6	264,8
EFTA-Länder ³⁾	"	232,3	239,6	200,7	233,9	249,7	246,3	205,6
darunter										
Schweiz	"	192,8	199,0	168,4	195,5	205,7	207,3	172,5
Norwegen	"	37,0	37,6	30,7	35,4	40,3	36,1	30,8
USA	"	424,0	453,1	439,2	465,1	520,1	497,4	510,2
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	6 472,2	6 609,3	6 448,9	6 368,6	6 327,1	6 028,7	7 128,7
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	330,5	321,4	432,0	313,0	310,5	348,6	360,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 141,7	6 287,9	6 017,0	6 055,6	6 016,6	5 680,1	6 768,4
davon										
* Rohstoffe	"	69,8	78,9	69,3	72,8	53,4	67,2	95,6
* Halbwaren	"	554,1	576,2	474,7	708,3	746,1	492,8	549,2
* Fertigwaren	"	5 517,8	5 632,8	5 473,0	5 274,5	5 217,1	5 120,1	6 123,5
davon										
* Vorerzeugnisse	"	684,8	725,2	706,3	660,0	700,3	634,1	754,4
* Enderzeugnisse	"	4 833,0	4 907,6	4 766,8	4 614,5	4 516,8	4 486,1	5 369,1
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 333,7	3 341,6	3 326,8	3 402,7	3 291,6	2 909,9	3 691,6
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	710	728	499	551	578	722	547	595	626
* darunter von Auslands Gästen	"	181	187	111	154	153	154	126	165	170
* Gästeübernachtungen	"	1 902	1 904	1 314	1 401	1 534	1 717	1 419	1 538	1 631
darunter von Auslands Gästen	"	351	360	218	312	358	290	242	338	380
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	591	573	412	406	462	527	452	449	503
Luftkurorte	"	143	134	100	81	79	92	90	77	84
Erholungsorte	"	96	95	63	47	55	48	67	50	66
Sonstige Gemeinden	"	1 071	1 102	739	867	938	1 049	810	962	977
darunter Großstädte	"	468	488	335	433	464	513	382	489	486
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 288	1 248	1 247	1 209	1 149	1 161	1 327	1 175	1 071
davon										
* Güterversand	"	220	208	226	248	198	207	243	190	195
* Gütereingang	"	1 067	1 045	1 021	961	951	955	1 084	985	876

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	33 923	36 261	30 374	29 558	32 293	31 935	32 788	31 553	30 002	
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 543	31 978	27 506	27 153	28 910	29 215	29 401	28 561	26 862	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 486	1 704	1 440	1 371	1 209	2 011	1 578	1 410	1 432	
Kraftträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 303	2 090	1 140	709	1 797	331	1 298	1 266	1 376	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	233	275	178	177	212	225	344	226	195	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 184	2 174	1 843	1 874	1 732	2 023	1 865	1 850	1 715	
* Getötete Personen ²⁾	"	50	45	55	40	32	36	37	48	28	
* Verletzte Personen	"	2 940	2 934	2 576	2 610	2 284	2 779	2 578	2 562	2 346	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾											
Beförderte Personen	1000	37 081	38 403	120 299	.	.	.	125 558	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 565	37 875	118 747	.	.	.	123 886	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	515	528	1 552	.	.	.	1 672	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 871	24 159	69 391	.	.	.	70 710	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 544	18 938	55 366	.	.	.	57 231	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	5 328	5 221	14 025	.	.	.	13 479	.	.	
Einnahmen	1000 DM	76 536	80 971	233 293	.	.	.	257 678	.	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 621	66 591	194 412	.	.	.	219 150	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 914	14 379	38 881	.	.	.	38 528	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁵⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	817 384	877 727	817 384	.	.	.	877 727	.	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanker ⁶⁾ davon	"	686 477	726 864	686 477	.	.	.	726 864	.	.	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	93 068	104 558	93 068	.	.	.	104 558	.	.	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ⁷⁾	"	48 707	40 007	48 707	.	.	.	40 007	.	.	
langfristige Kredite (über 4 Jahre) ⁷⁾	"	544 702	582 299	544 702	.	.	.	582 299	.	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	528 954	581 386	528 954	.	.	.	581 386	.	.	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	218	209	253	226	200	197	216	175	...	
davon											
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	167	164	194	184	153	149	175	138	...	
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	51	45	59	42	47	48	41	37	...	
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	218	209	253	226	200	197	216	175	...	
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	165	161	197	175	162	163	160	143	...	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	102,8	104,1	103,4	103,4	103,8	104,0	104,1	104,0	104,2	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,5	102,9	102,1	103,1	103,1	101,8	102,0	103,1	103,1	
Bekleidung, Schuhe	"	101,4	102,4	101,9	101,8	101,8	103,0	103,1	103,0	103,0	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	103,9	105,4	104,2	104,7	105,1	105,5	105,4	105,9	106,0	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,1	101,9	101,2	101,3	101,3	102,2	102,2	102,2	102,2	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	103,8	105,0	105,0	104,0	104,3	104,9	104,7	104,7	104,7	
Nachrichtenübermittlung	"	97,8	97,2	98,2	98,2	98,2	96,3	96,2	89,4	88,8	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,0	102,8	102,8	101,6	103,4	102,5	103,0	102,5	104,1	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	102,1	101,2	101,2	101,6	101,2	101,4	101,3	101,8	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	102,7	103,9	103,1	103,2	103,5	103,9	103,9	103,9	104,1	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	99,814)	100,014)	.	.	99,4	100,1	.	.	99,9	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj., usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufende Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaften“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 518,1	5 930,0	9 933,1	5 645,2	4 446,3	4 663,6	10 273,1	6 214,8	...	
davon	"	4 718,4	5 157,3	8 629,9	4 992,6	3 657,9	4 121,3	9 006,9	5 718,5	...	
Gemeinschaftsteuern	"										
davon	"										
Lohnsteuer ²⁾	"	2 324,4	2 413,3	4 060,0	2 421,7	2 066,4	2 021,7	4 166,5	2 683,9	...	
veranlagte Einkommensteuer	"	- 5,4	52,4	777,8	- 132,2	- 325,0	- 168,2	903,9	- 89,2	...	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	237,3	324,7	69,9	395,5	71,0	71,1	155,4	427,6	...	
Zinsabschlag ²⁾	"	339,5	352,0	404,8	745,3	445,1	315,5	415,9	823,5	...	
Körperschaftsteuer ²⁾	"	263,7	424,1	1 690,6	313,8	- 164,6	8,2	1 508,1	220,7	...	
Umsatzsteuer	"	1 347,7	1 353,8	1 392,6	1 070,3	1 326,1	1 602,1	1 615,7	1 505,0	...	
Einfuhrumsatzsteuer	"	211,1	237,0	234,1	178,1	238,9	270,8	241,4	146,9	...	
Bundesteuern	"	496,8	448,0	951,4	336,6	515,3	305,9	846,2	271,2	...	
darunter	"										
Mineralölsteuer	"	97,0	94,3	235,0	5,6	37,4	98,7	245,5	- 0,7	...	
Versicherungsteuer	"	111,9	109,9	62,0	55,5	357,7	86,1	49,7	70,6	...	
Zölle ³⁾	"	37,4	31,2	34,9	27,0	33,4	30,1	36,2	0,2	...	
Landesteuern	"	228,6	240,8	215,1	272,9	234,1	202,8	217,9	281,9	...	
darunter	"										
Vermögensteuer	"	19,7	9,2	12,2	16,9	6,6	9,2	5,3	6,6	...	
Erbschaftsteuer	"	31,8	36,8	38,0	39,3	30,0	26,6	43,3	33,3	...	
Grunderwerbsteuer	"	54,6	67,4	56,8	56,3	44,1	72,8	75,3	78,7	...	
Kraftfahrzeugsteuer	"	91,8	95,9	87,7	122,8	96,1	70,9	72,8	105,2	...	
Gewerbsteuerumlage	"	36,9	52,8	101,7	16,1	5,6	3,5	165,8	- 26,8	...	
		1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt ⁴⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 544,9	2 801,9	2 271,9	3 351,4	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8	...	
davon	"	8,4	8,5	9,9	6,7	8,8	8,4	10,0	6,9	...	
Grundsteuer A	"	270,5	288,3	288,0	226,5	261,2	343,6	305,9	242,5	...	
Grundsteuer B	"										
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 246,9	1 366,2	1072,9	1 346,4	1206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6	...	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	983,8	1 011,5	864,8	1 740,4	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6	...	
andere Steuern ⁵⁾	"	35,3	35,2	36,3	31,4	36,1	40,5	34,3	29,7	...	
		1997	1998	1997	1998				1999		
		Durchschnitt ⁷⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	
LÖHNE UND GEHÄLT ⁶⁾											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe	DM	4 403	4 515	4 444	4 368	4 481	4 515	4 599	4 487	...	
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	"	4 563	4 678	4 608	4 518	4 643	4 678	4 769	4 647	...	
* Männliche Arbeiter	"	4 792	4 966	4 837	4 790	4 927	4 960	5 070	4 945	...	
darunter Facharbeiter	"	3 356	3 426	3 363	3 381	3 418	3 426	3 450	3 443	...	
* Weibliche Arbeiter	"	3 119	3 158	3 103	3 136	3 156	3 161	3 165	3 166	...	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	27,00	27,67	27,12	27,25	24,47	27,58	28,04	27,89	...	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,89	28,58	28,00	28,16	28,38	28,47	28,96	28,84	...	
* Männliche Arbeiter	"	29,14	30,59	29,21	30,11	30,32	30,43	31,08	30,99	...	
darunter Facharbeiter	"	21,03	21,45	21,10	21,24	21,33	21,44	21,61	21,63	...	
* Weibliche Arbeiter	"	19,32	19,63	19,24	19,52	19,57	19,67	19,69	19,70	...	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"										
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)	"										
* Im Produzierenden Gewerbe	"	6 413	6 558	6 459	6 447	6 530	6 549	6 630	6 572	...	
* kaufmännische Angestellte	"	5 996	6 150	6 059	6 077	6 118	6 136	6 211	6 199	...	
* männliche Angestellte	"	6 885	7 036	6 953	6 956	7 008	7 008	7 110	7 083	...	
* weibliche Angestellte	"	4 964	5 098	5 004	5 029	5 063	5 106	5 143	5 146	...	
* technische Angestellte	"	6 760	6 906	6 793	6 766	6 881	6 904	6 983	6 896	...	
* männliche Angestellte	"	6 908	7 057	6 943	6 914	7 033	7 055	7 136	7 048	...	
* weibliche Angestellte	"	5 327	5 435	5 361	5 349	5 405	5 446	5 481	5 453	...	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"										
Insgesamt	"	5 154	5 346	5 176	5 239	5 330	5 350	5 398	5 475	...	
* kaufmännische Angestellte	"	5 173	5 367	5 197	5 264	5 353	5 372	5 416	5 506	...	
* männliche Angestellte	"	5 786	5 978	5 804	5 861	5 975	5 989	6 023	6 123	...	
* weibliche Angestellte	"	4 433	4 600	4 452	4 531	4 576	4 600	4 646	4 732	...	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU sind Vergleiche ab Januar 1996 mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 7) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHE LANDESANSTALT
FÜR UMWELT

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 2

April 1999

3. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Agenda 21 in Sportvereinen 3
- ◆ Wasserbilanz für den Regierungsbezirk
Kassel - Planungsraum Nordhessen 5
- ◆ Die Hessische Landesanstalt für Umwelt präsentiert sich
im Internet 8
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessische Landesanstalt für Umwelt (HLfU), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessische Landesanstalt für Umwelt
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: Birgit Hofmann (HLfU), Telefon: 0611/6939-556
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Agenda 21 in Sportvereinen

1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz für Umwelt und Entwicklung unter Beteiligung von fast 180 Staaten statt. In einem Schlußdokument dieser Konferenz, der Agenda 21, werden Grundsätze und Handlungsziele für eine umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung formuliert. Damit soll gleichermaßen der Schutz unserer Umwelt, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität gewährleistet werden.

Neben den Kommunen, die in der Agenda 21 im Kapitel 28 zur Unterstützung aufgerufen sind, werden im Kapitel 27 auch die Nichtregierungsorganisationen (NRO) als Partner für die Umsetzung der Agenda 21 genannt. Ihre Rolle soll im Agenda-21-Prozeß gestärkt werden.

NRO gibt es in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mit den unterschiedlichsten inhaltlichen Schwerpunkten. Eine der mitgliederstärksten NRO sind die Sportvereine. Mit dem Projekt "Agenda 21 im Sportverein", das in Kooperation mit dem Landessportbund Hessen durchgeführt wurde, sollen Sportvereine unterstützt und zur Mitarbeit bei der Umsetzung der Agenda 21 motiviert werden.

Warum Sportvereine?

In Hessen sind über 2 Millionen Menschen (ca. 1/3 der Landesbevölkerung) in Sportvereinen organisiert. Sportvereine haben vielfältige Möglichkeiten, ökologische, soziale und auch wirtschaftliche Ziele der Agenda 21 miteinander zu vernetzen und umzusetzen.

Sportvereine üben ihre Tätigkeit überall aus: auf dem Land, auf und im Wasser und auch in der Luft. Dabei wirkt sich die Sportausübung nicht nur direkt aus in Form von Lärm, Unruhe, Verkehr etc. und über die Infrastrukturen, die geschaffen werden (Sportstätten, Zu- und Abfahrtswege, Parkplätze etc.), sondern auch indirekt durch Ressourcenverbrauch.

In vielen Vereinen wurden die ökologischen Auswirkungen des sportlichen Tuns erkannt und viele Vereine bemühen sich, ihren Sport im Einklang mit Natur und Umwelt auszuüben und Sportstätten möglichst umweltverträglich zu gestalten.

Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag für unser soziales Leben. Sportvereine sind für alle da: Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Frauen und Männer, Alte und Junge, Behinderte und Nichtbehinderte.

Auch von den politischen und finanziellen Weichenstellungen der Kommunen sind Sportvereine in unterschiedlichster Weise direkt oder indirekt betroffen und sie haben selbst Erwartungen und Wünsche an die Kommunen.

Durch diese vielfältigen Verflechtungen sind die Sportvereine eine der wichtigsten NRO für den Lokalen Agenda-21-Prozeß. Umgekehrt bietet die Mitwirkung in den Agenda-21-Prozessen der Kommunen den Vereinen eine Chance, die Zukunft der Kommunen aktiv mitzugestalten und eigene

Ideen, Wünsche und Bedürfnisse einzubringen.

Was können Sportvereine zur Umsetzung der Agenda 21 beitragen?

Diese zentrale Frage versucht ein Handbuch "Agenda 21 im Sportverein — Planungsgrundsätze und Praxisbeispiele für Kommunen und Vereine" zu beantworten, das in enger Zusammenarbeit vom Landessportbund Hessen, einem externen Auftragnehmer und der Hessischen Landesanstalt für Umwelt erarbeitet wurde. Dabei werden verschiedene Seiten beleuchtet: Was kann im Sportverein getan werden? Wie können sich Sportvereine im lokalen Agenda-21-Prozeß engagieren — und warum? Was können Sportverbände beitragen?

Was können Sportvereine intern tun?

Durch den hohen Organisationsgrad — mehr als ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands ist in über 90.000 Sportvereinen organisiert — kann der Sportverein eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen. Hier können schon Kinder und Jugendliche sowohl ökologisches als auch soziales Verhalten lernen.

Wie aber sieht die Zukunftsperspektive eines Vereins aus? Welche Leitbilder, Utopien hat ein Verein, die den Weg in eine nachhaltige Vereinsentwicklung vermitteln könnten?

Welche Leitbilder sollen in einem Sportverein aufgestellt und umgesetzt werden — Leitbilder, die dann auch als Orientierung für und Überprüfung von Entscheidungen herangezogen werden könnten?

Ein Verein könnte sich z. B. zum Ziel setzen, möglichst naturverträglich Sport zu treiben oder die Völkerverständigung über Austausch von Sportlerinnen und Sportlern, aber auch Einbindung von Ausländerinnen und Ausländern voranzubringen, nachhaltige Mobilität über Fahrgemeinschaften und die Verringerung von Wegstrecken zu Wettkämpfen durch veränderte regionale Zonen der Ligasysteme anzustreben, Sport- und Spielgelegenheiten im Stadtraum zu unterstützen, um unsere Städte lebenswerter zu machen, bewußt mit Ressourcen umzugehen, oder gezielt langlebige und nicht in Kinderarbeit hergestellte Sportgeräte und -bekleidung zu kaufen. Diese Liste könnte fast beliebig erweitert werden.

Bei einem Agenda-Prozeß in einem Sportverein geht es darum, daß der Verein solche oder ähnliche Leitbilder diskutiert, einen Konsens darüber erzielt, wo die Schwerpunkte und Prioritäten im eigenen Verein liegen sollen und konkrete Schritte beschließt. Dabei sollte bei allen Maßnahmen überlegt werden, welche ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen zu erwarten sind. Ein Beispiel kann dies verdeutlichen: Ein Verein möchte eigene Zielvorstellungen entwickeln und festlegen. Dabei sollen — im Sinne der Agenda 21 — in allen drei Dimensionen positive Effekte erzielt werden. Für die Zielformulierung könn-

ten dann folgende Anforderungen gelten:

- ökologische Dimension: Einplanung ökologischer Sanierungen und Modernisierungen;
- ökonomische Dimension: Kostenreduzierung durch Einspareffekte;
- soziale Dimension: Einbezug neuer Gruppen in den Verein.

Ein anderes, konkreteres Beispiel: Durch eine recht arbeitsintensive Maßnahme sollen Verbesserungen im ökologischen Bereich realisiert werden. Eine Möglichkeit wäre, ein solches Ziel über ein Beschäftigungsprojekt für Arbeitslose zu erreichen:

- ökologische Dimension: Durchführbarkeit arbeitsintensiver Umweltschutzmaßnahmen wird erhöht;
- ökonomische Dimension: Einbindung von Fördermitteln und Beteiligung der lokalen Wirtschaft;
- soziale Dimension: Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, Steigerung des Selbstwertgefühls der Arbeitslosen, Qualifizierung.

Auf diese Art und Weise könnte jede geplante Maßnahme auf ihre Vernetzung im Sinne der Agenda 21 geprüft werden, so daß mit jeder einzelnen Maßnahme in allen drei Bereichen ein Schritt im Sinne der Agenda 21 getan wird. Dieses Vernetzen der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension ist dabei das eigentlich Neue, das mit der Agenda 21 gefordert wird.

Das Handbuch führt eine ganze Reihe von Maßnahmen auf und zeigt deren ökologische, ökonomische und soziale Dimension auf. Darüber hinaus werden Projektbeispiele angeführt, die dieser Idee entsprechen und bereits umgesetzt wurden oder sich gerade in der Umsetzung befinden. Der Schwerpunkt liegt im Handbuch bewußt auf solchen Beispielen, Handreichungen und Checklisten für Vereine, um Schritte zu verdeutlichen, die in der Praxis für Vereine auch machbar sind.

Ein ganz entscheidender und für alle Maßnahmen wichtiger Schritt liegt jedoch — wie im Agenda-Prozeß der Kommunen auch — in der Beteiligung aller und in dem Bemühen um Konsens. Mit dieser Forderung werden von der Agenda 21 neue Anforderungen an Beteiligung und Entscheidungsstrukturen gestellt. Interessierte sollen gefunden werden, die bisher noch keine Aufgaben im Verein übernommen hatten. Um dies zu erreichen, sind neue Formen der Beteiligung zu erproben, z.B. die Gründung eines Initiativkreises im Verein, der die Anliegen der Mitglieder und des Vereins mitträgt und -gestaltet. Möglichst viele Interessierte, die möglichst viele Bereiche und (soziale) Gruppen des Verein repräsentieren, sollen für eine Mitarbeit im Verein gewonnen werden und im Konsens erzielte Entscheidungen mittragen.

Wie können sich Sportvereine am Agenda-21-Prozeß der Kommune beteiligen?

Im Lokalen Agenda-21-Prozeß sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Gruppen, Organisationen, Vereine und Verbände etc. aufgerufen, sich zu beteiligen.

Bisher sind nur recht wenige Sportvereine oder -verbände im Agenda-21-Prozeß aktiv geworden, obwohl die Mitgestaltung der zukünftigen Entwicklung der Kommunen eine große Chance für sie bietet. Ziele und Planungen können angeregt und mitdiskutiert werden, Entscheidungen beeinflußt und Rahmenbedingungen für einen Verein eventuell verbessert werden. In Agenda-21-Prozessen wird über eine Vielzahl von Themen verhandelt, die Sportvereine direkt und indirekt angehen: Nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung, Verkehr/Mobilität, Energie, Freizeit, Natur- und Umweltschutz, globale Partnerschaften, zukünftige Lebensstile etc.

Möglichkeiten für die Vereine bieten sich durch gezielte Mitarbeit in solchen einzelnen thematisch orientierten „Runden Tischen“. Um die Arbeitsbelastungen für die Vereinsmitglieder in Grenzen zu halten, wären auch lokale Zusammenschlüsse von Vereinen denkbar.

Was wäre nun ein agendabewußter Sportverein oder -verband? Wie könnte er charakterisiert werden? Dazu stellt das Handbuch einige Thesen zusammen, die die weitere Diskussion anregen sollen. Eine davon lautet: "Der Sportverein "SportAgenda 21" mischt sich ein in den lokalen Agenda-Prozeß: Der Sportverein versucht Sportentwicklung innerhalb der Kommune unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu diskutieren, indem schonend mit Flächen umgegangen wird, Umbau vor Neubau geht, die Erreichbarkeit von Sportstätten mittels des ÖPNV optimiert wird, Spiel- und Sportgelegenheiten in der Kommune geschaffen werden, die sich quasi gleichberechtigt zu den allgemeinen Verkehrsflächen, gewerblichen, kulturellen oder Wohnflächen im Stadtbild einfügen." (Agenda 21 im Sportverein).

Ausblick

Seit Anfang 1999 liegt das Handbuch "Agenda 21 im Sportverein - Planungsgrundsätze und Praxisbeispiele für Kommunen und Vereine" (Reihe: Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung, Band 5) in gedruckter Form vor (zu beziehen bei: Landessportbund Hessen, Hessische Landesanstalt für Umwelt oder über den Buchhandel). Zielgruppe für dieses Praxishandbuch sind insbesondere Sportvereine und -verbände, darüber hinaus jedoch auch die Kommunen, die angeregt werden sollen, intensiver die Sportvereine in ihren Kommunen zur Mitarbeit zu motivieren. Von seiten des Landessportbundes Hessen und der Hessischen Landesanstalt für Umwelt wird im Jahr 1999 die Umsetzung der Agenda 21 in der Praxis in einem Sportverein erprobt werden. Grundlage dafür soll das Handbuch sein, daß hier seine Nützlichkeit erweisen muß.

Sonja Singer-Posern

Wasserbilanz für den Regierungsbezirk Kassel — Planungsraum Nordhessen

Nachdem für die Regierungsbezirke Darmstadt und Gießen in der Vergangenheit bereits Wasserbilanzen erstellt und z. T. fortgeschrieben wurden, ist mit der Wasserbilanz für den Regierungsbezirk Kassel — Planungsregion Nordhessen — eine aktuelle Darstellung der Wasserversorgungssituation und damit eine Grundlage für zukünftige Planungen im Bereich der öffentlichen und gewerblich-industriellen Wasserversorgung des Regierungsbezirks Kassel erarbeitet worden.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Untersuchungsgebiet umfaßt den Regierungsbezirk Kassel. Hier leben 1,27 Mio Menschen auf einer Fläche von 8.289 km². Dies entspricht 21 % der Bevölkerung auf 39 % der Landesfläche. Daher liegt die mittlere Einwohnerdichte mit 153 E/km² auch erheblich unter der des Landes mit 285 E/km². Sie schwankt zwischen 92 E/km² im Landkreis Waldeck-Frankenberg und 1.888 E/km² in der Stadt Kassel.

Für den Planungsraum lagen ältere planerische Aussagen über die zukünftige Wasserversorgung vor, die aus verschiedenen Gründen aktualisiert werden mußten. Der Sonderplan zur Wasserversorgung Nordhessen aus dem Jahr 1971 und Kreisstudien, aufgestellt zwischen 1974 und 1987, gingen z. T. von Prognoseansätzen für die zukünftige Wasserversorgung aus, die heute nicht mehr zeitgemäß sind. Außerdem wurden in der vorliegenden Wasserbilanz die Aussagen zum nutzbaren Grundwasserdargebot grundlegend überarbeitet.

Die Wasserbilanz für den Regierungsbezirk Kassel — Planungsregion Nordhessen — enthält Verbrauchsdaten für die Jahre 1979 bis 1995 und Wasserbedarfsprognosen bis zum Jahr 2010. Der Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung im Bilanzraum hat 1995 rund 84 Mio m³ betragen. Der bisher größte Wasserverbrauch wurde im Jahr 1991 mit mehr als 89 Mio m³ gemessen; seither ist er kontinuierlich auf den o. a. Wert gesunken, obwohl die Bevölkerungszahl seit 1987 permanent gestiegen ist.

Hauptursache ist die Reduzierung des Wasserverbrauchs der sonstigen Abnehmer, die überwiegend dem Bereich der öffentlichen Einrichtungen angehören, mit 2 Mio m³. Der Fremdbezug der Industrie aus dem öffentlichen Netz ist ebenfalls in diesem Zeitraum um diese Größenordnung gesunken. In beiden Verbrauchsbereichen zeigen Substitutionsmaßnahmen die größte Wirkung. Dagegen ist im Haushaltsbereich der Wasserverbrauch im gleichen Zeitraum nur um 1 Mio m³ zurückgegangen; hier können noch weitere größere Einsparpotentiale aktiviert werden.

Die Entwicklung bei der Reduzierung der Wasserverluste in den Jahren 1993 bis 1995 war sehr positiv; dennoch sind in einzelnen Bereichen durchaus noch Einsparpotentiale durch weitere Verlustreduzierungen nötig und möglich.

Für das Projektionsziel im Jahr 2010 wird im Planungsraum

mit einem Bevölkerungszuwachs in der Größenordnung der Einwohnerschaft der Stadt Fulda (63.000 E) gerechnet. Das entspricht einer Gesamtsteigerung von knapp 5 % mit den stärksten Zuwachsraten in den Landkreisen Kassel und Fulda und den niedrigsten in der Stadt Kassel sowie den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner.

Als Prognoseansätze wurden zwei Szenarien gewählt. Im Trendszenario wurde das bisherige Verbrauchsverhalten der Bevölkerung fortgeschrieben, das sich allerdings schon auf einem gegenüber den Vorjahren niedrigeren Niveau eingestellt hat. In dem zweiten Ansatz, dem Zielszenario, wurde entsprechend den Vorgaben des Entwurfs des Landesentwicklungsplans der einwohnerbezogene Haushaltswasserbedarf bis zum Jahr 2000 um jährlich 2 %, danach bis zum Jahr 2010 um jährlich 1 % reduziert mit dem Ziel, den einwohnerbezogenen Haushaltswasserbedarf dort auf 100 l/d (Liter pro Tag) zu reduzieren, wo er bisher noch über diesem Wert liegt. Wie sich dieser Prognoseansatz auf den Wasserbedarf der Letztverbraucher, also der Haushalte, des Kleingewerbes und der sonstigen Abnehmer, auswirkt, zeigt Abb. 1.

Für die industrielle Eigengewinnung aus Grund- und Quellwasser von 10,2 Mio m³ im Jahr 1995 wird sowohl für das Trend- als auch das Zielszenario eine Reduzierung auf 8,5 Mio m³ bis zum Jahr 2010 angenommen. Der Fremdbezug aus dem öffentlichen Netz behält dagegen die Größenordnung des Verbrauchs des Jahres 1995, da durch wahrscheinliche Umstrukturierungen in der Industrie und der Wirtschaft sich der tertiäre Bereich der Dienstleistungsunternehmen verstärken wird, der seinen Wasserbedarf — anders als Industrieunternehmen — aus der öffentlichen Wasserversorgung abdecken wird. Insgesamt reduziert sich dadurch dieser Teil des industriellen Wasseraufkommens, und zwar von 16,5 Mio m³ im Jahr 1995 auf knapp 15 Mio m³ im Jahr 2010.

Der zukünftige Wasserbedarf der Bevölkerung und der Industrie stellt sich — je nach Szenario — im Jahr 2000 auf einen Wert zwischen 89 Mio m³ und 95 Mio m³ ein; die Bandbreite zwischen den beiden Entwicklungsmöglichkeiten beträgt somit 6 Mio m³. Im Jahr 2010 beträgt der Unterschied zwischen den beiden Prognoseansätzen für den gesamten Wasserbedarf 10 Mio m³ mit den Eckpunkten 93 Mio m³ nach dem Trendszenario und etwa 83 Mio m³ nach dem Zielszenario (s. Abb. 2).

Die Berechnung des Spitzenwasserbedarfs basiert auf den bisherigen Verbrauchszahlen am verbrauchsreichsten Tag. Die sich daraus ergebenden Spitzenfaktoren liegen in Größenordnungen, die bisher zu keinen Versorgungsengpässen geführt haben; die prognostizierte Entwicklung läßt den gleichen Schluß für die Zukunft zu.

Das nutzbare Grundwasserdargebot im Planungsraum liegt mit 189 Mio m³ zwar in der doppelten Größenordnung der bisherigen Förderung und auch des zukünftigen Bedarfs. Bezogen auf die hydrogeologischen Teileinheiten traten in

der Vergangenheit jedoch lokal Situationen auf, in denen die Grundwasserbilanz ausgeglichen war. Bis zur Zielprojektion im Jahr 2010 werden sich diese Verhältnisse aufgrund der prognostizierten Entwicklung aber entspannen. Die vorliegende Wasserbilanz zeigt die hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Verhältnisse in einer großräumigen Betrachtung auf. Für Lösungen einzelner örtlicher Konflikte

ist sie daher nur bedingt anwendbar. Ökologische Gesichtspunkte sind ebenfalls nicht Gegenstand der Untersuchungen. In solchen Fällen müssen tiefergehende Untersuchungen angestellt werden, die den Rahmen einer überregionalen Wasserbilanz sprengen würden.

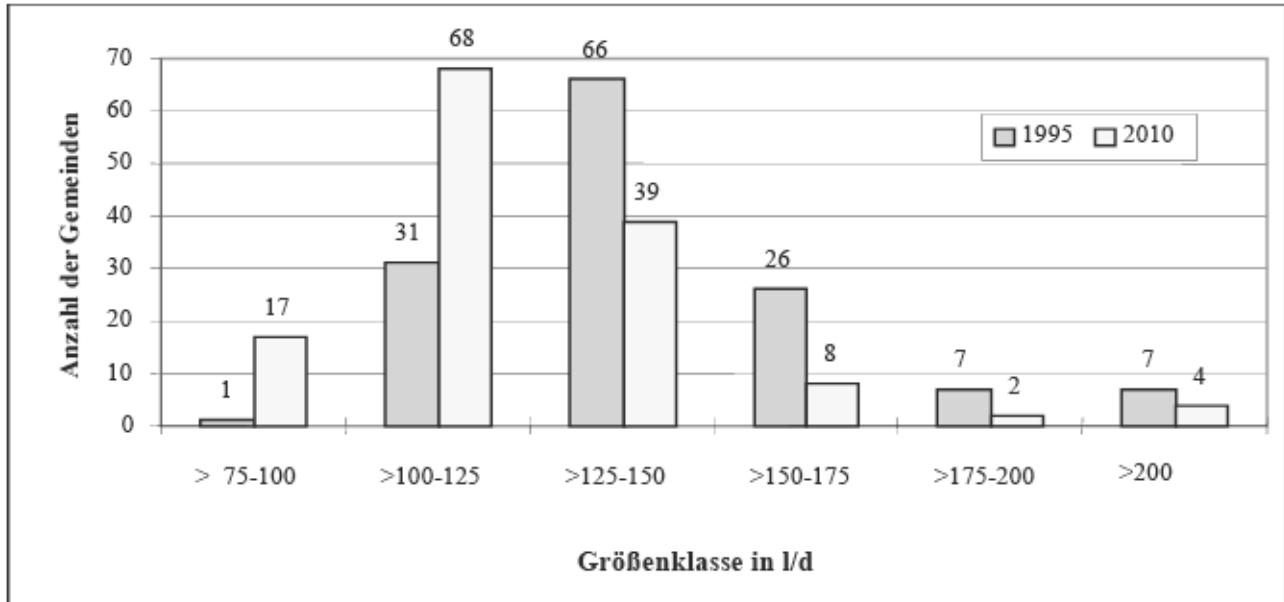


Abb. 1: Veränderung des einwohnerbezogenen Wasserbedarfs in den Gemeinden

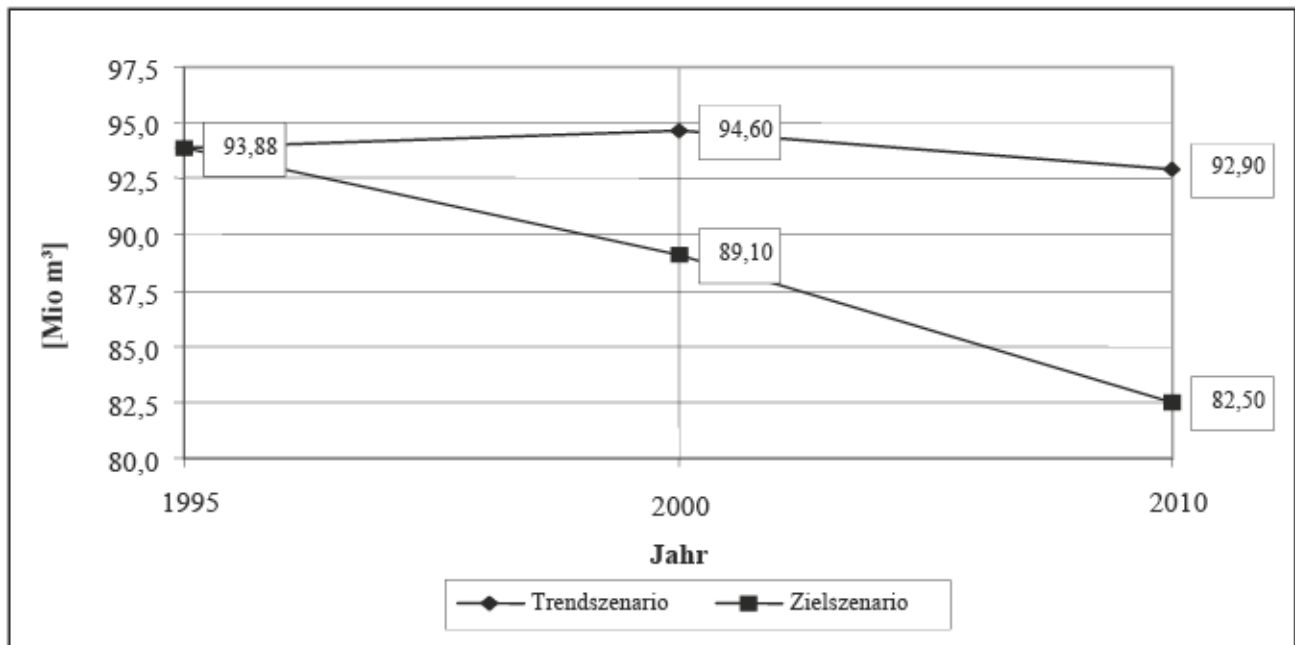


Abb. 2: Wasserbedarfsprognose für den Regierungsbezirk Kassel - Vergleich der Szenarien

Zahlenspiegel 1995

<u>Bilanzraum</u>	Fläche des Bilanzraums	8.289 km²
	Einwohnerzahl (31.12.1995)	1.269.407 E
	Bevölkerungsdichte	153 E/km²
	Anzahl der versorgten Kommunen	138
	Nutzbares Grundwasserdargebot	188,300 Mio m³
	Grundwasserentnahmen sonstiger Nutzer (Industrie)	10,199 Mio m³
	Summe der Grundwasserentnahmen	94,435 Mio m³
<u>Trinkwassergewinnung</u>	aus Brunnen	57,943 Mio m³
	aus Quellen	23,526 Mio m³
	aus Uferfiltrat/Infiltrat	2,767 Mio m³
<u>Fremdbezug</u>	von Industrieunternehmen	0,074 Mio m³
	von außerhalb des Planungsraums	0,190 Mio m³
	Summe	84,500 Mio m³
<u>Trinkwasserabgabe</u>	an Haushalte und Kleingewerbe	58,714 Mio m³
	an Industrie	6,250 Mio m³
	an sonstige Abnehmer	5,319 Mio m³
	an Abnehmer außerhalb des Planungsraums	0,815 Mio m³
	im Bilanzraum abgegebene Wassermenge	71,098 Mio m³
	<u>Wasserverluste</u>	
	Wasserwerks-Eigenverbrauch	1,397 Mio m³
	Rohrnetzverluste	12,005 Mio m³
	Summe der Wasserverluste	13,402 Mio m³
	Wasseraufkommen	84,500 Mio m³
<u>verbrauchsbezogener Wasserbedarf</u>	Haushalt incl. Kleingewerbe	127 l/d
	Industrie	13,5 l/d
	sonstige Abnehmer	11,5 l/d
	Wasserverluste	28,9 l/d
<u>Wasserverluste</u>	relativ (bezogen auf das Wasseraufkommen)	16,0 %
	spezifisch (bezogen auf die Rohrnetzlänge) ¹⁾	0,12 m³(h*km) ²⁾

Bernhard Spichalsky

1) Berechnet auf der Grundlage der Angaben von 92 Gemeinden. 2) Kubikmeter pro Stunde und Kilometer Leitungsnetz.

Die Hessische Landesanstalt für Umwelt präsentiert sich im Internet

Seit April ist nun auch die Hessische Landesanstalt für Umwelt (HLfU) im Internet präsent. Die neuen Internetseiten bieten derzeit Informationen aus den Fachbereichen Abfall, Altlasten, Lärm, Radioaktivität, Umweltanalytik und Umweltplanung.

Das Angebot ist im Aufbau, wird ständig erweitert und aktualisiert.

Weiterhin sind Angaben zu aktuellen Meßwerten, zu umweltrelevanten Studien sowie zu Fortbildungsangeboten der HLfU abrufbar.

Sie finden uns im Internet unter der Adresse:

<http://www.hlfu.de>

Neuerscheinungen in der Schriftenreihe "Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz" der HLfU

- Wasserbilanz für den Regierungsbezirk Kassel - Planungsregion Nordhessen:
Öffentliche Wasserversorgung und industrielle Eigengewinnung
B. Spichalsky (HLfU), Dr. A. Schraft (HLfB)
1999, Heft 257
- Jahresbericht 1998
1999, Heft 258
- Schadstoffbelastungen durch den Flugverkehr im Bereich des Flughafens Frankfurt
und in seinem Umfeld
Dr. M. Büchen, W. Eickhoff, K. Freitag, Dr. P. Laubereau, K. Liebl (HLfU),
Dr. C. Ewen (Öko-Institut Darmstadt)
1999, Heft 260
- Luftschadstoffbelastung auf dem Flughafen Frankfurt/Main
Ch. Deuter, K. Liebl
1999, Heft 261
- Lufthygienischer Jahresbericht 1998
M. Baltrusch, W. Fehlinger, Dr. K. Hanewald, A. Siegmund, W. Stec-Lazaj, W. Wunderlich
1999, Heft 262
- Fachliche Grundlagen zur Beurteilung von flüchtigen organischen Substanzen
in der Bodenluft bei Altlasten
Dr. K.J. Seeger
1999, Heft 263

Bezugsadresse: Hessische Landesanstalt für Umwelt, Bibliothek, Postfach 32 09, 65022 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Meßstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1997			1998				1999
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		10,7	10,4	4,0	13,7	19,0	5,4	13,6	17,3	5,43	2,6
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	649	1007	149	181	142	163	262	273	309	224
Marburg- Lahnberge	"	544	877	121	123	111	108	234	246	289	163
Schotten- Eichelsachsen	"	625	889	118	173	133	212	196	267	314	217
Abfluß	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	11,8	17,3	17,4	11,9	8,58	14,3	8,68	9,88	36,2	31,6
Rotenburg/Fulda		14,6	23,7	29,2	10,7	6,18	19,6	13,5	10,2	51,1	43,7
Aßlar/Dill		6,37	11,7	13,0	4,52	1,60	10,9	7,04	5,03	23,8	20,2
Marburg/Lahn	"	11,5	21,9	20,1	7,95	5,48	18,1	12,9	12,3	44,3	32,3
Hanau/Kinzig	""	7,20	13,3	14,1	5,191	3,21	15,8	5,22	7,26	25,0	22,0
Bad Vilbel/Nidda	""	6,55	11,4	12,1	4,91	3,44	7,34	6,93	6,49	24,8	20,2
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	128	145	144	191	133	144	189	126	145	166
Diemeltalsperre	"	10,5	15,1	10,2	15,5	11,8	11,6	19,3	15,5	15,1	15,7
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Meßstelle:											
Bracht	"	256,92	256,81	256,90	257,38	256,89	256,48	256,70	256,64	257,41	257,22
Bauschheim	"	86,44	86,30	86,76	86,69	86,24	86,34	86,41	86,10	86,38	86,41
Lampertheim	"	86,54	86,33	86,88	86,62	86,39	86,39	86,38	86,09	86,44	86,64
Beberbeck	"	224,76	224,27	224,73	225,17	224,83	224,13	224,24	224,10	224,61	225,08
Zell	"	313,50	313,41	313,56	313,72	313,47	313,26	313,45	313,30	313,62	313,93
Schwalbach	"	271,94	271,98	272,29	272,78	271,85	271,13	271,99	271,74	273,06	272,42
Kath. Willenroth	"	295,54	295,36	295,89	295,89	295,83	294,93	294,20	295,26	296,04	295,79
Langstadt	"	128,07	127,65	128,08	128,22	128,10	127,77	127,70	127,54	127,58	127,98
Weissenborn	"	214,12	213,45	214,85	215,38	214,33	212,72	214,11	212,49	214,19	213,81

2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Meßstation Bischofsheim Main Flußkm 4.0											
Abfluß	m³/s	153	180	325	162	125	121	186	134	135	456
Temperatur	Grad C	13,9	14,1	6,1	16,5	22,5	10,7	6,6	17,9	20,1	8,2
Sauerstoff	mg/l	8,3	9,0	10,2	11,0	6,5	8,5	10,7	7,6	6,6	11,6
pH		7,6	7,8	7,8	8,1	7,6	7,8	7,9	7,7	7,6	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,15	0,3	0,1	<0,1	0,13	0,16	0,09	< 0,07	0,11
NO ₃ -N	mg/l	6,3	6,0	6,4	5,6	5,6	6,6	6,9	5,1	4,9	4,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	7,0	7,0	7,73	6,4	6,7	7,7	7,5	5,8	5,5	5,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,08	0,05	0,05	0,14	0,10	0,07	0,09	0,14	0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,24	0,24	0,15	0,31	0,23	0,25	0,21	0,35	0,27
Leitfähigkeit	mS/m	65	70	58	68	75	78	64	72	71	58
Chlorid	mg/l	55	61	51	54	62	74	58	57	61	36
TOC	mg/l	5,7	5,4	4,8	8,0	5,0	14,4	3,7	3,3	4,3	5,8
CSB	mg/l	10,9	13,8	13,7	14,6	13,9	13,8	5,3	11,7	11,6	10,6
EDTA	µg/l	22	22,2	17	18	19,5	32,8	19,5	13,8	16,7	9,1
Meßstation Oberbiel Lahn Flußkm 19,1 ³⁾											
Abfluß	m³/s	22,0		45,5	16,3	7,6	24,0	38,4	26,2	19,3	91,4
Temperatur	Grad C	12,7	12,0	5,5	18,9	19,6	7,8	5,5	15,2	17,1	7,1
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,9	11,5	10,7	7,6	10,4	12,1	9,2	8,4	11,2
pH		7,8	7,9	7,8	8,3	7,9	7,9	8,0	7,8	7,8	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,6	0,50	0,5	0,3	0,6	0,57	0,50	0,36	0,38	0,26
NO ₃ -N	mg/l	4,3	4,6	4,2	4,0	5,2	4,8	4,5	3,9	4,3	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,7	5,8	5,6	5,0	6,5	6,1	5,3	4,9	5,3	4,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,19	0,12	0,09	0,08	0,18	0,14	0,11	0,13	0,18	0,10
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,29	0,28	0,21	0,23	0,38	0,26	0,20	0,24	0,32	0,22
Leitfähigkeit	mS/m	37	37	33	33	45	36	31	32	35	26
Chlorid	mg/l	31	33	33,6	28,9	38,9	32	30	27	30	22
TOC	mg/l	5,2	4,3	3,4	6,6	4,0	3,7	2,9	3,6	3,8	4,1
CSB	mg/l	11	12,5	11,8	13,5	13,3	12,7	7,7	11,6	10,7	9,7

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Meßstation Letzter Heller Werra Flußkm 83,9											
Abfluß	m³/s	41,5	40	71,4	40,4	20,4	27	50,7	33,1	30,4	107
Temperatur	Grad C	10,2	9,8	3,4	11,9	16,8	6,0	4,5	13,3	14,2	5,7
Sauerstoff	mg/l	12,0	11,9	11,6	12,3	12,6	11,4	12,2	13,5	10,4	11,3
pH		8,0	8,1	7,9	8,3	8,4	8,0	8,0	8,4	8,1	8,0
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,30	0,3	0,2	0,4	0,27	0,19	0,16	0,69	0,96
NO ₃ -N	mg/l	4,3	3,8	4,7	3,8	2,3	4,3	4,8	3,7	2,8	4,3
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,6	5,3	4,5	3,7	5,0	5,2	4,3	4,3	5,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,12	0,12	0,09	0,09	0,19	0,11	0,12	0,16	0,08
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,22	0,18	0,19	0,27	0,24	0,16	0,20	0,22	0,14
Leitfähigkeit	mS/m	652	770	568	679	782	957	582	750	673	355
Chlorid	mg/l	1835	1995	1300	1800	2140	2740	1480	1980	2000	8810
TOC	mg/l	6,1	5,1	4,5	3,6	8,4	3,9	3,4	4,8	8,0	4,4
CSB	mg/l	24	22,7	-	19	33	16,0	-	-	-	
EDTA	µg/l		7,5	6	5	14	5,0	5,8	8,3	3,8	5,1
Meßstation Wahnhausen Fulda Flußkm 93,5											
Abfluß	m³/s	33,2	47,4	80,4	39,6	33,0	36,0	56,1	46,8	40,4	154
Temperatur	Grad C	10,9	10,4	3,9	13,6	17,9	7,4	4,8	14,2	16,4	6,4
Sauerstoff	mg/l	11,3	10,9	11,6	13,2	8,8	10,2	11,7	10,6	9,6	11,2
pH		7,7	8,1	7,6	8,1	7,8	7,8	7,8	7,9	7,6	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,2	0,25	0,5	0,2	0,1	0,22	0,29	0,11	0,07	0,10
NO ₃ -N	mg/l	4,1	4,1	4,9	3,6	3,3	4,4	5,7	3,6	3,2	4,1
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,7	5,6	4,4	3,6	5,0	5,7	4,2	3,7	4,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,10	0,11	0,05	0,11	0,11	0,08	0,05	0,13	0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,22	0,18	0,22	0,21	0,25	0,14	0,09	0,22	0,11
Leitfähigkeit	mS/m	49	48	44	47	47	53	47	45	44	39
Chlorid	mg/l	66	61	53	60	59	72	56	52	62	39
TOC	mg/l	5,4	4,7	4,3	5,2	5,0	4,4	3,4	4,4	3,6	4,3
CSB	mg/l	18	10,5	8	12	11	11,0	-	-	-	
EDTA	µg/l	5,6	6,3	5	5	7	8,0	3,8	5,5	2,0	3,3

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Meßstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flußkm 498,5											
Abfluß	m³/s	1405	1235	1570	1390	1620	1024	1325	1322	1222	
Temperatur	Grad C	14,4	15,2	8,1	17,4	22,3	10,5	9,2	19,8	22,4	
Sauerstoff	mg/l	9,6	9,4	11,1	9,1	7,6	9,9	11,0	7,9	7,7	
pH		7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,8	7,5	
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,12	0,22	0,05	0,06	0,10	0,13	0,06	0,04	
NO ₃ -N	mg/l	2,9	2,7	2,8	2,7	1,8	2,8	3,2	3,0	109	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,6	3,5	4,0	3,7	2,5	3,2	3,9	4,2	2,8	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,07	0,06	0,05	0,05	0,05	0,08	0,07	0,08	0,07	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,10	0,08	0,08	0,08	0,12	0,10	0,13	0,12	
Leitfähigkeit	mS/m	60	57	58	59	47	63	58	53	50	
Chlorid	mg/l	76	84	87	80	63	105	81	76	71	
TOC	mg/l	3,1	3,0	2,9	3	2,6	3,1	3,1	3,4	2,7	
EDTA	µg/l	7,6	6,6	7,3	5,9	4,6	8,9	6,9			

1) - Gesamt - N - Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluß).

2) - Gesamt - P - Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluß zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) - Die Meßstelle wurde erst 1995 in Betrieb genommen.

3. Luftbelastung nach Meßstellen

a) Temperatur in °C

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	4. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	15,5	4,7	3,2	12,3	17,7	5,3	4,5	13,8	16,1	4,5	4,0
Gießen (Mittelhessen)	15,6	4,37	3,1	12,5	17,6	4,8	4,1	13,7	15,9	4,1	3,8
Viernheim (Süd Hessen)	17,0	5,8	4,0	14,4	19,7	6,6	5,7	15,9	18,3	5,8	4,9

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 b) Stickstoffmonoxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bebra	9	21	24	8	11	19	17	8	8	17	13
Borken	4	12	12	3	5	8	7	3	4	8	5
Darmstadt	9	32	54	9	11	29	40	7	8	28	28
Darmstadt-Hügelstraße	197	193	204	174	189	177	159	137	135	125	146
Dillenburg	44	64	71	32	50	60	67	31	36	52	52
Ffm.-Friedb.Landstraße	58	137	146	75	92	147	119	60	63	99	83
Ffm.-Höchst	29	75	95	27	33	72	72	23	25	55	50
Ffm.-Höhenstraße	54	88	104	47	52	94	90	39	43	68	67
Ffm.-Ost	24	60	74	20	25	59	71	21	24	60	54
Frankenberg	3	7	9	3	3	5	8	3	3	5	5
Fulda	27	51	60	33	44	59	62	31	32	44	42
Fürth/Odenwald	3	4	4	3	3	5	4	3	3	5	4
Gießen	24	60	74	21	31	51	68	20	23	52	48
Grebenau	3	7	5	3	3	4	4	3	3	5	4
Hanau	31	66	76	25	31	60	70	23	24	55	52
Kassel-Nord	31	59	50	27	32	50	43	24	24	35	28
Königstein	3	5	5	3	3	5	4	3	3	5	4
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	13	29	31
Linden	11	29	47	8	15	23	31	7	8	19	19
Marburg	11	35	51	9	12	33	39	8	8	29	25
Nidda	5	15	19	4	4	11	15	4	4	13	11
Offenbach	20	56	64	17	21	46	58	13	15	39	40
Raunheim	15	50	72	19	23	52	70	13	15	40	37
Riedstadt	7	28	47	11	11	29	39	7	9	25	24
Spessart	3	4	5	3	3	4	4	3	3	4	4
Viernheim	13	40	63	9	13	42	43	8	11	35	32
Wetzlar	28	74	94	23	31	86	71	23	23	56	54
Wiesbaden-Ringkirche	102	181	200	83	104	153	142	70	82	129	116
Wiesbaden-Süd	13	52	75	12	17	47	56	12	12	35	35
Witzenhausen	3	4	4	3	3	4	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bebra	22	33	37	20	23	29	31	22	21	29	31
Borken	15	31	37	13	17	22	26	11	12	24	22
Darmstadt	28	30	43	30	34	37	45	30	31	39	39
Darmstadt-Hügelstraße	67	50	67	65	72	51	64	64	66	51	59
Dillenburg	40	43	50	42	46	39	48	41	40	46	46
Ffm.-Friedb.Landstraße	49	52	68	61	72	61	64	59	57	54	62
Ffm.-Höchst	48	58	78	52	50	49	53	46	44	45	50
Ffm.-Höhenstraße	54	49	54	52	59	49	63	50	53	50	50
Ffm.-Ost	36	45	57	46	50	52	62	49	52	52	44
Frankenberg	8	21	27	9	9	17	23	8	8	18	16
Fulda	33	40	51	43	44	39	48	38	36	39	41
Fürth/Odenwald	13	24	26	10	11	20	20	10	9	24	23
Gießen	41	49	63	45	43	41	51	41	41	45	46
Grebenau	9	20	22	9	11	18	20	10	11	19	16
Hanau	35	41	55	39	38	44	56	50	47	52	49
Kassel-Nord	35	37	42	33	35	36	42	30	26	33	35
Königstein	11	22	28	16	14	23	22	12	12	21	19
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	29	35	38
Linden	20	37	46	21	23	29	31	21	21	32	31
Marburg	29	38	42	25	26	32	39	26	26	36	37
Nidda	18	31	40	18	18	28	37	17	19	34	32
Offenbach	32	39	51	37	42	44	52	39	43	47	46
Raunheim	40	48	66	37	41	36	44	32	31	36	39
Riedstadt	16	28	42	22	26	32	39	23	28	47	39
Spessart	9	17	20	7	8	17	19	8	9	20	16
Viernheim	31	42	63	27	35	41	48	31	33	40	41
Wetzlar	35	40	52	43	42	45	52	37	35	39	42
Wiesbaden-Ringkirche	53	56	83	56	64	64	62	57	55	51	57
Wiesbaden-Süd	37	48	65	38	42	40	47	34	34	36	40
Witzenhausen	9	20	15	6	7	15	14	7	8	17	15

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
d) Ozon in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bebra	39	17	23	51	46	21	31	48	43	22	31
Borken	48	22	36	68	55	26	40	62	58	33	45
Darmstadt	44	18	24	53	45	17	27	53	45	20	29
Dillenburg	28	12	18	42	31	13	22	43	31	18	23
Ffm.-Höchst	42	11	21	48	41	14	27	48	33	12	21
Ffm.-Ost	39	10	16	48	44	13	20	42	41	14	24
Frankenberg	70	33	44	81	72	33	53	75	63	35	50
Fulda	42	18	28	49	34	20	30	49	40	21	29
Fürth/Odenwald	74	32	40	80	83	39	56	87	78	36	50
Gießen	35	11	18	39	32	14	21	38	29	12	21
Grebenau	58	27	36	67	57	27	43	66	56	28	41
Hanau	31	9	18	45	38	13	25	46	38	16	27
Kassel-Nord	36	15	23	44	32	19	32	49	42	24	35
Königstein	65	30	40	73	71	29	52	77	62	31	49
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	45	23	32
Linden	42	17	21	54	47	21	31	52	51	29	34
Marburg	41	13	20	50	42	20	28	50	39	16	28
Nidda	56	19	29	60	60	28	39	68	58	21	34
Offenbach	43	13	23	43	41	12	22	44	39	16	20
Raunheim	42	13	18	45	37	14	23	42	36	16	29
Riedstadt	48	16	22	54	48	18	30	59	52	19	31
Spessart	74	36	48	78	77	32	52	82	70	34	45
Viernheim	45	13	27	54	49	15	26	56	46	15	25
Wetzlar	30	14	19	39	32	12	22	41	36	19	24
Wiesbaden-Süd	42	13	20	49	41	12	23	52	46	18	28
Witzenhausen	70	41	51	82	79	39	55	81	75	41	53

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 e) Schwefeldioxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	4. Vj.
Bebra	4	10	17	4	4	7	7	3	3	5	5
Borken	4	11	17	3	3	6	6	3	3	5	5
Darmstadt	4	10	16	5	4	7	11	4	3	7	7
Dillenburg	4	9	13	5	5	7	7	4	4	5	6
Ffm.-Höchst	5	13	19	5	5	11	12	5	5	10	9
Ffm.-Ost	5	15	24	7	6	14	16	5	5	12	10
Frankenberg	4	7	9	3	4	5	4	3	3	4	4
Fulda	4	11	15	5	4	6	9	4	4	5	5
Fürth/Odenwald	4	9	14	4	4	5	7	3	3	5	5
Gießen	5	11	15	4	4	5	8	3	3	6	5
Grebenau	3	9	11	4	3	5	5	3	3	4	3
Hanau	5	16	26	7	5	12	15	5	5	12	12
Kassel-Nord	5	14	17	5	4	8	9	4	4	7	6
Königstein	3	7	8	4	4	5	6	3	3	5	4
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	3	5	5
Linden	4	10	19	4	3	5	7	3	3	7	5
Marburg	4	11	17	4	4	8	10	4	3	7	7
Nidda	4	9	14	4	4	5	6	3	3	5	5
Offenbach	4	11	18	5	5	8	11	4	4	7	9
Raunheim	6	18	25	6	5	9	13	4	4	7	12
Riedstadt	4	8	15	4	4	6	8	4	3	6	5
Spessart	4	9	12	4	4	5	8	3	3	5	5
Viernheim	5	11	20	6	5	10	14	5	5	10	10
Wetzlar	4	15	22	5	4	6	7	3	3	5	5
Wiesbaden-Süd	5	14	26	7	6	9	12	5	5	9	9
Witzenhausen	5	14	17	4	5	6	5	4	3	4	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	4. Vj.
Darmstadt	0,4	0,7	1,0	0,4	0,4	0,6	0,8	0,5	0,5	0,7	0,8
Darmstadt-Hügelstraße	2,3	2,3	2,7	2,5	2,5	2,3	2,1	1,8	1,5	1,4	1,4
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,3	2,3	2,3	1,7	2,1	2,5	2,2	1,7	1,7	1,8	1,7
Ffm.-Höchst	0,6	1,0	1,2	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8
Ffm.-Höhenstraße	0,9	1,3	1,2	1,2	1,4	1,6	1,6	1,0	0,9	1,1	1,0
Fulda	0,7	0,9	1,0	0,4	0,4	0,7	0,8	0,5	0,4	0,6	0,6
Gießen	0,7	1,0	1,2	0,6	0,7	0,9	1,1	0,6	0,6	0,9	0,8
Hanau	0,5	0,8	1,0	0,5	0,6	0,8	0,9	0,5	0,6	0,8	0,8
Kassel-Nord	0,8	1,0	1,1	0,5	0,6	0,8	0,8	0,6	0,5	0,7	0,7
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	0,7	0,6
Linden	0,4	0,5	0,8	0,3	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5
Offenbach	0,4	0,8	1,0	0,4	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7
Raunheim	0,5	0,9	1,2	0,5	0,5	0,8	1,0	0,4	0,4	0,8	0,8
Viernheim	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,8	0,4	0,3	0,6	0,6
Wetzlar	0,8	1,3	1,5	0,9	1,0	1,3	1,0	0,6	0,6	0,9	0,9
Wiesbaden-Ringkirche	2	2,7	2,9	1,7	1,9	2,4	2,4	1,5	1,7	2,2	2,1
Wiesbaden-Süd	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,9	0,5	0,5	0,8	0,7

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	4. Vj.
Ffm.-Höchst	115	165	243	100	115	143	172	72	72	93	93
Ffm.-Ost	72	-	157	57	72	86	115	64	72	93	93
Kassel-Nord	-	129	79	72	93	100	100	79	86	93	86
Riedstadt	29	43	93	29	36	50	50	29	36	43	50

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 h) Staub in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	4. Vj.
<i>Bebra</i>	26	29	38	25	30	27	30	28	27	26	27
<i>Borken</i>	27	27	37	23	33	25	28	26	26	22	23
<i>Darmstadt</i>	29	30	46	29	38	28	34	28	30	26	29
<i>Dillenburg</i>	30	30	43	28	35	32	36	29	31	29	29
<i>Ffm.-Höchst</i>	32	38	54	31	36	33	41	30	30	31	32
<i>Ffm.-Ost</i>	28	33	48	28	34	34	48	31	30	35	38
<i>Fulda</i>	28	32	43	28	35	29	36	31	32	28	31
<i>Gießen</i>	32	34	48	30	34	30	39	31	33	32	34
<i>Hanau</i>	28	30	44	29	33	29	37	28	30	32	33
<i>Kassel-Nord</i>	33	37	38	32	39	37	37	36	32	29	29
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	30	27	27
<i>Marburg</i>	31	32	43	31	35	27	32	30	28	29	30
<i>Nidda</i>	27	29	40	22	27	21	32	26	25	23	23
<i>Offenbach</i>	31	38	59	36	34	32	41	31	30	32	33
<i>Raunheim</i>	30	35	51	29	34	32	39	28	31	29	28
<i>Riedstadt</i>	25	26	38	25	32	24	34	27	29	25	26
<i>Viernheim</i>	29	29	50	29	37	31	36	25	27	27	29
<i>Wetzlar</i>	35	40	53	33	35	34	36	29	30	32	35
<i>Wiesbaden-Süd</i>	32	38	52	31	36	35	39	30	32	33	35

BUCHBESPECHUNGEN

Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002

Ausführliche Darstellung des Gesetzentwurfs mit Begründung und umfangreichen Erläuterungen in ABC-Form. Von Harald Hog und Berthold Tenbrock, 1. Auflage, 291 Seiten, kartoniert, 49,80 DM, Schäffer-Poeschel, Stuttgart 1999.

Überbordende Diskussionen, Lob, Kritik, Änderungsvorschläge, tatsächliche Änderungen, Rücknahmen und Bestätigungen — die Steuerreform der neuen Bundesregierung ist für viele nicht mehr oder nur schwer überschaubar. Die vorliegende Publikation versucht, durch sachliche Darstellung und Erläuterung Klarheit in den Reformdschungel zu bringen. Auch wenn die Autoren natürlich nicht alle nachträglichen Änderungen antizipieren konnten (Redaktionsstand ist Dezember 1998), bietet der Text doch eine gelungene Einführung in Zielsetzung, Umfang und Ausformung des sogenannten Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2001. Als erstes findet der Leser eine Art alphabetisches Änderungslexikon, in dem die wichtigsten Novellierungen nach Schlagworten sortiert und gut verständlich erklärt werden; zum Teil an Beispielen. Daran schließt sich eine Übersichtstabelle an, die die geplanten Änderungen der betroffenen Gesetze bzw. deren Durchführungsverordnungen paragrafenweise mit knapper Beschreibung und dem vorgesehenen Anwendungszeitpunkt auflistet. Den Hauptteil bildet eine synoptische Darstellung der Gesetzesänderungen, in der der Wortlaut der entsprechenden Gesetzestexte des alten Rechts dem Gesetzentwurf — Paragraph für Paragraph — gegenübergestellt wird. Auch hierin wurden immer wieder (deutlich abgesetzt) Erläuterungen und Zusatzinformationen aufgenommen. Abgerundet wird das Werk schließlich durch die Wiedergabe der offiziellen Gesetzesbegründung, die insbesondere über Sinn und Zielsetzung der einzelnen Vorschriften informiert. Fazit: Ein übersichtliches und fachlich überzeugendes Buch. 6889

Hessische Bibliographie

Band 20: Berichtsjahr 1996 mit Nachträgen ab 1965. Herausgegeben von der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Hessen, XVIII und 956 Seiten, gebunden, 368,00 DM (für hessische Landeseinrichtungen 220,00 DM), K. G. Saur Verlag, München, 1998.

Die Hessische Bibliographie ist eine Literaturdokumentation. Der 20. Band der jährlich erscheinenden Bibliographie enthält 5934 Titelnachweise des Jahres 1996 einschließlich der Nachträge ab 1965. Die Auswahl der Monographien erfolgt in den 5 hessischen Pflichtexemplarbibliotheken in Kassel, Frankfurt, Fulda, Wiesbaden und Darmstadt. Daneben werden unter Beteiligung der Universitätsbibliotheken in Marburg und Gießen laufend 689 Periodika durchgesehen. Auswahlkriterien sind ein inhaltlich-räumlicher Bezug zu Hessen, einzelnen Orten oder Regionen des Landes oder hessischen Persönlichkeiten. Der inhaltliche Bezug wird weit ausgelegt und umfaßt praktisch alle Lebensbereiche von der Politik über das Gesundheitswesen bis hin zur Architektur. Aufgenommen werden Buchtitel, Zeitschriftenaufsätze, Aufsätze aus regionalen und überregionalen Tageszeitungen, sowie Einzelbeiträge aus unterschiedlichen Sammelwerken, wie beispielsweise Festschriften oder Handbücher. Die Titel werden auf der Grundlage der „Regeln für die alphabetische Katalogisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken“ formal erschlossen und angezeigt. Die inhaltliche Erschließung erfolgt nach einem speziell auf die Bedürfnisse einer Regionalbibliographie zugeschnittenen System: Geordnet sind die Titel im Teil 1 nach Regionen, im Teil 2 nach Orten und im Teil 3 nach Sachgebieten. Die zugrundeliegende Systematik für die Sachgebiete umfaßt derzeit etwa 1200 Systemstellen. Sie sind in eine 4stufige Hierarchie eingegliedert, die 34 Hauptsachgebiete, etwa 300

Oberbegriffe, etwa 850 Unterbegriffe und an einzelnen Systemstellen zusätzlich gliedernde Schlagwörter enthält. Ein Verfasser- und Titeltregister, sowie ein kombiniertes Orts-, Personen- und Sachregister erschließen die Bibliographie umfassend. 6888

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Ergänzbarer Kommentar nebst einschlägigen Rechtsvorschriften. Von Dr. H.-J. Schaffland und N. Wiltfang, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/199 vom Januar 1999, 2034 Seiten in 2 Spezialordnern) 168,00 DM, Erich-Schmidt-Verlag Bielefeld, 1999 5330/33

Hessisches Naturschutzrecht (HENat)

Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Naturschutz und Landschaftspflege in Hessen. Rechtssammlung und Kommentar von K. U. Battefeld, H. Bornemann, C. Stecher-Löblich u.a., Loseblattwerk (einschl. 7. Erg.-Lfg. vom November 1998, 1110 Seiten in einem Ordner), 148,00 DM, Hüthig-Fachverlage (R. v. Decker), Heidelberg, 1998. 6657/4

Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz

Dokumentation Bund, Länder, Kirchen, Ausland und Internationales: Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlung zum Datenschutz. Herausgegeben von Prof. Dr. S. Simitis, Dr. U. Dammann, Dr. H. Geiger, Dr. O. Mallmann und Dr. S. Walz, bearbeitet von Dr. U. Dammann; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 29. Lieferung vom Dezember 1998, ca. 1200 Seiten, in 4 Plastikordnern) 234,00 DM, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1998. 5391/20

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes unter Einbeziehung ergänzender landesrechtlicher Regelungen. Ergänzbarer Kommentar. Von Dr. Manfred-Carl Schinkel und Klaus Seifert, Band III der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 39. Erg.-Lfg. vom Dezember 1998, 1906 Seiten in 2 Spezialordnern) 148,00 DM, zuzügl. je 11,80 DM für Spezialordner, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1998. 5197/21

Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Richterrecht und Wehrrecht

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbeamtengesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes unter Einbeziehung des Beamtenrechts der Länder, Deutsches Richterrecht sowie Wehrgesetze mit Erläuterungen. Ergänzbarer Kommentar. Von Prof. Dr. W. Fürst, Dr. H. J. Finger, Prof. Dr. O. Mühl, Prof. Dr. R. Sommer und Dr. S. Zängl, Band I der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/199 vom Januar 1999; 8286 Seiten in 7 Spezialordnern) 448,00 DM, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1999. 5189/36

Das Versorgungsrecht für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Kommentar. Von J. Berger und Dr. K.-H. Kiefer, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 59. Erg.-Lfg. vom Januar 1999, 2846 Seiten, in 2 Plastikordnern) 168,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 3187/28

Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale

für Angestellte im öffentlichen Dienst. Bearbeitet von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer, H. Hoffmann und Dr. K.-P. Pühler; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 60. Erg.-Lfg. vom Januar 1999, 2134 Seiten, in 2 Ordern) 148,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 3849/36

BUCHBESPECHUNGEN

Statistik im Dienste der Öffentlichkeit

Herausgegeben von Werner Häug, Klaus Armingeon, Peter Farago u.a., mit Beiträgen von Lidia Barreiros u.a., 402 Seiten, kartoniert, 36,00 Sfr, Bundesamt für Statistik, Bern, 1998.

Am 10./11. April 1997 fand in Neuenburg das internationale Symposium „Statistik im Dienste der Öffentlichkeit“ statt. Zielsetzung des Symposiums war es, die Bedeutung von Statistik und empirischer Sozialforschung für die Selbstbeobachtung und das Selbstverständnis moderner Gesellschaften zu diskutieren und Impulse für eine vertiefte Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und Sozialwissenschaften in der Schweiz und über ihre Grenzen hinaus zu vermitteln. Die Publikation enthält die im Rahmen des Symposiums vorgetragenen Referate. Die ersten fünf Abschnitte („Statistik und Forschung: Grundsatzfragen“, „Internationale Forschungsprogramme in den Sozialwissenschaften“, „Möglichkeiten und Grenzen der Sekundäranalyse“, „Sozialwissenschaftliche Dauerbeobachtung“ und „Amtliche Statistik und empirische Forschung: Chancen der Zusammenarbeit“) bilden somit eine Zusammenstellung von Trends, Methodenfragen und Zusammenarbeitsformen der empirisch orientierten Sozialwissenschaften und der amtlichen Statistik im europäischen Kontext. Die Beiträge unterstreichen die zunehmende Bedeutung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse für Staat und Gesellschaft, die stark gestiegene internationale Verflechtung von Statistik und Wissenschaft sowie die Möglichkeit von Synergien durch eine engere Zusammenarbeit. Der abschließende Abschnitt „Eine Agenda für die Zukunft“ enthält ein Referat zur Rolle von Statistik und Forschung für die Demokratie sowie zusammenfassende Überlegungen zur Partnerschaft von Statistik und Wissenschaft. 6850

Gefahr aus dem Cyberspace?

Das Internet zwischen Freiheit und Zensur. Von Matthias W. Zender, 198 Seiten, broschiert, 39,80 DM, Birkhäuser Verlag, Basel, Berlin, 1998.

Das Internet ist zu einem Netz für die Massen geworden, mit enormen Zuwächsen bei der Zahl der Menschen mit Internetzugang. Der Weg in die Informationsgesellschaft mit freiem Zugang zu weltweit verfügbaren Daten wird beschritten. Allerdings mehren sich in den Medien Berichte u.a. über Bedrohungen aus dem Internet: Veröffentlichung von unerwünschten oder gefährlichen Inhalten (sexueller, politischer oder krimineller Art), Verletzung der Privatsphäre der Benutzer und Mißbrauch des Internets für kriminelle Zwecke. Dies bleibt in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet: Rufe nach Einschränkungen und Zensur sind laut geworden, aber ebenso melden sich die Befürworter der totalen Freiheit zu Wort. Der Autor beschäftigt sich in seinem Buch eingehend mit dieser Auseinandersetzung, wobei das Hauptaugenmerk auf der Analyse der „moralischen Gefahr“ des Internets liegt. Er skizziert und bewertet zunächst die Gefahrenbereiche „Cyberporn“ und „Extremismus“. Im folgenden werden (internationale) Lösungsansätze vorgestellt und beurteilt. Bei den juristischen Maßnahmen sind hier u.a. die Auseinandersetzung um das amerikanische Zensurgesetz (Communications Decency Act) und das Multimedia Gesetz Deutschland zu nennen. Des weiteren werden technische Maßnahmen im Netz und seitens des Benutzers sowie erzieherische Aspekte angesprochen. Im abschließenden Teil wird versucht, die Grundlagen einer Ethik im Informationszeitalter zu erarbeiten. Näher beleuchtet werden hier z.B. die „Magna Charta for the Knowledge Age“, die „Unabhängigkeitserklärung für den Cyberspace“ und die „Münchener Erklärung“. 6859

Die dienstliche Beurteilung

Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Bereich. Von F. Biele, 2., überarbeitete Auflage, 299 Seiten, kartoniert, 76,00 DM, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1999.

Im Mittelpunkt des Buches steht die Darstellung der Rechtslage bei der Beurteilung von Beamten, Angestellten und Arbeitern bis hin zur Erstellung von Arbeitszeugnissen. Das Dienstrechtsreformgesetz hat eine weitere Facette hinzugefügt, nämlich die Leistungsbeurteilung als besoldungsrechtliches Instrument bei der Vergabe von Zulagen und Prämien. Neu ist im Zusammenhang mit den in Angriff genommenen Verwaltungsreformen und der Einführung eines neuen Steuerungsmodells auch die Anpassung dienstlicher Beurteilungen an die Erfordernisse der in der Verwaltung jetzt vermehrt genutzten betriebswirtschaftlichen Instrumente. Hier plädiert der Verfasser für ein Umdenken in Literatur, Rechtsprechung und Praxis, um auch den Entwicklungen der Zukunft noch Rechnung tragen zu können. Die jetzt erschienene 2. überarbeitete Auflage berücksichtigt neuere Literatur und Rechtsprechung bis einschließlich September 1998. 6883

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MÄRZ 1998

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 1998 (K)	
Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1998 (K)	
— Teil 2: Realschulen, Stand: 15. September 1998	5,00 DM
— Teil 3: Gymnasien und Schulen für Erwachsene (Zweiter Bildungsweg), Stand: 15. Sept. 1998	7,00 DM
Die beruflichen Schulen in Hessen 1998 (K), Stand: 9. November 1998	3,50 DM
Die Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 (K)	
— Endgültige Ergebnisse	8,50 DM
Die Weinerzeugung 1998	1,50 DM
Milcherzeugung und Milchverwendung in Hessen im Jahr 1998 (K)	1,50 DM
Schlachtungen in Hessen im Jahr 1998 (K)	3,50 DM
Schlachtungen in Hessen im Januar 1999	1,50 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im Jahr 1998 (G)	5,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Dezember 1998	1,50 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen 1998/Januar 1999	je 3,50 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 4. Vierteljahr 1998 (K)	3,50 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 1999 (K)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Januar 1999	1,50 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Dezember 1998	1,50 DM
— im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 1998	3,50 DM
— im Einzelhandel in Hessen im Dezember 1998	3,50 DM
Die Ausfuhr Hessens im November 1998	3,50 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 1998	3,50 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Dezember 1998 und im Jahr 1998	7,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im November 1998/Dezember und im Jahr 1998	je 3,50 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 1998/Januar 1999 (K)	je 3,50 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 1999 (K)	1,50 DM
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 4. Vierteljahr 1998 und im Jahr 1998	1,50 DM
Meßzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Februar/März 1999	
— Neuberechnung auf Basis 1995	je 7,00 DM

Sonstige Veröffentlichungen

Hessische Kreiszahlen (K)	9,00 DM
---------------------------	---------

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden